



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

Quo vadis, Europa? Die Verankerung von Hegemonieprojekten in Deutschland und Europa

Einstellungen der deutschen und europäischen Bevölkerung

verfasst von / submitted by

Elisabeth Eva Hornberger, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2018 / Vienna 2018

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 509

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Soziologie

Betreut von / Supervisor:

A.o. Univ.-Prof. Dr. Hilde Weiss

Mitbetreut von / Co-Supervisor:

-

Danksagung

Ich möchte mich von ganzem Herzen bei meinen Eltern bedanken, die mich während meines gesamten Studiums unterstützt haben. Doch besonderer Dank gilt auch meiner Professorin Hilde Weiss, die sich trotz ihrer Emeritierung meiner Masterarbeit als Betreuerin angenommen hat und mir stets zur Seite stand. Dr. Istvan Grajczjár danke ich für die konstruktive Hilfe bei der Themenfindung meiner Masterarbeit. Ein weiterer Dank geht an Florian Döbler, der mich durchwegs unterstützt und motiviert hat, sowie an Niklas Kirchner, der sich der Korrektur dieser Arbeit angenommen hat.

Inhalt

1	Einleitung.....	4
1.1	Europäische Union in der Krise?	4
1.2	Ausgangsfragen und Relevanz des Themas	6
1.3	Zusammenhang von Politik, Kapitalismus und Hegemonie	8
1.4	Auswahl und Gliederung der Arbeit.....	9
2	Staat und Hegemonie und ihre Bedeutung für gesellschaftliche Entwicklung. 10	
2.1	Staatsbegriff nach Nicos Poulantzas	10
2.2	Hegemoniebegriff nach Gramsci	16
2.3	Stabilität kapitalistischer Entwicklung anhand der Regulationstheorie	21
2.1	Regulationstheoretische Sicht auf den Wohlfahrtsstaat.....	27
2.2	Wandel des deutschen Wohlfahrtsstaats	29
2.3	Entwicklung der Europäischen Union und aktuelle Krisen	34
2.4	Hegemonieprojekte nach Georgi und Kannankulam	38
2.4.1	Neoliberales Hegemonieprojekt	43
2.4.2	National-konservatives Hegemonieprojekt.....	45
2.4.3	Proeuropäisch-soziales Hegemonieprojekt.....	47
2.4.4	National-soziales Hegemonieprojekt	51
2.4.5	Linksliberal-alternatives Hegemonieprojekt.....	52
2.4.6	Linksradikales Hegemonieprojekt	54
3	Aufdeckung von Ähnlichkeitsstrukturen anhand bestimmter Einstellungen.... 55	
3.1	Angewandte Methodik.....	55
3.1.1	Faktorenanalyse	58
3.1.2	Clusteranalyse.....	59
3.2	Operationalisierung der Einstellungen und ihre Ausprägungen in den EU-Staaten.....	63
3.2.1	Vertrauen in das nationale politische System.....	63
3.2.2	Zufriedenheit mit der Funktionalität des Staates und Vertrauen in den Rechtsstaat	64
3.2.3	Wohlfahrtschauvinismus.....	65
3.2.4	Voraussetzungen für die Immigration	67
3.2.5	Institutionelles Vertrauen international	68
3.2.6	Altruismus	69
3.2.7	Konservatismus	70
3.2.8	Einstellung gegenüber Immigration	72
3.2.9	Hedonismus	72
3.2.10	Soziales Vertrauen	73
3.2.11	Politische Partizipation	75
3.2.12	Rassismus.....	76
3.3	Ergebnisse der Clusteranalyse.....	78
3.3.1	„Politisch-Weltoffene“	80
3.3.2	„Unzufrieden-Zukurzgekommene“	82
3.3.3	„Unpolitisch-Nationalistische“	83
3.3.4	„Skeptisch-Konservative“.....	84
3.3.5	Regionale Unterschiede der Clusterverteilung.....	86

4	Zuordnung der Cluster zu den beschriebenen Hegemonieprojekten.....	89
4.1	Unterstützung des proeuropäisch-sozialen und des linksliberal-alternativen Hegemonieprojekts durch politisch-Weltoffene.....	90
4.2	Unterstützung des national-konservativen Hegemonieprojekts durch die unzufrieden-Zukurzgekommenen	90
4.3	Unterstützung des national-konservativen und national-sozialen Hegemonieprojekts durch die unpolitisch-Nationalistischen	91
4.4	Mehrheitliche Unterstützung des proeuropäisch-sozialen Hegemonieprojekts durch die skeptisch-Konservativen.....	92
4.5	Zusammenfassung der Ergebnisse.....	93
5	Resümee	94
7	Literaturverzeichnis	99
8	Anhang	106
8.1	Abbildungsverzeichnis	106
8.2	Liste der Indikatoren für die Faktorenanalyse und gebildete Faktoren.....	106
8.3	Statistiken zur Faktorenanalyse.....	108
8.4	Statistiken zur Clusteranalyse	110
8.5	Tabellen	115
8.7	Erklärung zur selbstständigen Verfassung der Arbeit.....	127
8.9	Abstract	128
8.11	Curriculum Vitae	130

1 Einleitung

1.1 Europäische Union in der Krise?

Europa und damit verbunden die Europäische Union (EU) stehen vor einem Wandel. Beispielsweise durch die Osterweiterung, begünstigen heute ökonomische Krisen und große Migrationsströme ein Wanken sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene. Immer öfter wird über ein Fortbestehen der EU diskutiert. Sowohl in der EU, als auch in ihren einzelnen Ländern spricht man momentan von einer Spaltung. Von den Medien wurde die EU als „Vereinigung von nationalistischen Kleingeistern“ bezeichnet (vgl. Greven 2016). Georgi und Kannankulam sehen die EU an einem Scheideweg zwischen Zerfall, Umwandlung oder Vertiefung (vgl. Georgi/Kannankulam 2012). Auch wenn sich die politische Führungselite der EU – allen voran Merkel und Macron – öffentlich für ein gemeinschaftliches Europa, ein Fortbestehen der EU und eine Erweiterung der transnationalen Zusammenarbeit ausspricht, bleiben weitreichende Bereiche davon unbeeindruckt und erwecken den Anschein, als wäre der nationale Rückzug einzig logische Konsequenz aus diesen Krisen, die mittlerweile nicht mehr nur einzelne Staaten betreffen.

Bereits seit den 1970er Jahren leidet Griechenland unter wirtschaftlichen und sozialen Krisen. Seit dem Beitritt Griechenlands in die Euro-Zone und der globalen Finanzkrise sind die griechischen Staatsschulden weiter gestiegen, weshalb der Ausstieg aus der EU bisher nur mit Hilfspaketen, Reformen und Schuldenerleichterungen verhindert werden konnte. Dennoch wurde das Verlassen Griechenlands aus der EU oder zumindest aus der Währungsunion diskutiert. In der Gesellschaft machen sich Unmut und Unverständnis breit.

Die in den letzten Jahren rasant gestiegenen Flüchtlingszahlen sprechen Bände: laut UNHCR wurden bis Ende 2016 knapp 65,6 Millionen Menschen weltweit gewaltsam vertrieben. Als Folgen gelten Verfolgung, Konflikt, generelle Gewalt oder Menschenrechtsverletzung. (vgl. UNHCR 2017) Seit 2015 spricht man in Europa von der sogenannten Flüchtlingskrise, ausgelöst durch einen immensen Durch- und Zustrom an Geflüchteten in die Staaten der EU. Damit verbunden kamen gesellschaftliche Debatten um die Asylpolitik der EU sowie um die Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik der einzelnen Nationalstaaten auf. Diese Debatten dienten als Nährboden für nationalkonservative populistische Parteien, welche in vielen Ländern Europas Fuß fassen konnten. Während in Deutschland einige Zeit von einer „Willkommenskultur“ gesprochen wurde, haben sich andere Staaten der EU größtenteils abgeschottet, wie beispielsweise Ungarn. Doch welche

Auswirkungen ein nationaler Egoismus gegenüber der Europäischen Union hat, ist bisher noch unklar. Jedoch ist sicher, dass ein Erstarren nationalistischer und rechtspopulistischer Parteien keine weitere Integration der europäischen Länder beflügeln wird. Vielmehr geraten Themen wie beispielsweise der Wohlfahrtsschauvinismus in den Diskurs der Öffentlichkeit, welcher zudem mit den massiven Veränderungen der sozialstaatlichen Sicherungssysteme in den westeuropäischen Ländern zusammenhängt. (vgl. Hentges/Flecker 2006)

Mehrere Phänomene greifen hier ineinander. Eines dieser Phänomene wäre beispielsweise der Umbau des deutschen Wohlfahrtsstaats. In den meisten Bereichen sozialstaatlicher Organisation kommt es zu Leistungskürzungen, Verschärfungen der Anspruchsvoraussetzungen sowie Verstärkung des Kontrolldrucks auf die Beziehenden. Der Umbau im Sinne eines neoliberalen Konzepts und der Konkurrenzfähigkeit kann als Angriff auf den Sozialstaat gesehen werden. (vgl. Butterwegge 2012) Dieser Wandel konnte zuvor bereits in den USA festgestellt werden (vgl. Wacquant 2013), wird aber auch in Europa verstärkt thematisiert, wie beispielsweise von Dingeldey, die sich mit dem aktivierenden Wohlfahrtsstaat befasst. (vgl. Dingeldey 2011) Während sich dies wiederum auf das europäische Sozialprojekt auswirkt, welches im Sinne ökonomischer Vorteile ausgeweitet wird, werden gewisse Teile der Bevölkerung zurückgelassen. Hierauf folgt eine Expansion der Marktlogik auf den politischen, kulturellen und sozialen Bereich, welche eine Abschottung nationalsozialer Staaten dahingehend stärkt, dass soziale Gerechtigkeit an diese geknüpft wird. (vgl. Soysal 2012)

Nach Rydgren werden politische Probleme „ethnisert“ und Migrations- und Fluchtbewegungen als Auslöser für diese verantwortlich gemacht. Wohlfahrtsschauvinismus in der Bevölkerung dient als Rechtfertigung der nationalen Abschottung des Sozialstaats. Durch eine konstante Abnahme des Fokus auf soziale Fragen und Wohlfahrt der SozialdemokratInnenen, wurde dieses Thema zunehmend von Randparteien aufgegriffen, welche aufgrund des sinkenden Vertrauens breiter Bevölkerungsschichten in politische Institutionen immer mehr Zuspruch fanden. (vgl. Rydgren 2006)

Anhand des großen Zuspruchs populistischer, vor allem rechtspopulistischer, Parteien in Europa lässt sich die rapide Veränderung der politischen Landschaft in Europa abzeichnen. Eine Studie der Bertelsmann Stiftung hat die treibenden Kräfte dieses Wandels untersucht und kam zu dem Ergebnis, dass weniger die Werte als vielmehr Ängste dafür verantwortlich sind. Die Angst vor zunehmender Globalisierung und damit verbundene Abstiegsängs-

te stehen dabei im Fokus jener, die sich selbst als „VerliererInnen der Globalisierung“ verstehen. Fast die Hälfte dieser GlobalisierungsgegnerInnen würde sich in einem Referendum für einen Austritt aus der EU aussprechen. (vgl. Vries/Hoffmann 2016)

In Großbritannien hat ein solches Referendum bereits über den Austritt aus der EU entschieden. Mit diesem beschlossenen Austritt geht der EU einer der zahlungsfähigsten und politisch wie ökonomisch bedeutendsten Mitgliedsstaaten verloren. Aktuell laufen die Verhandlungen. So möchte man zwar keine weiteren Zahlungen für die EU tätigen, allerdings die Vorteile, die der gemeinsame Binnenmarkt ermöglicht weiter nutzen. Zwar fordern konservative Abgeordnete einen schnellen und klaren Bruch mit der EU, dessen Umsetzbarkeit aber vor allem von großer Unwägbarkeit geprägt ist. (vgl. derstandard.at 21.02.2018)

Deutschland als ebenfalls eines der politisch wie auch ökonomisch einflussreichsten Länder nimmt in all diesen Krisen eine besondere Rolle ein. So gilt Deutschland – im Vergleich zu weiteren Staaten der EU – als Staat, der Geflüchtete willkommen heißt, obwohl sich das Land bis heute dagegen sträubt, sich als Einwanderungsland zu verstehen (vgl. Müller 2005).

Vielen Menschen wirft man immer wieder eine Politikverdrossenheit vor, während diese sich gleichzeitig in ihren Anliegen nicht durch bestehende Politik vertreten sehen. Zwar tritt harte Politikverdrossenheit in Deutschland nur in einer kleinen Bevölkerungsgruppe auf und ist seit Anfang der 2000er Jahre nicht gewachsen, allerdings wird einzelnen Aspekten des Politikbetriebs von einer relativ großen Bevölkerungsgruppe mit mehr oder weniger starker Kritik und Distanz begegnet. (vgl. Gabriel 2017)

1.2 Ausgangsfragen und Relevanz des Themas

Laut Adorno ist die Gesellschaft nicht bloß Totalität der Menschen, die in einer bestimmten Zeit leben, sondern sie besteht in einem Übergewicht der Verhältnisse über die Menschen, indem diese als entmachtete Produkte von Gesellschaft hervorgehen. Das gesellschaftliche Medium ist laut Adorno der Gegensatz, durch den Vergesellschaftung vollzogen wird, der die Gesellschaft aber gleichzeitig zerreißen kann. (vgl. Adorno 1966, S. 636-639) Demnach muss Gesellschaft nicht als pluralistische Verabredung verschiedener gleichgestellter Interessen, sondern als menschliche Reproduktion kapitalistischer, patriarchaler oder rassistischer Verhältnisse gesehen werden, die durch Herrschafts- und Machtverhältnisse strukturiert ist. (vgl. MEW 8, S. 115) Marx beschreibt Gesellschaft ebenso als

in Äther getauchte gesellschaftliche Verhältnisse, die für den Menschen fremde und ihn beherrschende soziale Formen annehmen. (vgl. Georgi/Kannankulam 2012, S. 4)

Doch wie können Herrschafts- und Machtverhältnisse trotz der vielen Gegensätze und Krisen bestehen bleiben? Und welche Bedeutung kommt dem einzelnen Individuum in diesem Zusammenhang zu? Um diese Fragen zu konkretisieren, wird sich die vorliegende Arbeit mit der Bevölkerung der EU-Staaten, insbesondere mit der Bevölkerung in Deutschland, auseinandersetzen.

Dabei soll näher beleuchtet werden, wie sich bestimmte Einstellungen der Bevölkerung zu den sogenannten Krisen verhalten und welche Auswirkungen sie womöglich auf die EU haben können. Welche Einstellungen werden also von den europäischen BürgerInnen vertreten und wie spiegeln sich diese in politischer und gesellschaftlicher Entwicklung wider?

Anhand bestimmter Krisen oder Konfliktfelder in der EU haben sich konfligierende Hegemonieprojekte herausgebildet, die jeweils unterschiedliche Ziele verfolgen. Um herauszufinden, von welchen Teilen der Bevölkerung diese Hegemonieprojekte unterstützt werden, ist es sinnvoll, sich die Bevölkerung näher anzuschauen. Da politische Parameter wie politisches Interesse oder politische Beteiligung in diesem Kontext wichtig sind, aber keine Auskunft über konkrete Denkweisen bzw. Einstellungen liefern, muss man sich mit den Einstellungen selbst auseinandersetzen. Deshalb bietet sich in diesem Fall eine deskriptive Untersuchung, die Einstellungen und Attitüden von deutschen und europäischen BürgerInnen darstellt, an. Hierfür eignen sich besonders Verfahren zur Aufdeckung von Ähnlichkeitsstrukturen, wie die Clusteranalyse. Diese ermöglicht es, mithilfe eines bestimmten Algorithmus möglichst homogene Gruppen bzw. Cluster zu identifizieren, die sich gegenseitig möglichst stark voneinander unterscheiden. So lassen sich Cluster aufgrund bestimmter Einstellungsausprägungen berechnen und identifizieren, die Mittelpunkt dieser Arbeit sein sollen.

Folgende Forschungsfragen sollen in diesem Rahmen konkret beantwortet werden:

- Welche Cluster lassen sich anhand ausgewählter Einstellungen in Europa identifizieren?
 - In welchen Gebieten der EU sind die einzelnen Cluster besonders stark oder schwach vertreten? Lassen sich Muster erkennen?
 - Wie sieht die Clusterverteilung in Deutschland aus?
- Wie lassen sich diese Cluster den Hegemonieprojekten zuordnen?

- Lassen sich aufgrund der Zuordnung Aussagen über die Zukunft der EU machen?

1.3 Zusammenhang von Politik, Kapitalismus und Hegemonie

Um zu verstehen, warum und wie die EU mit Krisen umgeht und trotz Krisen bestehen bleiben kann, ist es notwendig, sich näher mit dem gemeinsamen Wirtschaftssystem der EU-Staaten auseinanderzusetzen. Dies ist die zentrale Frage der Regulationstheorie: Wieso ist der Kapitalismus trotz seiner inhärenten Krisentendenzen das unangefochtene Wirtschaftssystem unserer Gesellschaft? Im Zentrum der Regulationstheorie steht aber nicht nur die kapitalistische Akkumulation, sondern ihr Zusammenspiel mit gesellschaftlicher Regulation. Wie kann also gesellschaftliche Stabilität entstehen und reproduziert werden, wenn der Kapitalismus an sich keine zentralen Maßnahmen zur Planung und Steuerung in sich birgt?

In seiner Theorie des kapitalistischen Staates setzt Poulantzas den Aufbau des Staates mit den kapitalistischen Produktionsverhältnissen und der gesellschaftlichen Arbeitsteilung in Beziehung, um ein Verhältnis zwischen Staat, sozialen Klassen und Klassenkampf herzustellen. Die verschiedenen Stadien des Kapitalismus haben unterschiedliche Anforderungen an den Staat gestellt; so hat sich der liberale Staat über den interventionistischen Staat zum gegenwärtigen autoritären Etatismus gewandelt. Er kritisiert die Herangehensweise, den kapitalistischen Staat als bloße Konkretisierung des Staats allgemein zu sehen, da Klassenkampf als politischer Kampf und politische Herrschaft in das Gerüst des Staates eingeschrieben sind und dazu dienen, Transformationen des Staates zu erklären. (vgl. Poulantzas 2002, S. 154-157)

Innerhalb des krisenhaften Kapitalkreislaufs bilden sich Lebensweisen heraus, die von der Allgemeinheit angestrebt werden und an bestimmte materielle Bedingungen geknüpft sind. Doch aufgrund des sozialen Kräfteverhältnisses ist der Weg zu einer solchen Lebensweise zunehmend prekär und von großer Konkurrenz geprägt. Deshalb bilden sich Zusammenschlüsse, aus deren Zielen sich verallgemeinerte Ziele entwickeln. Durch die Kopfarbeit der Intellektuellen beeinflussen sie den Meinungsbildungsprozess und haben somit direkten Einfluss auf diese Entwicklung. Indem der Zivilgesellschaft ausgewählte Vorteile bei Zusammenschlüssen oder Kompromissen geboten werden, erfolgen diese meist freiwillig, wodurch die so entstandene Hegemonie stabiler wird. Solange die Beherrschten davon ausgehen, sie hätten Vorteile durch das System, werden sie freiwillig an der Aufrechterhaltung des Systems mitwirken und sich somit der Hegemonie der Herrschenden unterord-

nen. Zudem erhält sich das System durch den Widerspruch von kapitalistischer Ungleichheit mit rechtlicher Gleichheit.

In der politischen Soziologie wird Hegemonie als Fähigkeit einer Schicht oder Klasse definiert, die ihre Dominanz über die Gesellschaft aufrechterhalten kann, ohne dabei auf direkte Formen der Repression oder Gewalt angewiesen zu sein. (vgl. Schultze 2010, S. 357) Dieses Verständnis von Hegemonie geht auf Antonio Gramsci zurück, dessen Hegemoniebegriff seit den 1970er Jahren nicht nur als anschlussfähig gilt, sondern für eine kritische Analyse gegenwärtiger Verhältnisse besonders gut geeignet ist (vgl. Démirovic 1992; Mende 2009, S. 113f.).

Mithilfe dieser theoretischen Annahmen wird nicht nur der Begriff des Hegemonieprojekts deutlich, welcher für die Beantwortung der Forschungsfragen maßgeblich ist. Sie liefern auch die Grundlage dafür, in dieser Arbeit bestimmte Entwicklungen innerhalb der EU und Deutschlands besser zu verstehen.

1.4 Auswahl und Gliederung der Arbeit

Die vorliegende Arbeit gliedert sich zunächst in zwei große Hauptteile:

Im ersten Hauptteil werden sämtliche theoretische Grundlagen und Vorannahmen beschrieben. Zunächst wird der Ansatz der Regulationstheorie vorgestellt. Daran anknüpfend werden der Hegemoniebegriff nach Gramsci und der Staatsbegriff nach Poulantzas dargestellt, um eine erste theoretische Grundlage zu schaffen. Die Relevanz der theoretischen Annahmen wird durch Beispiele aus der Entwicklung Deutschlands und der EU verdeutlicht. Darauf aufbauend werden die Hegemonieprojekte nach Georgi und Kannankulam vorgestellt und ausführlicher in einen historischen und gesellschaftlichen Kontext eingebettet.

Der zweite Teil widmet sich der empirischen Analyse. In einem ersten Schritt wird das Vorhaben kurz erläutert. Da es sich hierbei um eine quantitative Analyse handelt, die auf bereits vorhandenen Daten basiert, wird der Datensatz des European Social Surveys von 2014, Welle 7, kurz vorgestellt. Anschließend wird ein kurzer Einblick in die Einstellungsforschung gegeben, um anschließend die Operationalisierung der herangezogenen Einstellungen zu erörtern. Im nächsten Kapitel wird die Durchführung der Cluster-Analyse beschrieben, um im Anschluss die daraus resultierenden Cluster vorzustellen. Nachdem bereits ein Einblick in die verschiedenen Cluster gegeben wurde, wird diese den im theoretischen Teil beschriebenen Hegemonieprojekten zugeordnet. Während des empirischen

Teils wird die Verteilung der Cluster innerhalb Deutschlands mit jenen anderer europäischer Länder und der EU insgesamt verglichen. Die Ergebnisse der empirischen Studie werden abschließend pointiert zusammengefasst um noch einmal die Verbindung zur Theorie zu verdeutlichen.

Ein Fazit soll einen Ausblick darüber geben, in welche Richtungen sich Deutschland und Europa anhand dieser Studie entwickeln könnten und welche Hegemonieprojekte womöglich hegemoniales Potenzial in sich bergen. Außerdem werden mögliche Anknüpfungspunkte an die Arbeit identifiziert.

2 Staat und Hegemonie und ihre Bedeutung für gesellschaftliche Entwicklung

Um ein theoretisches Gerüst für die vorliegende Arbeit zu zeichnen, wird in diesem Kapitel auf verschiedene theoretische Ansätze eingegangen, um anschließend Entwicklung und Krisenhaftigkeit Deutschlands und der EU besser einordnen zu können. So stehen der Staatsbegriff Poulantzas und Gramscis Hegemoniekonzept am Anfang, um die danach erläuterte Regulationstheorie zu verstehen. Diese theoretischen Konzepte werden anschließend mit praktischen Beispielen konkreter veranschaulicht. Hierfür werden sowohl Entstehung als auch Entwicklung der EU nachgezeichnet und auf Deutschland als Wohlfahrtsstaat eingegangen.

2.1 Staatsbegriff nach Nicos Poulantzas

Poulantzas Staatstheorie baut nicht auf der Trennung der bürgerlichen Gesellschaft vom Staat, sondern auf der Trennung der kapitalistischen Produktionsweise vom Staat auf, um das Verhältnis zwischen Staat und Klassenkampf herauszuarbeiten. Dieses Verhältnis ist für ihn der eigentliche Gegenstand marxistischer Staatstheorie und wird beispielsweise von der Regulationstheorie, welche in Kapitel 2.3 näher erläutert wird, weiter verfolgt. Poulantzas, der 1936 in Athen geboren wurde und dessen wissenschaftliche Karriere sich zu einem großen Teil in Frankreich abspielte, gilt als einer der einflussreichsten marxistischen Theoretiker der Nachkriegszeit und prägte die marxistische Staatstheorie maßgeblich. (vgl. Demirovic 2007, S. 10-16)

Poulantzas fasst den Klassenkampf als Verhältnis auf, da sich die Klassen stetig im Kampf miteinander befinden und sie sich durch diesen verändern und entwickeln. Kräfteverhältnisse kennzeichnen also den Kampf zwischen den Klassen und werden durch Praktiken

der gesellschaftlichen Reproduktion materialisiert. Der Staat steht nicht neutral über diesen unterschiedlichen Kräfteverhältnissen, sondern wird miteinbezogen und durchzogen von ihnen. Nach Poulantzas ist der Staat keineswegs als Festung der Bourgeoisie oder als gesamtgesellschaftliches Subjekt zu verstehen, sondern lässt sich als eine „materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses“ zusammenfassen. Demnach ist die Veränderung des Staates abhängig von den sozialen Kräfteverhältnissen. (vgl. Demirovic 2007, S. 63f.)

Die Trennung von Staat und Ökonomie als relativ autonome Strukturebenen gilt als eines der Hauptcharakteristika kapitalistischer Produktionsweise und dient Poulantzas als Ausgangspunkt für seine Analyse des Staates. Die fehlende unmittelbare Übersetzung von ökonomischen Entwicklungen in Politik gilt als Folge dieser Trennung: aus ökonomischen Krisen müssen nicht zwangsläufig politische Krisen entstehen. Politische Krisen können nämlich weitaus mehr sein als ökonomische Prozesse oder Machtfaktoren; sie ergeben sich aus politischen Praktiken und Konflikten, deren Eigendynamik sogar ökonomische Krisen auslösen kann. Des Weiteren können bestimmte Machtkonstellationen einen längeren politischen Stillstand aufrechterhalten. Die Trennung von Ökonomie und Staat bildet den Kern kapitalistischer Produktionsverhältnisse, auch wenn sie sich gegenseitig konstituierende Strukturebenen sind. So ist die Reproduktion der Produktionsverhältnisse in den Staat eingeschrieben, auch wenn dieser in die Ökonomie interveniert. (vgl. Demirovic 2007, S. 65-68)

Nach Poulantzas ist die Herrschaft im Kapitalismus nicht personal, was bedeutet, sie wird nicht von Menschen über Menschen ausgeübt. Vielmehr nimmt die Herrschaft die Form einer abstrakt allgemeinen politischen Herrschaft an. In der Marktwirtschaft wird einzig nach Kalkülen wirtschaftlichen Nutzens gehandelt. So sind Staaten Terrains politischer Kämpfe, vor allem auch von Klassenkämpfen. (vgl. Poulantzas 2002) Das Ziel der Sozial- und Wohlfahrtsstaaten, wie sie sich im 19. Jahrhundert entwickelten, war in diesem Sinne eine Regulierung und nicht die Abschaffung der Klassenkämpfe mit Hilfe der ‚Nation‘ als imaginäre Integrationskraft. Die Einführung von Sozial- und Wohlfahrtssystemen waren somit „unentbehrlich für die Erhaltung der nationalen Form des Staates und damit seiner Hegemonie“ (vgl. Balibar in Demirovic et al. 2010).

Des Weiteren geht Poulantzas davon aus, dass der zeitgenössische Staat einen Prozess der Individualisierung der Subjekte bewirkt. Dieser Individualisierungsprozess steht allerdings komplementär zur Entstehung von Kollektiven, wie an der Entwicklung einer sozialen StaatsbürgerInnenschaft gezeigt werden kann. (vgl. Balibar in Demirovic et al. 2010)

Die Frage nach der Beziehung zwischen Staat, Macht und gesellschaftlichen Klassen beeinflusst nicht nur die politische Theorie, sondern ist Grundlage Poulantzas Theorie des kapitalistischen Staates. Die Vorstellung, der Staat ließe sich auf die politische Herrschaft reduzieren, weist Poulantzas von sich. Das würde bedeuten, die Bourgeoisie suche sich den nationalen Volksstaat selbst aus. Dem ist aber nicht so, da auch die Bourgeoisie nicht mit allen Staatsfunktionen, wie beispielsweise den Sozialversicherungen, einverstanden ist. Obwohl sich die Handlungen des Staates nicht auf die politische Herrschaft reduzieren lassen, sind sie konstitutiv von ihr gekennzeichnet. Poulantzas sucht die Grundlage des materiellen Aufbaus des Staates und der Macht in den Produktionsverhältnissen und der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Um dieser Grundlage näher zu kommen, wird der Staat mit Klassen und den damit verbundenen Klassenkämpfen in Beziehung gesetzt. Der ökonomische Raum und Ort der Produktions- und Ausbeutungsverhältnisse ist keine geschlossene Ebene, die sich selbst reproduziert. Vielmehr geht dem Staat eine konstitutive Existenz voraus, die sich in unterschiedlichen Formen zeigt, beispielsweise in den Produktionsverhältnissen. Demnach ist die Position des Staates im Verhältnis zur Ökonomie nur die Art und Weise einer bestimmenden Präsenz innerhalb der Produktionsverhältnisse und ihrer Reproduktion. Die Produktionsverhältnisse bestimmen die Produktionsweise, welche durch die Gesamtheit von ökonomischen, politischen und ideologischen Vorgaben zu einer eigenen Einheit wird, die keine feste Struktur hat. Die Produktionsverhältnisse nehmen im Kapitalismus jene Struktur an, in der die Arbeitskraft eine Ware darstellt und Mehrarbeit in Mehrwert transformiert wird und führt somit zur relativen Trennung von Staat und ökonomischem Raum. Auch wenn sich kapitalistische Produktionsverhältnisse verändern und verantwortlich für substantielle Veränderungen der Beziehung zwischen Staat und Ökonomie sind, bleiben sie weiterhin transformierte Formen der Trennung zwischen Staat und Ökonomie und der Präsenz des Staates in den Produktionsverhältnissen. Zusammengefasst: Es kann zwar keine geschlossene Theorie des Staates geben, aber erst durch die Trennung der Produktionsverhältnisse vom Staat ist eine Theorie des kapitalistischen Staates möglich. (vgl. Poulantzas 2002, S. 39-49)

Demirovic leitet drei wichtige Konsequenzen von Poulantzas Trennung von Staat und Ökonomie ab: Auch wenn die politische Praxis – mit der Eroberung und Zerschlagung der Staatsmacht – als Ziel des Staates definiert ist, geht es Poulantzas um die Überwindung der Trennung von Ökonomie und Staat, indem veränderte Produktionsverhältnisse zu einer neuen Gliederung des gesellschaftlichen Ganzen führen. Die Trennung von Ökonomie

und Staat sieht Poulantzas zudem als umkämpft, aber von der Bourgeoisie verteidigt an, weshalb es zu ständigen Neuverknüpfungen von Staat und Ökonomie kommt, die ein instabiles Kompromissgleichgewicht darstellen. Diese Kompromisse zwischen den sozialen Klassen gelten als Grundlage staatlichen Lebens. Andere AutorInnenen, beispielsweise Habermas, sehen im Wohlfahrtsstaat keine Trennung mehr von Ökonomie und Staat, sondern das Selbsteinwirken der Gesellschaft auf ihre Lebensgrundlagen. Poulantzas sieht wohlfahrtsstaatliche Interventionen als Typus dieser Trennung, da sie durch den gemeinsamen Zweck der gesellschaftlichen Arbeitsteilung in kooperativem Zusammenhang verbunden sind. (vgl. Demirovic 2007, S. 65-69)

Die Beziehung zwischen dem Staat und den Produktionsverhältnissen ist deshalb so wichtig, weil sie meist auch die Beziehung zwischen den gesellschaftlichen Klassen und dem Klassenkampf ist. Die Trennung von Staat und Produktionsverhältnissen stellt die Grundlage des organisatorischen Aufbaus dar und skizziert bereits die Beziehung zwischen Staat und Klassen und dem Klassenkampf im Kapitalismus. Zu den spezifischen Funktionen des Staates gehört die Organisierung der ideologischen Beziehungen und der herrschenden Ideologie. Neben einem System von Ideen und Vorstellungen zählt Poulantzas auch gesellschaftliche, politische und ökonomische Praktiken zur Ideologie. So greift der Staat für die politische Herrschaft auf die Ideologie zurück, um die Gewalt zu legitimieren und zum Konsens zwischen den beherrschten Klassen und der politischen Macht beizutragen. Poulantzas spricht von Klassenideologie, da diese nicht neutral ist und jene der herrschenden Klasse zu ihrer Macht beiträgt. Verkörpert wird die herrschende Ideologie in den Staatsapparaten, zu denen auch die Kirche, der schulische und kulturelle Apparat, sowie der offizielle Informationsapparat zählen. Neben der ideologischen verfügt der Staat über eine repressive Rolle, welche sich in der organisierten physischen Gewalt äußert. Diese Gewalt setzt sich zusammen aus Institutionen und der Durchsetzung einer körperlichen Ordnung. Doch Poulantzas vertritt nicht die systematisierte Annahme Althussers, die besagt, dass der Staat nur mithilfe von Repression und ideologischer Indoktrinierung agiert und funktioniert: der Staat übt auch mittels materieller Produktion Macht aus, da diese als Konsens der Massen angesehen wird. Das Materielle ist in diesem Zusammenhang besonders wichtig, da es in der Beziehung der Massen zur Macht verankert ist und dem Staat dazu dient, die Klassenhegemonie aufrechtzuerhalten, beispielsweise durch materielle Maßnahmen für die Bevölkerungsmehrheit. (vgl. Poulantzas 2002, S. 55-63)

In seiner Theorie des kapitalistischen Staates setzt Poulantzas den Aufbau des Staates mit den kapitalistischen Produktionsverhältnissen und der gesellschaftlichen Arbeitsteilung in Beziehung, um ein Verhältnis zwischen Staat, sozialen Klassen und Klassenkampf herzustellen. Die verschiedenen Stadien des Kapitalismus haben unterschiedliche Anforderungen an den Staat gestellt; so hat sich der liberale Staat über den interventionistischen Staat zum autoritären Etatismus gewandelt. Unter autoritärem Etatismus versteht Poulantzas einen Staat, der sämtliche Bereiche des ökonomisch-gesellschaftlichen Lebens an sich reißt und sich mit dem Verfall der Institutionen der politischen Demokratie sowie mit den Einschränkungen formaler Freiheit legitimiert (vgl. Poulantzas 2002, S. 232). Er kritisiert die Herangehensweise, den kapitalistischen Staat als bloße Konkretisierung des Staats Allgemein zu sehen, da Klassenkampf als politischer Kampf und politische Herrschaft in das Gerüst des Staates eingeschrieben sind und dazu dienen, Transformationen des Staates zu erklären. (vgl. Poulantzas 2002, S. 154-157)

„Die Rolle des Staates ist in seine institutionelle Materialität eingeschrieben: es geht um den Klassencharakter des Staates. Um ihn ernsthaft zu untersuchen, muss die Rolle des Staates gleichzeitig in Bezug auf die herrschenden und auf die beherrschten Klassen beleuchtet werden.“ (Poulantzas 2002, S. 157)

Institutionelle Materialität meint die objektivierte Struktur sozialer Klassenverhältnisse im Staatsapparat (vgl. Sauer 2001, S.78). Der Staat hat die Funktion, die herrschende Klasse oder die herrschenden Klassen zu etablieren und zu organisieren, damit diese ihre langfristigen politischen Interessen durchsetzen können, auch wenn meist ein instabiles Kompromissgleichgewicht herrscht. Dennoch muss der Staat eine relative Autonomie gegenüber der Interessen behalten, um den sog. Block an der Macht zu organisieren. Poulantzas versteht den Staat nicht als

„abgeschlossenes Wesen [...], sondern [...] als ein Verhältnis, genauer als die materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen, das sich im Staat immer in spezifischer Form ausdrückt.“ (Poulantzas 2002, S. 159)

Der Staat ist nämlich weder Objekt noch Subjekt, da ihm absolute Autonomie weder vollständig ab- noch zugesprochen werden kann. Der Staat ist nicht völlig manipulierbar durch wirtschaftliche Monopole, sondern eigenständige Materialität, nicht bloß Werkzeug oder Instrument. Die Interessen der herrschenden Klasse werden nicht mechanisch durch den Staat ausgedrückt, sondern durch ein vermitteltes Kräfteverhältnis. (vgl. Fabre/Hincker/Sève 1977, S. 13, zit. nach Poulantzas 2002, S. 161) Die Beziehung des Staates zu den Produktionsverhältnissen und zur gesellschaftlichen Arbeitsteilung bestimmt zwar

das materielle Gerüst der staatlichen Institutionen, die Materialität des Staatsapparats lässt sich allerdings nur durch spezifische Handlungen und Maßnahmen transformieren. Der Staat ist nicht nur durch Klassenwidersprüche konstituiert und gespalten, sondern reproduziert die Klassenteilungen selbst, weshalb Poulantzas von einem gespaltenen Staat spricht. In diesem gespaltenen Staat können die verschiedenen Klassen und Fraktionen an der Macht nur in dem Maße an der politischen Herrschaft partizipieren, wie sie innerhalb des Staates präsent sind. (vgl. Poulantzas 2002, S. 157-164)

Nicht nur die Widersprüche innerhalb der an der Macht stehenden Klassen und Fraktionen, sondern die Rolle des Staates in Bezug auf die beherrschten Klassen beeinflussen die innere Spaltung des Staates, seine Autonomie und die Etablierung seiner Politik maßgeblich. Die Inszenierung von vorläufigen Kompromissen zwischen dem „Block an der Macht“ und den beherrschten Klassen dient dem Staatsapparat dazu, Hegemonie zu begründen und zu reproduzieren. Durch die Desorganisation und Spaltung der beherrschten Klassen wird der Block an der Macht organisiert und vereinheitlicht. Es entsteht eine Polarität zwischen beherrschten Klassen und den herrschenden Klassen. Durch materielle Kompromisse behält der Staat seine Autonomie gegenüber dem herrschenden Block, welcher dadurch wiederum seine Hegemonie gegenüber den beherrschten Klassen organisieren kann. Im Staat konzentriert sich also nicht nur das Kräfteverhältnis zwischen den verschiedenen Fraktionen an der Macht, sondern auch jenes zwischen diesen und den beherrschten Klassen. Deshalb verlaufen Volkskämpfe nach Poulantzas auch quer durch den Staat und nicht zwischen außerhalb und innerhalb des Staates. Politische Kämpfe sind bereits in das Raster des Staates eingeschrieben, auch wenn sie über den Staat hinausgehen. Die Aufgabe des herrschenden Blocks ist es nun, das Verhältnis zwischen Herrschaft und Unterordnung aufrechtzuerhalten und zu reproduzieren, indem Teile der Volksmassen – insbesondere das KleinbürgerInnenentum und die ländlichen Volksmassen – zu Stützen des herrschenden Blocks gemacht werden und ein Bündnis mit der ArbeiterInnenklasse abgeblockt wird. Sämtliche staatliche Apparate müssen also im Verhältnis von Bourgeoisie und Kleinbürgertum gesehen werden. Für eine dominante Rolle im Staat muss ein staatlicher Apparat, beispielsweise eine politische Partei, nicht nur die Macht der hegemonialen Fraktion in sich konzentrieren, sondern auch die politisch-ideologische Rolle des Staates gegenüber den beherrschten Klassen erfüllen. (vgl. Poulantzas 2002, S. 171-176)

Die politische Praxis gilt nach Poulantzas als Motor der Geschichte, da sie verantwortlich für die Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Einheit oder für die Veränderung des Staates

ist. Der Staat ist als Zusammenfassung oder Ordnungsfunktion der Gesellschaft zu verstehen und dient nicht nur der politischen Ordnungsfunktion, sondern auch einer globalen, die ein Auseinanderbrechen der Gesellschaftsformation verhindern soll. (vgl. Poulantzas 1975, S. 42-54)

2.2 Hegemoniebegriff nach Gramsci

Bevor die unterschiedlichen Hegemonieprojekte nach Georgi und Kannankulam näher beleuchtet werden, ist es notwendig, sich zunächst mit dem Begriff der Hegemonie auseinanderzusetzen. Schon im antiken Griechenland fand der Begriff der Hegemonie Verwendung, wenn auch in einem immanent normativen Sinne als Gegensatz zur Despotie (vgl. Fontana 2006, S. 24f.). Aus dem Griechischen ins Deutsche übersetzt, bedeutet *hegemonía* so viel wie Anführen, Oberbefehl oder Heerführerschaft. Im Allgemeinen wird der Begriff als Überlegenheit oder Vorherrschaft einer Person oder eines Kollektivs, die auf bestimmten Ressourcen beruhen kann, definiert. Zu diesen Ressourcen werden kulturelle, wirtschaftliche, politische oder militärische Ressourcen gezählt. In der politischen Soziologie wird Hegemonie als Fähigkeit einer Schicht oder Klasse definiert, die ihre Dominanz über die Gesellschaft aufrechterhalten kann, ohne dabei auf direkte Formen der Repression oder Gewalt angewiesen zu sein. (vgl. Schultze 2010(1), S. 357) Dieses Verständnis von Hegemonie geht auf Antonio Gramsci zurück, dessen Hegemoniebegriff seit den 1970er Jahren nicht nur als anschlussfähig gilt, sondern für eine kritische Analyse gegenwärtiger Verhältnisse besonders gut geeignet ist (vgl. Démirovic 1992; Mende 2009, S. 113f.).

Gramsci untersuchte in seiner Forschung das revolutionäre Potenzial der kommunistischen Bewegung, um den revolutionären Ansatz kommunistischer Parteien neu zu begründen. Dabei setzt er sich mit klassenintegrierenden sozialen und politischen Herrschaftsmechanismen in den modernen Industriegesellschaften auseinander. Da diese sich ideologischen Mitteln bedienen, seien sie durch eine Revolution auch nicht zu beseitigen. (vgl. Moreau 2002, S. 260)

Gramscis Hegemoniebegriff fußt auf zentralen marxistischen Ideen und damit auf der Kritik der Politischen Ökonomie, auch wenn er sich von einer deterministischen Marxismus-Konzeption abwendet (vgl. Opratko 2012, S. 26; Moreau 2002, S. 260). Sein Begriff wurde beispielsweise von Laclau und Mouffe diskurstheoretisch umformuliert und findet auch heute noch in der marxistischen Lehre regen Anklang (vgl. Opratko 2012, S. 19).

Antonio Gramsci war Mitbegründer der Kommunistischen Partei Italiens und Abgeordneter im italienischen Parlament von 1924 bis 1926. Lenins Dritte Internationale in Russland wurde von Gramsci hoch geachtet, auch wenn ihm die mangelnde Exportfähigkeit des Modells stets bewusst war (vgl. Moreau 2002, S. 261). Im November 1926 wurde er von italienischen Faschisten verhaftet und verbrachte sein restliches Leben im Gefängnis. Erst ab 1929 war es ihm gestattet, zu schreiben. Aus dieser Zeit liegen 32 Gefängnishefte vor, die Gramsci unter besonderen Bedingungen schrieb und als Notizen oder Vorarbeiten ansah, weshalb sie mehr fragmentarischem Charakter mit einigen Ungenauigkeiten gleichkommen. Da er mit der Willkür der Gefängnisbehörden rechnen musste, verwendete er einige Synonyme zur Tarnung des politischen Inhalts seiner Texte. Die Gefängnishefte wurden zwischen 1947 und 1955 in sieben Bänden thematisch geordnet herausgegeben. 1975 erschien eine vierbändige kritische Ausgabe in vollständiger Form und chronologischer Reihenfolge. (vgl. Gramsci 1980, S. 217f.)

Um Gramscis Begriff von Hegemonie zu verstehen, ist es notwendig, sich mit der marxistischen Gesellschaftsanalyse auseinanderzusetzen. Gesellschaftliche Produktionsverhältnisse werden als strukturierende Basisverhältnisse angesehen, um in der bürgerlichen Gesellschaft Klassenverhältnisse zu identifizieren. Diese Klassenverhältnisse stehen aufgrund der Ausbeutung durch kapitalistische Produktionsverhältnisse antagonistisch zueinander und bilden die Struktur des Sozialen. Der Antagonismus der Klassen, einhergehend mit den Klassenkämpfen in der Gesellschaft, ist nach der marxistischen Gesellschaftsanalyse im Kapitalismus nicht zu überwinden. Wichtig ist zu betonen, dass dieser Charakter sowohl zwischen als auch unter kapitalistischen Klassenverhältnissen nicht nur ökonomische, sondern auch politische, rechtliche, ideologische und kulturelle Strukturen und Auseinandersetzungen voraussetzt. Der Staat dient dabei der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung und fungiert als scheinbare Macht, die über der Gesellschaft steht und sich mehr und mehr von dieser entfernt, gleichzeitig aber ihre Klassenkämpfe abschwächt (MEW 21, S. 165). (vgl. Opratko 2012, S. 26f.)

Der moderne Staat wird als Ausschuss verstanden, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der Bourgeoisie verwaltet und die Herrschaft des Bürgertums damit sichert. Um die Frage nach der Stabilität der kapitalistischen Produktionsweise zu klären, geben Marx und Engels zwei Ansätze: Einerseits würde sich die Kontrolle über Produktionsmittel auf die Mittel der Ideenproduktion ausweiten und somit die Ausgebeuteten ideologisch unterwerfen. Andererseits werden durch kapitalistische Produktion Waren hergestellt, die nicht zur Befriedi-

gung von Bedürfnissen, sondern zum Tauschen auf dem Markt dienen. Der Gebrauchsgegenstand entwickelt somit einen „mystischen Charakter“ (vgl. MEW 23, S. 85), der bekannt ist als Fetischcharakter der Warenwelt. Die Stabilität kapitalistischer Produktionsweise wird also erst durch das Handeln der Herrschenden, später durch die Form der Ware begründet. (vgl. Opratko 2012, S. 28ff)

Gramsci versucht die Frage nach der Reproduktion kapitalistischer Produktionsweise mithilfe der Hegemonie zu beantworten, indem er sich auf die damalige politische Lage in Italien bezieht. Zwar prägte er seinen Hegemoniebegriff in den Gefängnisheften, findet man diesen bereits in seinem letzten Aufsatz in Freiheit. Hierbei knüpft er an die Oktoberrevolution Russlands an und zieht Parallelen zum ökonomischen Nord-Süd-Gefälle in Italien, welches als Frage des Südens bekannt ist. Mit diesem ist der Unterschied zwischen dem industrialisierten reicheren Norden und dem rückständigen ärmeren Süden gemeint. Da Gramsci selbst aus dem Süden stammt, ist ihm diese Ungleichheit wohl vertraut, weshalb er auch früh erkennt, wie problematisch es ist, wenn ArbeiterInnenbewegung und LandarbeiterInnen kein Bündnis miteinander eingehen. Die Rätebewegung der Sozialistischen Partei Italiens (biennio rosso) war nämlich auch daran gescheitert, keine ausreichende Unterstützung durch die LandarbeiterInnen im Süden zu bekommen. Nach den Turiner Kommunisten, zu denen Gramsci zählte, galt die „Hegemonie des Proletariats (...) [als] soziale(...) Basis der proletarischen Diktatur und des Arbeiterstaates“ (Gramsci 1980, S. 191):

„Das Proletariat kann in dem Maße zur führenden und herrschenden Klasse werden, wie es ihm gelingt, ein System von Klassenbündnissen zu schaffen, das ihm gestattet, die Mehrheit der werktätigen Bevölkerung gegen den Kapitalismus und den bürgerlichen Staat zu mobilisieren.“
(Gramsci 1980, S. 191)

Um ein solches System von Klassenbündnissen zu schaffen, muss eine Massenaktion möglich sein, deren Ziele von der Masse getragen werden und von deren anzuwendenden Methoden die Masse überzeugt ist. Es muss sich eine Klasse herausbilden, die von der großen Mehrheit der sozialen Klassen unterstützt wird, um ihre politischen Ziele umzusetzen. Ohne diesen Prozess kann ein Proletariat, auch wenn es die Mehrheit der Bevölkerung stellt, zu keiner führenden Klasse werden. Somit bleibt die Mehrheit unter bürgerlicher Führung und das Proletariat kann dem Staat kaum etwas anhaben. Die Bourgeoisie nutzt eine neue Politik mit Klassenbündnissen und politischer Blockbildung, die Gramsci als Politik der

bürgerlichen Demokratie bezeichnet und Ausgangspunkt seiner Hegemonietheorie ist (vgl. Opratko 2012, S. 35). (vgl. Gramsci 1980, S. 197f.)²

In den Gefängnisheften beschäftigt sich Gramsci unter anderem mit dem Scheitern der italienischen ArbeiterInnenbewegung und der Machtübernahme des Faschismus. Dabei spielt die Zustimmung durch breite Teile der Bevölkerung als Ressource neben dem Zwangspotenzial durch Produktionsmittelbesitz und dem staatlich organisierten Gewaltmonopol der herrschenden Klasse eine bedeutende Rolle. Diese Zustimmung gilt Gramsci als passiver Konsens über die Aufrechterhaltung herrschender Ordnung und ist keineswegs spontan, sondern muss organisiert, produziert und stetig reproduziert werden. Ein wesentliches Moment der Ausübung von Macht ist demnach die Organisation von Konsens und Zustimmung. Die Führung einer gesellschaftlichen Gruppe gilt Gramsci als eine der Hauptbedingungen für die Eroberung von Macht (vgl. GH, S. 1947). (vgl. Opratko 2012, S. 35)

Maßgeblich für Gramscis Hegemoniebegriff ist die Unterscheidung von Führung und Herrschaft. Herrschaft wird gleichgesetzt mit Zwang und der Möglichkeit zur Gewaltausübung, während Führung als Konsens oder Zustimmung auf einer moralisch-kulturellen Dimension angesehen wird. Diese Definition von Führung steht in direktem Zusammenhang zum Hegemoniebegriff, da Hegemonie für Gramsci zunächst eine bestimmte Form der politischen Macht darstellt, die durch Konsens und Zustimmung auf der Ebene von Moral, Kultur und Ethik funktioniert. Hegemonie, als freiwillige Anerkennung der Macht einer herrschenden Klasse auf der Grundlage ideologischer Vorherrschaft, soll im Sinne der herrschenden Klasse die diktatorische Macht ersetzen (vgl. Roth 1972, S. 101). Gramsci greift das Basis-Überbau-Schema des Marxismus¹ auf und verändert es zu seinen Zwecken, indem er vorläufig zwei große superstrukturelle Ebenen festlegt, die dem Überbau entsprechen sollen: zum Einen die Zivilgesellschaft und zum Anderen die politische Gesellschaft. Während der Zivilgesellschaft die hegemoniale Funktion zukommt, herrscht die politische Gesellschaft direkt in Form einer Regierung. (vgl. GH, S. 1502) Zudem bestimmt Gramsci die Zivilgesellschaft und die politische Gesellschaft als Teile des Staates. Der Staat funktioniert demnach durch Hegemonie und Zwang und gilt als besondere Form der politischen Herrschaft der Bourgeoisie im modernen Kapitalismus. Lassen sich Herrschaft und Führung im Staat vereinen, werden jene, die Hegemonie produzieren, zu einem Teil des Staa-

¹ Unter dem Basis-Überbau-Schema wird die Zuteilung der bürgerlichen Gesellschaft zur Basis und der Staat zum Überbau verstanden. Gramsci hingegen weist die bürgerliche Gesellschaft und den Staat dem Überbau

tes, bezeichnet als integraler Staat (vgl. GH, S. 815-824). Diese Begriffe und Zuordnungen müssen als analytisch aufgefasst werden, da sie ein Abstraktionsniveau schaffen und in Wirklichkeit nicht so differenziert vorliegen. Dennoch hilft diese klare Aufteilung und Zuordnung, die verschiedenen Dimensionen der Machtausübung im modernen Kapitalismus zu verstehen. Demnach können Elemente der politischen Gesellschaft durchaus Teil der Hegemonie sein. Opratko schlägt vor, Zivilgesellschaft und politische Gesellschaft als Dimensionen gesellschaftlicher Machtausübung und herrschaftsförmiger Strukturen zu verstehen, die einer theoretischen Analyse dienen. (vgl. Opratko 2012, S. 36-42)

Um zwischen hegemonialer und nichthegegonialer Macht zu differenzieren, definiert Gramsci drei Momente, die den Grad an Homogenität und Selbstbewusstsein sozialer Kräfte bestimmen. Im ökonomischen Moment wirken lediglich korporative Interessen. In einem weiteren Moment folgt ein zunächst rein ökonomisches Solidaritätsbewusstsein. Erst in einem dritten Moment überschreiten die eigenen Interessen die ökonomische Ebene und müssen deshalb zu Interessen anderer Gruppierungen werden. Gramsci spricht hier von der politischen Phase, die den Übergang von Strukturen in Superstrukturen darstellt. Erst wenn eine Gruppe ihre Herrschaft gesamtgesellschaftlich organisiert und sie ihre Machtposition durch politischen, ideologischen und kulturellen Konsens sichert, dann spricht man laut Gramsci von Hegemonie. (vgl. GH, S. 495f.; Opratko 2012, S. 42) Zusammen bilden Basis und Überbau den sogenannten historischen Block, welcher als komplexe organische Einheit relative Stabilität in der kapitalistischen Entwicklung schafft. Die Stärke des historischen Blocks ist langfristig abhängig von der Fähigkeit der herrschenden Klasse zur Hegemonieausübung. Durch aktiven Konsens und konstruktive Mitarbeit staatstragender BürgerInnen wird Hegemonie ausgeübt. (vgl. Moreau 2002, S. 262)

Zur Hegemonie als Dimension politischer Herrschaft zählt demnach sowohl die Universalisierung als auch der Kompromiss bezüglich der Interessen. Auf der einen Seite müssen Interessen einer herrschenden Gruppe von anderen Gruppen übernommen werden. Auf der anderen Seite muss die herrschende Gruppe Kompromisse eingehen. Die Kompromissbereitschaft der herrschenden Gruppe hängt wiederum von ihrer ökonomischen Stellung ab. So kann beispielsweise die Integration oppositioneller Kräfte zur Stabilität der Hegemonie führen, die Gramsci als passive Revolution bezeichnet. (vgl. GH, S. 1567; GH, S. 1948; Opratko 2012, S. 43f.)

Die Stabilität der Bürgerlichen Hegemonie wird laut Gramsci durch die Verankerung im sogenannten Alltagsverstand gewährleistet. Unter diesem Alltagsverstand versteht er alltag-

liche Praxen und Selbstverständlichkeiten. (vgl. Opratko 2012, S. 44f.) Im Zusammenhang mit bestimmten Machtverhältnissen und -strategien spielt die Gruppe der Intellektuellen eine bedeutende Rolle. Nach Gramsci schafft sich jede gesellschaftliche Gruppe zumindest eine Schicht von Intellektuellen, die der Gruppe nicht mehr nur ein Bewusstsein für ökonomische, sondern auch für gesellschaftliche und politische Funktionen gibt (vgl. GH, S. 1497). Diese Gruppe der sogenannten organischen Intellektuellen muss als Organisatorin der Gesellschaft dienen, um die Entfaltung der eigenen Gruppe zu gewährleisten und den Alltagsverstand zu organisieren. Dabei gilt für Gramsci die politische Partei als die idealtypische Organisationsform. Da jedem Menschen irgendeine Funktion innerhalb bestimmter gesellschaftlicher Verhältnisse zukommt, ist auch jeder Mensch intellektuell, indem eine Weltauffassung geteilt oder moralische Prinzipien erhoben werden, die neue Denkweisen hervorbringen können (vgl. GH, S. 1531). Neben den organischen Intellektuellen gibt es laut Gramsci noch Gruppen von traditionellen Intellektuellen, welche in vergangenen Epochen entstanden sind, eine Eigendynamik entwickelt haben und sich demnach autonom gegenüber der herrschenden politischen Gruppe fühlen. Organische Intellektuelle der Bourgeoisie und verbündete traditionelle Intellektuelle stabilisieren die kapitalistischen Verhältnisse, indem sie ihre politische, ideologische und kulturelle Weltauffassung im Alltagsverstand der Subalternen verankern. Es geht nicht um das Schaffen eines falschen Bewusstseins der Subalternen, sondern um die Universalisierung, die Anknüpfung an den Alltagsverstand und das Schließen von realen Kompromissen, indem die Organisation von Funktionen übernommen wird. Moderne politische Massenparteien bilden beispielsweise einen institutionellen Rahmen zur Organisation subalternen sozialer Kräfte, um die Subalternen von den Regierenden intellektuell unabhängig zu machen. (vgl. GH, S. 1513ff; Opratko 2012, S. 48ff)

2.3 Stabilität kapitalistischer Entwicklung anhand der Regulationstheorie

Kern der Regulationstheorie ist es, zu verstehen, wie der Kapitalismus trotz ständiger und weitreichender Krisen in der Lage ist, dominantestes Wirtschaftssystem zu bleiben. In der marxistischen politischen Ökonomie wird der Kapitalismus als vorherrschende Gesellschaftsordnung verstanden, in dessen Dynamik sowohl Stabilität als auch Krisen enthalten sind. Diese Dynamik wird von der Regulationstheorie aufgegriffen: sie beschäftigt sich damit, wie kapitalistische Entwicklung in ihrer Krisenhaftigkeit stabilisiert wird und knüpft damit an die Erkenntnis zur spezifischen Logik des Kapitalismus nach Marx und der Analyse kapitalistischer Gesellschaftskonstruktionen an. Die Regulationstheorie basiert zum

einen auf dem strukturalistischen Marxismus Althusers und zum anderen auf dem ökonomietheoretischen Ansatz der neoklassischen Gleichgewichtstheorie. Aufgrund der Auseinandersetzung mit dem strukturalistischen Marxismus nach Althusser – der zwar eine nicht-ökonomistische Methode zur Analyse von Herrschaftsförmigkeit in kapitalistischen Gesellschaften entwickelte, aber nicht erklären konnte, warum stabile längerfristige Strukturen regelmäßig durch Krisen aufgebrochen werden – wird nicht-ökonomischen Instanzen Beachtung geschenkt, die eine konstitutive Rolle in der Analyse kapitalistischer Entwicklung einnehmen. (vgl. Eser 2008, S. 3f.)

Althusser versteht unter Struktur ein „differentielles System wechselseitiger Bestimmungen“ (Wayand 1991, S. 18, zit. nach Eser 2008, S. 10): Die Gesellschaft wird als strukturiertes Ganzes verstanden. Bestimmte Aspekte der Gesellschaft sind nicht nur reine Strukturen, sondern bedingen auch die eigene Existenz, wie beispielsweise Produktionsverhältnisse nicht nur Phänomen der Produktivkräfte, sondern auch ihre Existenzbedingungen sind – ohne Produktionsverhältnisse keine Produktivkräfte. Die Bedingungen für die eigene Reproduktion müssen von einem Gesellschaftsgefüge immer wieder selbst hergestellt werden. Dies geschieht nach Althusser durch die ideologische Unterwerfung der Beherrschten. Ideologie versteht er als ein System aus Praktiken, deren Materialität sich durch die Praxis der Staatsapparate manifestiert. (vgl. Althusser 1968)

Das Zusammenspiel von kapitalistischer Akkumulation und gesellschaftlicher Regulation gilt als zentraler Gegenstand regulationstheoretischer Analysen. Aufgrund der dezentralen Natur marktwirtschaftlicher Organisation ist es wichtig zu verstehen, wie gesellschaftliche Stabilität entsteht und reproduziert wird. Unterschiedlichen Ansätzen von Regulation ist die Bedeutung von staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen für die Funktion kapitalistischer Ökonomien gemein, indem Politik als Bedingung für Kapitalakkumulation angesehen wird bzw. indem kapitalistische Produktion politisch und institutionell ermöglicht wird. Demnach sollen Institutionen ein Ungleichgewicht zwischen dem Wirtschaftssystem und der sozialen Ordnung ausgleichen. Auch die Entwicklung kapitalistischer Gesellschaften nimmt eine bedeutende Rolle in der Regulationstheorie ein, welche durch die widersprüchlichen Interessen von sozialen und politischen AkteurInnen vermittelt wird. Die historische Kontinuität, die auf der einen Seite durch Kämpfe in der Geschichte unbestimmt wird und auf der anderen Seite ein regulatives Gesamtgefüge mit herrschaftsstabilisierende Wirkung schafft, ist ein weiterer wichtiger Aspekt dieser Theorie. (vgl. Eser 2008, S. 79f.)

Durch den Begriff der Regulation soll die grundlegende Widersprüchlichkeit und Krisenhaftigkeit als auch die Dynamik und Wandlungsfähigkeit der kapitalistischen Produktionsweise sichtbar gemacht werden (vgl. Lipietz 1992; 1998, zit. nach Atzmüller 2013, S. 152).

Als Akkumulationsregime wird jede einzelne aufeinanderfolgende Phase der Kapitalakkumulation im Kapitalismus bezeichnet, die jeweils eigene Widersprüche in sich birgt. Indem soziale und ökonomische Gegebenheiten durch Institutionen und Normen miteinander interagieren, soll diesen Widersprüchen entgegengewirkt werden, wodurch eine neue Phase eingeläutet wird, die wieder neue Widersprüche mit sich bringt. Durch diese krisenhaften Umstrukturierungsprozesse und immer neuen aufeinander folgenden Akkumulationsregimen wird das Fortbestehen des Kapitalismus gesichert. Die ökonomischen Gegebenheiten in den einzelnen kapitalistischen Phasen werden als Akkumulationsregime bezeichnet und sollen die Verteilung von Gütern und Kapital regeln, indem bestimmte Kompromisse eingegangen werden. Der Fordismus gilt als exemplarisches Akkumulationsregime, in dem eine steigende standardisierte Produktion mit Vollbeschäftigung zu einer konstanten Lohnsteigerung führte. Die Lohnsteigerung bedingte wiederum die steigende Produktion. (vgl. Aulenbacher/Riegraf 2013, S. 92ff)

Mithilfe der Regulationsweise eines Akkumulationsregimes werden ökonomische Verhaltensweisen verankert und praktikierbar gemacht. Der Begriff der Regulationsweise meint jene Institutionen, die Verhaltensweisen innerhalb eines Akkumulationsregimes legitimieren (vgl. Lipietz 1985, S. 121, zit. nach Brand 2014, S. 262) und sich aus sozialen Auseinandersetzungen ergeben. Dieser ökonomische Reproduktionsprozess wird sowohl politisch als auch ideologisch vermittelt. (vgl. Brand 2014, S. 262)

Aufgrund von staats- und gesellschaftstheoretischen Defiziten der Regulationstheorie haben sich in diesem Gebiet unterschiedliche Ansätze herausgebildet. So interessiert Demirovic et al. die Analyse der Rolle des Staates in der kapitalistischen Regulation – der Staat als politischer Prozess soll genauer analysiert werden. Mit dem politischen Prozess ist das Verhältnis von sozialen und politischen AkteurInnen gemeint, welches sich durch Gegensätze, Kompromisse, Koalitionen oder Allianzen kontinuierlich reguliert und stabilisiert. Aus diesem Grund werden diese regulationstheoretischen Ansätze dem Neogramscismus zugeordnet (vgl. Demirovic et al. 1992, S. 5f.):

„Hegemonie meint, daß sich in sozialen Auseinandersetzungen Akteur[inn]e[n] einander gegenüberstehen, die unterschiedliche Strategien (...) und Projekte (...) verfolgen. Das (...) niemals end-

gültige Ergebnis dieser Auseinandersetzungen ist die Hegemonie eines sozialen Kollektivs und seiner Lebensweise(...).“ (Demirovic et al. 1992, S. 6)

Demirovic beschäftigt sich beispielsweise mit kollektiven Wissenspraktiken und -formen und wie diese den Regulationsansatz erweitern können. Er zeigt, dass die Ausbildung ökonomischer Formen kollektiver Praktiken selbst Ergebnis sozialer Kompromisse ist und dass sowohl der Prozess des Kapitalkreislaufs als auch die Herausbildung ökonomischer Formen wesentlich von den Wissenspraktiken der Intellektuellengruppen abhängt. Seit den 1970er Jahren verändern sich die Regelmäßigkeiten kollektiver Lebensformen im Kapitalismus, wie beispielsweise Arbeits- und Konsumverhältnisse, private Beziehungen oder staatliche Politik. Es bilden sich neue Praktiken heraus, die soziale Verhältnisse als dynamisch verstehen und die gesellschaftliche Entwicklung auf die Handlungen der sozialen AkteurInnen zurückführen; weniger auf die exklusive Bestimmung durch herrschende Klassen und den Staat. Der Kapitalismus kann verstanden werden als die Lösung einer sozialen Krise mit Formen der sozialen Polarisierung bzw. der Krisenentwicklung als Folge (vgl. Lipietz 1985, S. 19, zit. nach Demirovic 1992, S. 145). Um soziale Verhältnisse zu identifizieren, sind neben der Bildung von kollektiven Bewegungen theoretische Annahmen nötig, die gesellschaftlich niemals neutral sein, aber zur Legitimation oder Verwerfung jener Verhältnisse beitragen können. (vgl. Demirovic 1992, S. 128-146)

Die Regelmäßigkeit sozialer Verhältnisse basiert auf den sozialen AkteurInnen selbst, die in einem bestimmten Verhältnis zueinander stehen und sich innerhalb einer Struktur des Produktionsapparats befinden. Um dem Impuls des Kollektivwillens nachzukommen, müssen materielle Bedingungen enthalten sein, die als Ressourcen verstanden werden können. Wenn sich eine Lebensweise in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung durchsetzt, wird diese ökonomisiert und zum Bestandteil des veränderten Kapitalkreislaufs. Laut Demirovic verallgemeinert sich die Lebensweise der bürgerlichen Klasse aufgrund der sozialen Kräfteverhältnisse. Antagonistische Verallgemeinerungsversuche sind wegen diesen sozialen Kräfteverhältnissen und den sich ständig wandelnden Lebensweisen prekär und zur Konkurrenz gezwungen, weshalb sie dynamisch bleiben müssen, um Allianzen eingehen und ihre Ziele objektivieren und totalisieren zu können. Dies ist die Aufgabe der Intellektuellen, welche in der ständigen Mobilisierung von Wissen, Diskussion und Kommunikation besteht und objektive Gedankenformen hervorbringt. (vgl. Demirovic 1992, S. 147-152) In Kapitel 2.5 wird die Rolle der Intellektuellen bzw. TheoretikerInnen (der historische Block

als Einheit von Praxis und Wissen nach Gramsci) und ihr Einfluss auf die Hegemonie genauer beschrieben.

Der Kern der Regulationstheorie ist die Annahme, dass der Reproduktionskreislauf durch individuelle und kollektive Praktiken stetig neue intellektuelle Orientierungen und Praktiken hervorbringt, die neue Regelmäßigkeiten schaffen und die Ökonomisierung neuer Lebensweisen fördern. Auch wenn der Reproduktionskreislauf keine totalisierende Praxis ist, sondern die Konstellation sozialer Relationen, wird durch die Hegemonie der bürgerlichen Klasse – die über die nötigen Ressourcen verfügt – versucht, bestimmte soziale Tendenzen konstant zu halten. Doch in welchem Verhältnis stehen Hegemonie und Staat? Die Autonomie staatlicher Entscheidungsprozesse und die Art staatlicher Apparate muss in jedem Prozess der Verallgemeinerung und Idealisierung der eigenen Interessen von der jeweiligen Klasse von Neuem hergestellt werden. Dabei ist die Autonomie des Staates noch nicht gewährleistet. Der theoriepolitische Trend geht sogar so weit anzunehmen, der Staat in kapitalistischen Industriegesellschaften wäre kaum noch in der Lage, auf sich selbst und die mit ihm verbundenen Entwicklungen einzuwirken. Die rationale staatliche Planung, Lenkung und Intervention hat demnach an Bedeutung verloren, weil sie sich in bürokratischen Strukturen und kaum koordinierbaren Einzelpolitiken vom Wesentlichen entfernt. Es wird angenommen, dass kein System die strukturelle Krise überwinden kann, ohne sich zu verändern. Es bildet sich eine Vielzahl von sozialen Kräften aus, die trotz Komplexität und Unsicherheit an unterschiedlichen Krisenlösungen festhalten. Entscheidend für die Auflösung der strukturellen Krise sind nicht die einzelnen Ansätze der unterschiedlichen Gruppen, sondern wie sich diese Ansätze in den Verhaltensweisen und Institutionen verallgemeinern lassen. (vgl. Demirovic 1992, S. 153-157)

Hirsch ist ebenfalls der Auffassung, dass dem Staat und den sozialen AkteurInnen in der Regulationstheorie zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Handelnde Subjekte und die Besonderheiten politischer Kämpfe und Konflikte in unterschiedlichen Ausformungen kapitalistischer Gesellschaften fanden bisher keine Beachtung. Er sieht die Lösung in einer gesamt-theoretischen Reformulierung des Ansatzes, indem Regulation als Modus herrschender kapitalistischer Vergesellschaftung definiert wird. Im kapitalistischen Vergesellschaftungsmodus reproduziert sich die Gesellschaft materiell durch arbeitsteilige Privatproduktion, Warenaustausch und Lohnarbeit. Es bildet sich eine Gesellschaftsformation von wechselseitigen Verhältnissen heraus, die weder frei wählbar noch durch individuelles Handeln beherrschbar ist. Auch die politische Gemeinschaftlichkeit muss in

politischer Form oder als Staat einen äußeren Zwangszusammenhang herstellen. Dieser wird konstruiert, damit das Verhältnis von Staat und Gesellschaft frei von unmittelbarer individuell angewandter Gewalt bleibt und kann nur erreicht werden, wenn die Form staatlichen Handelns von allen gesellschaftlichen Klassen getrennt institutionalisiert wird. Nachdem die Ökonomie weder theoretisch noch historisch Voraussetzung für Politik ist, werden beide Bereiche getrennt voneinander betrachtet. Die politische Gemeinschaftlichkeit der kapitalistischen Gesellschaft ist Ausdruck des Staates, sowie er als Gewaltapparat von den sozialen Klassen getrennt ist. Die politische Gemeinschaft drückt sich mittels des Staates aus und nimmt eine außerhalb des Verwertungsprozesses liegende Tätigkeit ein, die aufgrund von gesellschaftlichen Widersprüchen die materielle Reproduktion, Ordnung und die Gesellschaft selbst erhält. Politik gilt als Produkt sozialer Auseinandersetzungen und impliziert eine wechselseitige Beziehung mit der Gesellschaft. Nur solange der ökonomische Reproduktionsprozess als Kapitalverwertungsprozess gewährleistet ist, kann sich der Staat erhalten. Gleichzeitig ist die Existenz des Staates Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des ökonomischen Reproduktionsprozesses. Die Verbindung von Kapitalismus und Staat formuliert Hirsch folgendermaßen:

„Rechtssubjektivität, staatsbürgerliche Freiheit und Gleichheit sind (...) keinesfalls nur ideologischer Schein, sondern haben im kapitalistischen Vergesellschaftungsmodus ihre materielle Basis, die allerdings in das Klassenverhältnis eingebettet bleibt und in diesem ihre Schranken findet.“

(Hirsch 1992, S. 210)

Soziale Prozesse und Konflikte werden von dem Widerspruch angetrieben, dass Individuen – je nach Position im kapitalistischen Verwertungsprozess – bestimmten Klassen angehören und zugleich formell freie und gleiche staatsbürgerliche Rechtssubjekte und VertragspartnerInnen sind. Durch diesen Widerspruch kann sich die Form des Staates durchsetzen und erhalten. Das bedeutet, dass die Entwicklung kapitalistischer Gesellschaften nur verstanden werden kann, wenn Staat und Gesellschaft nicht ausschließlich als getrennt angesehen werden, sondern als eine sogenannte widersprüchliche Totalität, die Poulantzas als relative Autonomie des Staates beschreibt. (vgl. Hirsch 1992, S. 203-210)

Bevor es um die unterschiedlichen Gruppen mit ihren konfligierenden Ansätzen geht, sollen die Begriffe „Staat“ und „Hegemonie“ noch näher beleuchtet werden, um diesen jeweiligen Rollen im Kontext der Entwicklung von Gesellschaft zuweisen zu können.

2.1 Regulationstheoretische Sicht auf den Wohlfahrtsstaat

Bereits in den wohlfahrtsstaatlichen Analysen von Marx spielt das Problem der Reproduktion der Arbeitskraft – als Feld sozialer Kämpfe und Widersprüche – und ihre Organisation eine zentrale Rolle. Atzmüller zeichnet die Entwicklung der regulationstheoretischen Debatte zum Wohlfahrtsstaat nach und beginnt dabei mit der Diskussion aus den 1970er Jahren über die Überwindung kapitalistischer Produktionsweise durch den Ausbau des Wohlfahrtsstaats. Während diese Sozialstaatsillusion zurückgewiesen wurde, gab es andere Interpretationen, die die Entwicklung des Wohlfahrtsstaats auf die Kämpfe der ArbeiterInnenklasse zurückführten. Angelehnt an Polanyi hatte der Wohlfahrtsstaat die Aufgabe, die kapitalistische Ökonomie in die Gesellschaft einzubetten und die Gesellschaft vor den negativen Auswirkungen des Marktes zu schützen. Die Dekommodifizierung als Trennung der sozialen Sicherheit vom Arbeitsmarkt kann hier angeführt werden und war gleichzeitig wichtiger Aspekt in Esping-Andersens Analyse wohlfahrtsstaatlicher Regime. Allerdings greift erst der Regulationsansatz die Frage auf, inwieweit andere Formen der Vergesellschaftung oder eine autonome Lebensführung durch wohlfahrtsstaatliche Apparate ermöglicht werden können. Die Regulationstheorie erfasst sowohl die Ambivalenz des Wohlfahrtsstaats als auch seine Bedeutung für die Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise, indem der Reproduktionsprozess als dynamischer Entwicklungsprozess wahrgenommen wird. Stabile Phasen dieser Entwicklung sind dadurch gekennzeichnet, dass die erweiterte Reproduktion sozialer Verhältnisse nicht mit ihrer eigentlichen Widersprüchlichkeit in Konflikt gerät, sondern diese Widersprüchlichkeit in unterschiedlichen institutionellen Formen zur Voraussetzung der Reproduktion werden kann. Im Wohlfahrtsstaat werden die Veränderungsdynamiken des Kapitalismus durch soziale Kämpfe um gesellschaftliche Arbeitsteilung und Lebensweisen sowie die Entfaltung wohlfahrtsstaatlicher Apparate sichtbar. (vgl. Atzmüller 2013, S. 150ff)

Als allgemeine Bedingung der fordistischen Lebensweise und Konsumnormen sieht Aglietta die Sicherung des privaten Konsums durch soziale Transferleistungen und die Etablierung wohlfahrtsstaatlicher Formen kollektiven Konsums für die Bevölkerungsgruppen, die mindestens temporär aus dem Produktionsprozess ausgeschlossen werden. Diese konnten durch eine Kontrolle und Stabilisierung der Ausgaben und Haushalte gewährleistet werden. Auch ein hohes Beschäftigungsverhältnis und Lohnstabilität sorgten für eine erweiterte Regulation des Lohnverhältnisses, indem Teile der Lohnkosten in den Sozialversicherungssystemen vergesellschaftet wurden. Dieses Arrangement wurde teilweise zum Klassenkom-

promiss, auch wenn die fordistische Arbeitsorganisation schnell an ihre Grenzen stieß. Dieser Krise ging voraus, dass die Kosten zur Erzeugung wohlfahrtsstaatlicher Dienstleistungen den produzierten Mehrwert der tayloristischen Massenproduktion überstiegen. Indem Aglietta die Veränderung der Lebensweise durch wohlfahrtsstaatliche Apparate als Feld des Klassenkampfes auffasst, lassen sich die Kämpfe um die wohlfahrtsstaatlichen Apparate seit den 1960er Jahren mit jenen um die fordistischen Arbeits- und Produktionsprozesse verknüpfen. Weitere Funktionen des Wohlfahrtsstaats werden bei Aglietta allerdings ausgeklammert, weshalb auch der politische und ideologische Gehalt nicht ausreichend reflektiert wird. (vgl. Atzmüller 2013, S. 154ff)

Eine traditionelle gesellschaftliche Solidarität, die im entwickelten Kapitalismus verloren ging, wurde vom Wohlfahrtsstaat zu einer organischen Solidarität institutionalisiert, um eine wichtige regulationstheoretische Instanz gegen die Kräfte des kapitalistischen Marktes zu installieren. Die Möglichkeit zu wohlfahrtsstaatlicher Konsumtion sieht Boyer sogar als Voraussetzung wirtschaftlicher Dynamik, indem positive makroökonomische Effekte – wie beispielsweise die Versicherung kollektiver Risiken – und Externalitäten – wie beispielsweise die positiven Effekte von Mindestlöhnen – erzielt werden können. Die Funktionalität der wohlfahrtsstaatlichen Regulation kann nicht aus der Logik kapitalistischer Akkumulation abgeleitet werden, sondern das Verhältnis zwischen beiden ist abhängig von den sozialen Auseinandersetzungen und der Verdichtung in den sozialpolitischen Apparaten. (vgl. Atzmüller 2013, S. 156ff)

Das arbeitsmarktpolitische Konzept des Workfare, welches gleichzeitig als Ergänzung und Entlastung des wohlfahrtsstaatlichen Systems initiiert wurde, findet zunächst im angelsächsischen Raum Einzug in die regulationstheoretische Debatte. Der Wohlfahrtsstaat wird durch eine Restrukturierung der Bedingungen für den Erhalt staatlicher Transferleistungen zu einem Workfarestaat umgebaut, indem die Betroffenen neuen Subjektivitätsanforderungen unterworfen werden. Dies trägt nicht nur zur postfordistischen Reorganisation der Klassen- und Geschlechterverhältnisse bei, sondern zur Konstruktion von moralisierenden Rechten und Pflichten gegenüber möglicher Abweichungen. Workfare soll dabei verhindern, dass gesellschaftliche Auswirkungen von prekären Arbeitsverhältnissen, der Etablierung großer Niedriglohnsektoren oder der Polarisierung von Einkommensstrukturen nicht in Widerspruch zur Wettbewerbsfähigkeit oder ökonomischen Dynamik geraten. Für die Bestimmung einer widersprüchlichen und konflikthaften Transformation des Wohlfahrtsstaats sind konkrete und komplexe Analysen der sozialpolitischen Felder und ihres Wan-

dels nötig. Der Umbau der Arbeitsmarktpolitik gilt nach Atzmüller allerdings nur als ein Aspekt des wohlfahrtsstaatlichen Wandels, in dem wesentliche Aspekte der veränderten Reproduktion der Arbeitskraft nicht aufgegriffen werden. Mit dem Konzept des Social-Investment-Staates wird versucht, staatliche Institutionen wieder als legitime Akteure in den Transformationsprozessen zu positionieren. So werden wohlfahrtsstaatliche Aktivitäten in produktiv-wachstumsfördernde Investitionen und in unproduktiv-belastende Ausgaben unterschieden, wodurch bestimmte Formen der Sozialleistung – mit ihnen ihre EmpfängerInnen – delegitimiert und stigmatisiert werden. Nicht nur neoliberale Regierungsprojekte, sondern der qualitative Wandel wohlfahrtsstaatlicher Apparate und Strategien müssen beleuchtet werden, um deutlich zu machen, dass die Veränderung der Produktionsverhältnisse nicht von der Reproduktion der Arbeitskraft und der gesellschaftlichen Arbeitsteilung getrennt werden kann. Besonders die subjektiven und immateriellen Dimensionen der Arbeit haben an Bedeutung gewonnen und eine Neuzusammensetzung des Arbeitsvermögens und eine Reorganisation der Arbeitsteilung gefordert und ermöglicht. (vgl. Atzmüller 2013, S. 160-166)

„Die Bewältigung der grundlegenden Instabilität und Krisenhaftigkeit der gegenwärtigen Phase der kapitalistischen Produktionsweise soll so zunehmend auf die Individuen verlagert werden. Das hat wiederum den paradoxen Effekt [...], dass die sozialdemokratische Forderung nach (Wieder-) Einbettung des Kapitalismus in die Gesellschaft im polanyianischen Sinne weniger als Schutz der Individuen vor den destruktiven Kräften der Akkumulationsprozesse konstruiert wird, sondern als neue Anforderung an die Kreativität und Anpassungsfähigkeit, die von den Individuen erbracht werden muss.“ (Atzmüller 2013, S. 163)

Zusammenfassend ordnet sich auf der einen Seite die Sozialpolitik den wirtschaftspolitischen Erfordernissen unter, auf der anderen Seite können die workfaristischen Entwicklungen als Erneuerung der relativen Autonomie des Staates angesehen werden (vgl. Atzmüller 2013, S. 166).

Deutschland – im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern – verfügte über ausreichend ökonomische Spielräume aufgrund von Leistungsbilanzüberschüssen und nutzte das wohlfahrtsstaatliche System, um die Auswirkungen des ökonomischen Einbruchs auf die Realwirtschaft möglichst gering zu halten (vgl. Atzmüller 2013, S. 164).

2.2 Wandel des deutschen Wohlfahrtsstaats

Neben transnationalen Entwicklungen innerhalb der EU soll auch der deutsche Wohlfahrtsstaat und seine Entwicklung als Rahmen für die vorliegende Arbeit dienen. Deshalb

werden diese in den folgenden Kapiteln skizziert, um die zuvor beschriebene Theorie mit praktischen Beispielen noch genau zu erörtern.

Der Wohlfahrtsstaat – unter anderem in Deutschland – entwickelte sich auf der Grundlage der Erfahrungen in den Industrieländern, welche die Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er Jahre und der 2. Weltkrieg mit sich brachten. (Garland, S. 153)

Der hohe Grad an staatlichen Befugnissen, in das soziale Geschehen eines Staates einzugreifen, um eine allgemeine Versorgung oder eine staatliche Reglementierung zu gewährleisten, undefiniert ob dies auf der Ebene der Marktwirtschaft oder der Sicherheit geschieht, kennzeichnet einen Wohlfahrtsstaat. (Ullrich 2005, S.15f.) Durch Redistribution versucht der Wohlfahrtsstaat Ungleichheiten in der Gesellschaft zu bekämpfen. In den westlichen Industrieländern werden immer höhere Standards von Wohlstand erreicht, wodurch dem Staat und der Öffentlichkeit immer mehr Möglichkeiten offen stehen, sich den sozialen Problemen der Gesellschaft anzunehmen, welche zum Hauptteil zunächst mit der Existenzsicherung der Bevölkerung zu tun haben. Dies passt auch dazu, dass eine Wohlfahrtsgesellschaft meistens stark geprägt ist von Demokratie und Kapitalismus.

In Deutschland wirkt sich das Prinzip des Wohlfahrtsstaats vor allem in der sozialen Marktwirtschaft aus, welche soziale Leistungen für die Bevölkerung gewährleisten soll. Deutschland wird meist als Sozialstaat beschrieben, welcher den wohlfahrtsstaatlichen Ansprüchen genügt. In diesem Zusammenhang versteht Esping-Andersen unter Wohlfahrtsstaatlichkeit die Gewährung sozialer Staatsbürgerrechte. Die Gewährung dieser Rechte lässt sich anhand dreier Punkte bestimmen: der Dekommodifizierung, des Schichtungsmodells und des Arrangements zwischen Staat, Markt und Familie. (vgl. Butterwegge 2014, S. 23) Der Ausgangspunkt seines theoriegeleiteten Entwurfs zur Typologie von Wohlfahrtsstaaten ist die Aufgabenteilung zwischen Staat, Markt und Familie an der Wohlfahrtsproduktion, unter dieser die Erbringung wohlfahrtssteigernder Leistungen für Dritte verstanden wird. Unter Dekommodifizierung wird das Ausmaß verstanden, demzufolge der Wohlfahrtsstaat den Einzelnen ein Leben unabhängig vom Markt ermöglicht, vordergründig unabhängig von der Erwerbsarbeit. Beim Schichtungsmodell, welches auch als Kriterium der Stratifizierung bezeichnet wird, steht die Wirkung des Wohlfahrtsstaats auf die soziale Ungleichheit im Vordergrund. So reagiere der Wohlfahrtsstaat, laut Esping-Andersen, nicht nur auf bestehende Ungleichheit und verringere diese, sondern sei ein eigenes System der Stratifizierung. (vgl. Ullrich 2005, S. 43ff/Esping-Andersen 1990)

Nach seiner bekannten Unterscheidung wohlfahrtsstaatlicher Systeme, kann zwischen dem liberalen, dem konservativ-korporatistischen und dem sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat unterschieden werden. Da Deutschland, genauso wie Österreich, dem konservativ-korporatistischem Wohlfahrtsaat zugeordnet wird, soll dieser Typ kurz dargestellt werden. Dieser Typus gilt nicht nur als korporatistisch, sondern auch als etatistisch und paternalistisch. Seinen korporatistischen Charakter verdient der deutsche Wohlfahrtsstaat aufgrund seiner organisatorischen Aufrechterhaltung der Statusunterschiede verschiedener Berufsgruppen als auch der Mitwirkung von Organisationen und Interessengruppen an der Ausarbeitung der Sozialpolitik. Die zentrale Rolle des Staates macht seine etatistische und paternalistische Definition aus, wobei gerade die Interventionen zum Wohle der Betroffenen als paternalistisch und als staatliche Bevormundung gelten. Im Gegensatz zum liberalen Typus ist dieser viel stärker auf die Gewährung sozialer Sicherheit bei Beibehaltung von Statusunterschieden ausgerichtet. Zwar wird dem konservativen Typus eine hohe Dekommodifizierung für Erwerbstätige zugerechnet, für Nichterwerbstätige gilt allerdings eine eher mittlere Abkopplung sozialer Sicherheit vom Arbeitsmarkt. Auf der einen Seite sind die Sozialversicherungen zentraler Bestandteil des Modells, auf der anderen Seite richten sie sich nach dem Äquivalenzprinzip, nach welchem sich die Höhe der Einkommensersatzleistung an den zuvor eingezahlten Beiträgen bemisst, die durch das Erwerbseinkommen festgelegt sind. Durch dieses Prinzip wird soziale Ungleichheit in den Leistungsbezug übertragen. Die Verpflichtung zum Erhalt traditionaler Familienformen und die Orientierung am Subsidiaritätsprinzip sind bei diesem Typus bis heute stark ausgeprägt, da hier die Kirchen immer noch einen großen Einfluss ausüben. Soziale Rechte sind vor allem an Klasse und Status gebunden. Zwar ist die Bedeutung privater Absicherung im Vergleich zum liberalen Modell eher marginal; das Ausmaß der vertikalen Umverteilung ist allerdings aufgrund der Aufrechterhaltung von Statusdifferenzen – ähnlich wie im liberalen Modell – eher gering. Präferierte Leistungsformen sind hier Sozialversicherungen oder Fürsorgeleistungen, keine universalen Leistungen, wie dies im sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaatsmodell der Fall ist. (vgl. Ullrich 2005, S. 46ff/Esping-Andersen 1990)

Auch wenn Esping-Andersens Ansatz eine relativ gute Unterscheidung verschiedener Wohlfahrtsstaatsmodelle zulässt, wird sein Ansatz von Anhängern der Regulationstheorie auch kritisiert. Jessop kritisiert den engen Fokus auf die Produktion der Ware Arbeitskraft, während wichtige Aspekte zur geschlechtlichen Arbeitsteilung und die Rolle öffentlicher

Dienstleistungen nicht miteinbezogen wurden. (vgl. Jessop 2003, S. 4, in Atzmüller 2013, S. 161)

Während Deutschland als konservativ-korporatistischer Wohlfahrtsstaat in den 1990er Jahren noch weit von den neuen wohlfahrtsstaatlichen Leitbildern, die mit den Begriffen Social Investment State, aktivierender Sozialstaat oder Workfarestate in Verbindung gebracht werden, entfernt war, begann auch hier ein Umbau in Richtung eines aktivierenden Wohlfahrtsstaats. (vgl. Dingeldey 2011, S. 329)

Die beschäftigungs- und sozialpolitische Situation Deutschlands nach 1990 war stark von den Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland geprägt: die bisherigen viel stärker ausgeglichenen Erwerbsmuster von Mann und Frau in Ostdeutschland passten nicht zum konservativ-korporatistischen Wohlfahrtsstaat. Auch die steigende Arbeitslosigkeit in den ostdeutschen Bundesländern stellte den deutschen Wohlfahrtsstaat vor neue Probleme. Trotz eines diskontinuierlichen Reformprozesses findet seit 1998 der Übergang zu einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik statt, welcher sich in drei Phasen unterteilen lässt. Die erste Phase reichte von 1998 bis 2002 und umfasst eine Neuformulierung der arbeitsmarktpolitischen Ziele. So wurde die Arbeitsmarktpolitik in das Sozialgesetzbuch integriert mit dem Ziel, die individuelle Beschäftigung zu fördern und die Arbeitspflicht mithilfe von Sanktionen zu verschärfen. Die Umsetzung der Gesetze Hartz I bis IV für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt 2003 bis 2005 markieren die zweite Phase. Soziale Leistungen für Arbeitslose sollten in diesem Zuge aus einer Hand angeboten werden, wie beispielsweise die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Leistungskürzungen und die Verschärfung der Arbeitspflicht für spezifische Gruppen der Langzeitarbeitslosen waren die Folgen. Die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit gilt als ambivalent aufgrund der Einschränkung beruflicher Bildungsmaßnahmen, dem nur langsamen Ausbau der Kinderbetreuung auf der einen und der Flexibilisierung sowie Prekariisierung von Arbeitsverhältnissen auf der anderen Seite. Während in der dritten Phase seit 2006 die Aktivierungsstrategie weiter verdichtet wird, konnte die Kinderbetreuung ausgebaut und die Beschäftigungsfähigkeit von Frauen durch die Einführung des Elterngeldes ausgeweitet werden. Auch die Einführung eines branchenübergreifenden Mindestlohns und die Neuberechnung der Bedarfssätze fallen in diese Phase und sollten weitere Erwerbsanreize bieten. (vgl. Dingeldey 2011, S. 283-287)

Mit diesen Reformen entwickelte sich die Dekommodifizierung in zwei Richtungen: einer kurzen Arbeitslosigkeit der KernarbeiterInnenschaft wird weiterhin mit Status- und Ein-

kommensschutz sowie Arbeitsförderung entgegengewirkt, während Langzeitarbeitslose, NeueinsteigerInnen in den Arbeitsmarkt oder arbeitsmarktferne Gruppen auf familiäre Netzwerke oder die bedürftigkeitsgeprüfte Mindestsicherung zurückgreifen sollen und demnach eingeschränkte Rechte auf Dekommodifizierung haben. Es werden Beschäftigungsmöglichkeiten gefördert, die kein reguläres Arbeitsverhältnis begründen und als Aufwandsentschädigung zum Transfer gesehen werden können. Alternativ werden immer mehr Menschen in flexible oder prekäre Arbeitsverhältnisse vermittelt. Es erfolgt eine restriktive als auch selektive Implementierung der Arbeitspflicht. Der aufgebürdeten Eigenverantwortung steht allerdings kein Ausbau der Gewährleistung der Arbeitsmarktteilhabe entgegen, wie man das vielleicht vermuten würde. Zudem nimmt dadurch die Polarisierung der Erwerbs- und Einkommenschancen in Deutschland zu. (vgl. Dingeldey 2011, S. 329-332)

Während Dingeldey von einem aktivierenden Wohlfahrtsstaat spricht, geht Butterwegge noch einen Schritt weiter und benennt den Wandel als Abbau des Wohlfahrtsstaats. So bewirkte die neoliberale Sozialstaatskritik ab Ende der 1970er Jahre eine sukzessive Modifikation der Regierungspolitik. Aus dem Wohlfahrtsstaat entwickelte sich ein nationaler Wettbewerbsstaat, der die Marktmechanismen und Gestaltungsprinzipien der Leistungskonkurrenz auf seine eigenen Organisationsstrukturen überträgt. Das Soziale verliert nach Butterwegge nicht nur seinen vom Grundgesetz zugesprochenen Eigenwert, sondern muss sich dem Ökonomischen im Sinne eines Wirtschaftstotalitarismus unterordnen. Sozialpolitisches Handeln wird von der Wettbewerbsfähigkeit beeinflusst, sowie sich Zweck und Mittel wohlfahrtsstaatlicher Intervention verschoben haben. Durch den Abbau des Wohlfahrtsstaats verschärft sich nicht nur die soziale Ungleichheit, sondern es entwickelt sich ein Nährboden für gesellschaftliche Ausgrenzungs- und Ethnisierungsprozesse. Während sich die sozialen Sicherungssysteme ökonomischen Leistungs- und Konkurrenzgesetzen unterwerfen, verschlechtern sich die Arbeits- und Lebensbedingungen für einen nicht zu verachtenden Teil der Bevölkerung. Traditionelle Orientierungen wie Nächstenliebe, Subsidiarität oder Solidarität sieht Butterwegge durch ein betriebswirtschaftlich orientiertes Leitbild verdrängt. Mit einer sogenannten Wettbewerbssolidarität wird die soziale Gerechtigkeit der Konkurrenz untergeordnet. Im ehemals aktiven Wohlfahrtsstaat wurde die staatliche Leistungspflicht durch Bedürftigkeit ausgelöst. Im Gegensatz dazu fordert der aktivierende Wohlfahrtsstaat eine Gegenleistung oder zumindest die Bereitschaft zu einer solchen von der antragsstellenden Person. Wenn eine reiche Gesellschaft nicht zu ausreichenden Sozial-

leistungen bereit ist, müssen meist Gewalt- und Sicherheitsapparat weiter ausgebaut werden, um gegen steigendes deviantes Verhalten vorzugehen. Demnach fallen durch Einsparnisse in einer Staatsfunktion neue zusätzliche Ausgaben in einer anderen Staatsfunktion im System an, welche oftmals in der Politik nicht als solche deklariert werden. Ein ähnliches Phänomen konnte man zuvor in den USA miterleben, wo unter anderem Wacquant davon spricht, dass sich der wohltätige in einen strafenden Staat entwickelt hat. Zudem geht Wacquant davon aus, dass ein Zusammenhang zwischen Wirtschaftsliberalität, mehr Kriminalität und strafrechtlicher Rigidität im globalisierten Kapitalismus besteht. (vgl. Wacquant 2013) Butterwegge warnt vor einem Wandel des Gemeinwesens zu einem Wohlfahrtsmarkt, auf welchem soziale Sicherheit durch finanzielle Aufwendung erworben werden kann, und zu einem Wohltätigkeitsstaat, in dem Minimalleistungen oftmals nicht ausreichen und als Konsequenz Wohltätigkeit in Anspruch genommen werden muss. Obwohl das lohn- und beitragsbezogene Sicherungssystem in Deutschland weitgehend der Leistungs-ideologie und einem meritorischen Gerechtigkeitsverständnis entspricht, drohen die sozialen Leistungen des Wohlfahrtsstaats zur bloßen Existenzsicherung zu verkommen. (vgl. Butterwegge 2008, S. 171-200)

2.3 Entwicklung der Europäischen Union und aktuelle Krisen

Um im Anschluss an den zweiten Weltkrieg dauerhaft Frieden in Europa gewährleisten zu können, kam es zu weitreichenden Überlegungen über eine wirtschaftliche als auch politische Vereinigung der europäischen Staaten. 1950 schlossen sich Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zusammen. Mit diesem europäischen Wirtschaftsverband war der Grundstein für die Europäische Union gelegt. Während die 1950er Jahre vom Kalten Krieg zwischen Ost und West geprägt waren, entstand mit dem Vertrag von Rom die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft – der erste gemeinsame Markt zur Förderung der gemeinsamen Wirtschaftspolitik im Rahmen der europäischen Integration. (vgl. Generaldirektion Kommunikation der Europäischen Kommission 2017)

In den 1960er Jahren wurden die Handelszölle zwischen den EU-Mitgliedsstaaten abgeschafft und die gemeinschaftliche Organisation der langwirtschaftlichen Erzeugung beschlossen, um eine flächendeckende Lebensmittelversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Neben dem allgemeinen wirtschaftlichen Wachstum entstanden sogar Überschüsse an Agrarerzeugnissen. Den studentischen Unruhen von 1968 – die auf der einen

Seite eine linkspolitische Protestbewegung darstellten, sich auf der anderen Seite „lediglich“ gegen den autoritären Charakter von Staat, Bildung und Erziehung sowie gegen den Vietnamkrieg wandten – folgten gesellschaftliche Veränderungen, welche die Gesellschaft liberaler machten und eine Demokratisierung aller Lebensbereiche mit sich brachten (vgl. Kleinert 2008). Im Jahr 1973 folgte die erste Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft um die Staaten Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich. Während die europäische Wirtschaft durch die Energiekrise geschwächt wurde, endete in Portugal und Spanien die Zeit der rechtsgerichteten Diktaturen in Europa. Umweltschutz rückte in den Fokus der Politik. Ärmere Gebiete wurden durch den Ausbau von Infrastruktur und die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch EU-Regionalpolitik unterstützt. Mit der Europawahl wird seit 1979 die Vertretung des Parlaments durch die Bevölkerung gewählt, um dieser unter anderem mehr Einfluss auf die EU-Politik zu gewähren. (vgl. Generaldirektion Kommunikation der Europäischen Kommission 2017)

Während Griechenland 1981 zum zehnten Mitglied der EU wurde, stand fünf Jahre später nicht nur der Beitritt von Spanien und Portugal an, sondern auch die Unterzeichnung eines einheitlichen europäischen Vertrags, der Grundlage für einen sechsjährigen Problemlösungsprozess wurde und den Europäischen Binnenmarkt eingeleitet hat. Der Zerfall der Sowjetunion brachte die Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland sowie eine Annäherung an die ehemals kommunistischen Staaten in Mittel- und Osteuropa mit sich. Seit 1993 gelten die vier Grundfreiheiten – freier Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital – des gemeinsamen Binnenmarkts. Neben der EU-Erweiterung um die Mitgliedsstaaten Österreich, Finnland und Schweden 1995 wurden in diesem Jahrzehnt auch der Vertrag von Maastricht und der Vertrag von Amsterdam abgeschlossen, in denen eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie eine Kooperation von Justiz und Innenpolitik und die weitere Handlungsfähigkeit nach der Süderweiterung geregelt wurde. (vgl. Generaldirektion Kommunikation der Europäischen Kommission 2017)

In den 2000er Jahren wurde nicht nur der Euro als gemeinsame Währung für immer mehr Mitgliedsstaaten eingeführt; 2004 folgte der Beitritt von zehn weiteren Ländern. Tschechien, Zypern, Estland, Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen, Slowenien und die Slowakei gehören seitdem zur Europäischen Union. Im Jahr 2007 wurde die EU um Bulgarien und Rumänien erweitert, um den politischen Gräben zwischen Ost und West nochmals entgegenzuwirken. Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 erschütterten die gesamte Weltwirtschaft und gelten als die erste Bewährungsprobe der Europäischen

Wirtschafts- und Währungsunion (vgl. Schmidt 2009). Zunächst wurden europäische Regierungen, die sich auf nationale Antworten beschränkten, für das Fehlen einer übergreifenden europäischen Strategie stark kritisiert. Für Bieling sind hier drei Punkte wesentlich: Mit der Integration des europäischen Wirtschaftsraums in das „globale Dollar Wallstreet Regime“ lässt sich der schnelle Ausbruch und die Tiefe der Krise erfassen. Durch strukturelle Ungleichgewichte in der EU und das Aufbrechen weiterer regionaler und transnationaler Krisen wurde die Wirtschafts- und Finanzkrise nochmals verschärft. Zudem waren die EU-Krisenbewältigungsstrategien der einzelnen Mitgliedsstaaten überholt und an alte Überzeugungen und Praktiken angelehnt. Während intern eine reaktive Krisenpolitik eingeleitet wurde, um die nationale Finanzpolitik zu koordinieren und den europäischen Regulierungsrahmen zu korrigieren, wurde extern aufgrund vertraglich festgeschriebener Kompetenzen auf regulative Politik gesetzt. (vgl. Bieling 2011) 2009 trat der Vertrag von Lissabon in Kraft, welcher die Modernisierung der Institutionen und effizientere Arbeitsverfahren gewährleisten soll, um „die EU demokratischer, transparenter und effizienter zu machen“ (vgl. Stratenschulte 2014, S. 132). Aufgrund der folgenreichen Wirtschaftskrise wird die Bankenunion mit dem Ziel gegründet, für mehr Sicherheit und Zuverlässigkeit im Bankensektor zu sorgen. 2013 tritt Kroatien der EU bei. Ein Jahr später werden bei den Europawahlen mehr euroskeptische Abgeordnete als jemals zuvor ins Europäische Parlament gewählt. Vor diesem Hintergrund und den institutionellen Veränderungen, die die Weltwirtschaftskrise für den Euroraum bedeutet hat, sieht sich die Europäische Gemeinschaft mit neuen Herausforderungen in der Migrationspolitik konfrontiert. Insbesondere die kriegerische Ausbreitung des religiösen Extremismus im Nahen Osten und anderen Teilen der Welt, wird als Hauptmotor für Vertreibung angesehen. Immer mehr Menschen suchen deshalb in der EU Zuflucht. (vgl. Generaldirektion Kommunikation der Europäischen Kommission 2017)

Während die EU mit der politischen und finanziellen Bewältigung der Eurokrise, der Erhaltung von Wohlstand und sozialem Schutz sowie der Integration der sogenannten Westbalkanländer beschäftigt ist, entwickeln immer mehr Teile der Bevölkerung eine Distanz gegenüber der Europäischen Union (vgl. Stratenschulte 2014, S. 136).

Diese Distanz kann auch mit der sogenannten Flüchtlingskrise in Verbindung gebracht werden. Seit dem massiven Anstieg an Grenzüberschreitungen von Geflüchteten in verschiedenen Staaten der EU im Jahre 2015 behauptet sich der Begriff der Flüchtlingskrise im öffentlichen Diskurs. Laut Schulze Wessel gilt der Krisenbegriff aber vielmehr der eu-

ropäischen Flüchtlings- und Migrationspolitik, demnach das System der Rückübernahme oder andere bilaterale Abkommen zur Regelung der Rückübernahme von Staatsangehörigen oder TransitmigrantInnen sowie das Dublin-System mit der großen Flüchtlingswelle 2015 versagt haben. Gemäß des Dublin-Systems ist derjenige Staat für die Prüfung des Asylantrags verantwortlich, dessen Grenze von einem/einer Drittstaatenangehörigen zuerst überschritten wurde, weshalb die Länder an den europäischen Außengrenzen zu den Hauptaufnahmeländern zählen. Mit der steigenden Anzahl Flüchtender aus dem Nahen Osten haben sich Fluchtrouten zunehmend in Richtung der östlichen EU-Länder verschoben. Allerdings gelang es den EU-Mitgliedsstaaten nicht, einen gemeinsamen Konsens zur Migrations- und Flüchtlingspolitik zu erarbeiten; vielmehr kehrten sie zu nationalstaatlicher Grenzsicherung zurück. Das kurzzeitige Durchlassen nichtregistrierter Flüchtlinge durch die Randländer der EU nach Deutschland wird von vielen Staaten scharf kritisiert. Auch wenn europäische Einigkeit in der Abwehr besteht, ist die gerechte Verteilung der ankommenden Menschen bis heute nicht geklärt, was unter anderem daran liegt, dass viele europäische Länder nationale Lösungen bevorzugen. (vgl. Schulze Wessel 2017)

Mit dem Referendum von 2016 zum Ausstieg Großbritanniens aus der EU verliert diese voraussichtlich ihren zweitgrößten Mitgliedsstaat und eine jahrzehntelange Integrationsgeschichte sowie die ununterbrochene EU-Erweiterung gehen zu ende. (vgl. Welfens 2017, S. 25f.) Im Gegensatz zu anderen EU-Staaten hatte Großbritannien eher eine am eigenen Nutzen orientierte politische Sicht auf die EU. Zwar wurden die britischen Handelsprioritäten von den Commonwealth-Ländern auf den kontinentaleuropäischen Raum verlagert, einem Beitritt zur Eurozone stimmte der damalige Premierminister allerdings aus wirtschaftlichen Gründen nicht zu, womit Großbritannien weiterhin eine Sonderstellung in der EU einnimmt. Der mehrheitliche Befürwortung des Austritts Großbritanniens aus der EU kam für viele überraschend, obwohl Meinungsforscher ein knappes Ergebnis prognostiziert hatten. Neben wirtschaftlichen Konsequenzen für die EU wird der Austritt auch politische und konstitutionelle Fragen aufwerfen. Bisher ist unklar, ob der sogenannte Brexit den Verfall der europäischen Integration befeuern oder vielleicht sogar einen Integrationsprozess beflügeln wird. (vgl. Begg 2016)

Die genannten länderübergreifenden Krisen dienen häufig mitunter als Erklärungsansatz für einen sogenannten Rechtsruck in den Ländern Europas. Zwar verzeichnen einige Parteien oder Organisationen aus diesem Spektrum bereits seit den 1980er Jahren Erfolge aufgrund der sich verändernden politischen Kultur in Europa, mehren sich diese seit den

2000er Jahren und finden sowohl politisch als auch gesellschaftlich in vielen Ländern immer mehr Akzeptanz (vgl. Hentges 2011, S. 235). Nicht nur die rechtspopulistische Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) hat bei den Bundestagswahlen 2017 als drittstärkste Partei um 7,9% den höchsten Gewinn erzielt (vgl. Statistisches Bundesamt 2018(1)), auch in zahlreichen weiteren europäischen Ländern konnten sich radikal rechte Parteien und Bewegungen profilieren. Neben deutlichen nationalen Unterschieden gibt es aber auch Gemeinsamkeiten, wie beispielsweise die pauschale Abwertung der Politik und die eigens ernannte Rolle als „wahre Stimme des Volkes“. Gerade die Politik der EU steht in Verruf, gegen die Interessen des „Volkes“ zu handeln, bürgerInnenfern, überkomplex und bürokratisch zu sein. Zum Großteil fordern sie eine Rückbesinnung auf das Nationale und lehnen eine weitere europäische Integration ab. (vgl. Schellenberg 2017) Unklar bleibt, was der unübersehbare Aufstieg radikal rechtsgerichteter Parteien in der Politik und Gesellschaft Europas für die Europäische Union bedeuteten wird. Vor diesem Hintergrund werden im folgenden Kapitel Hegemonieprojekte vorgestellt, die entlang politischer Auseinandersetzungen in der EU identifiziert werden konnten.

2.4 Hegemonieprojekte nach Georgi und Kannankulam

Georgi und Kannankulam besprechen zur Systematisierung der im europäischen Integrationsprozess kämpfenden Hegemonieprojekte im Vorfeld den Begriff des Projekts anhand unterschiedlicher Perspektiven. Zum Einen stützen sie sich auf die Notwendigkeit eines Gesamtinteresses oder -projekts, wie es unter anderem von Poulantzas argumentiert wurde, zum Anderen auf die neogramscianische Diskussion um hegemoniale bzw. politische Projekte. Für sie sind politische Projekte allgemein das größere Feld, auf dem gesellschaftliche Kräfte und politische AkteurInnen ihre jeweiligen Interessen durchzusetzen versuchen. Die mögliche Differenzierung zwischen AkteurInnen, Interessen und Strukturen, die der Projektbegriff bietet, macht den Kampf der unterschiedlichen AkteurInnenkonstellationen um die Verallgemeinerung ihrer Interessen sichtbar, unabhängig von den Strategien, die hierfür zum Einsatz kommen. Projekte als Bündelung von Hegemoniestrategien lassen es zu, dass sich unterschiedliche AkteurInnen dynamisch verflechten und nicht nur klassenbasierte Interessen und Strategien in die Analyse gesellschaftlicher Kämpfe einfließen. (vgl. Georgi/Kannankulam 2012, S. 20f.)

Zur Konzeption des eigenen Projektbegriffs ziehen Georgi und Kannankulam die Verwendungsweisen von van Apeldoorn, Bieling und Steinhilber sowie Jessop mit ein. Van

Apeldoorn unterscheidet im Umfeld der Implementierung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion in den 1990er Jahren drei sogenannte Integrationsprojekte, die sich zusammensetzen aus dem neoliberalen Projekt, dem neo-merkantilistischen Projekt und dem sozialdemokratischen Projekt. Die Ableitung der Projekte erfolgte anhand bestehender Interessenlagen und Konflikte, konnte sich aber von einer Klassenbasis nicht lösen, die mögliche Widersprüche zwischen Klassenpositionen und Klasseninteressen überschatten könnten. Aufgrund ihrer Dynamik können die genannten Integrationsprojekte heute nicht mehr in dieser Konstellation dargestellt werden, da neoliberale Integrationsweisen ganz unterschiedliche Projekte durchgezogen haben. (vgl. Georgi/Kannankulam 2012, S. 21-23)

Daran anknüpfend verstehen Bieling und Steinhilber unter hegemonialen Projekten viel mehr besondere konkrete politische Initiativen, die sich selbst als Lösungen sozialer, ökonomischer und politischer Probleme darstellen (vgl. Bieling/Steinhilber 2000). Hegemoniale Projekte können ganz unterschiedliche Dimensionen des sozialen und politischen Handelns miteinander verbinden und geben ihren AkteurInnen daraufhin die Möglichkeit, einen motivierenden sozialen Mythos zu kreieren, der Bevölkerungsgruppen mitreißt. Dieser geschaffene Mythos unterscheidet ein hegemoniales Projekt von einem rein politischen Projekt, da durch ihn institutionalisierte Kompromisse den historischen und hegemonialen Block dynamisch stabilisieren und transformieren können. Zudem können Hegemonieprojekte durch die Veränderung von Regulationsformen und die Herstellung einer breiten gesellschaftlichen Unterstützung die Art und Weise der materiellen und ideologischen Reproduktion beeinflussen. Für Georgi und Kannankulam ist allerdings die Begrenzung auf große Übereinkünfte und die nicht ausreichende Definition und Zuordnung der einzelnen politischen und hegemonialen Projekte problematisch, da das Konzept mehr theoretisch greift, als sich auf die Empirie zu stützen. (vgl. Georgi/Kannankulam 2012, S. 24f.)

Jessop argumentiert aus einer regulations- und staats-theoretischen Perspektive, indem er den Prozess der Kapitalakkumulation auf die Ebene der Staatsform überträgt. Für ihn beinhaltet Hegemonie die Anrufung und Organisation unterschiedlicher Kräfte unter einer bestimmten Führung, die mithilfe eines hegemonialen Projekts in der Lage ist, den Widerspruch zwischen Einzelinteresse und Gemeininteresse innerhalb kapitalistischer Gesellschaften aufzuheben. Die erfolgreiche Akkumulation von Kapital ist abhängig von einer zumindest temporären Einigung der konkurrierenden Kapitalinteressen, ebenso wie der Staat bei der Gewährleistung einer gesamtgesellschaftlichen Reproduktion abhängig von der Einigung der politischen Interessen ist, um eine möglichst kohärente staatlich instituti-

onelle Struktur aufzubauen. Durch hegemoniale Führung kann demnach zumindest eine temporäre Lösung der Konflikte durch politische, intellektuelle oder moralische Praktiken erreicht werden. Da Hegemonie zudem beinhaltet, dass diese meist durch materielle Zugeständnisse an andere Gruppen unterstützt wird, ist sie durch den Prozess der Kapitalakkumulation möglich aber ebenso beschränkt. Dennoch umfassen Akkumulationsstrategien und hegemoniale Projekte unterschiedliche Dimensionen, da der ökonomische Bereich in unserer Gesellschaft zwar wichtiger Bestandteil des hegemonialen Projekts ist, dieses aber weitaus mehr Bereiche beinhaltet. Akkumulationsstrategien und hegemoniale Projekte können sich also nicht nur gegenseitig bestärken, sondern auch widersprechen und behindern. (vgl. Georgi/Kannakulam 2012, S. 26-29)

Nach Jessop gibt es drei Aspekte, die für oder gegen den Erfolg von Hegemonieprojekten sprechen. So sind Hegemonieprojekte von strukturellen Bestimmungen abhängig. Darunter versteht der Autor eine strategische Selektivität, im Sinne einer systematischen Bevorteilung oder Bevorzugung bestimmter Gruppen oder Fraktionen, die von Seiten des Staates wechselhaft sein und somit unterschiedlichen Projekten zu Hegemonie verhelfen kann. Die strategische Orientierung, die nach Möglichkeit im Verhältnis zum Prozess der Kapitalakkumulation stehen soll, beinhaltet die Verbindung von der Realisierung der eigenen Interessen mit den Interessen der ausgebeuteten Klassen. Als Beispiel wird ein national-populäres Programm genannt. Um nochmals die Bedeutung der (Kapital-) Akkumulation hervorzuheben, nennt Jessop das Verhältnis zwischen Hegemonieprojekt und Akkumulation als dritten Aspekt für den Erfolg oder Misserfolg eines Hegemonieprojekts. Wenn hinter einem Projekt eine einträgliche Akkumulationsstrategie steht, können materiell-ökonomische Zugeständnisse an die anderen Klassen gemacht werden, damit diese einer Zielerreichung nicht im Wege stehen. Des Weiteren unterscheidet ein Hegemonieprojekt von einem Staatsprojekt, welches sich auf den inneren Zusammenhang des Staates bezieht, dass es auf einen weiteren gesellschaftlichen Zusammenhang bezogen ist. (vgl. Georgi/Kannakulam 2012, S. 30-33)

Aus diesen drei Ansätzen leiten Georgi und Kannankulam die für sie relevante Definition von Hegemonieprojekten ab. Sie greifen dabei Jessops Differenzierung von Akkumulationsstrategien, Hegemonie- und Staatsprojekten auf, wobei gesellschaftliche Projekte, die noch keine Hegemonie erlangt haben, nicht als hegemoniale Projekte definiert werden, sondern als Hegemonieprojekte. Demnach ringen die von Georgi und Kannankulam iden-

tifizierten Hegemonieprojekte darum, tatsächlich zu hegemonialen Projekten zu werden. Um nach genauer zu werden:

„Hegemonieprojekte sind Verdichtungen bzw. die meist unbewussten und indirekten Verknüpfungen einer Vielzahl unterschiedlicher Taktiken und Strategien, die sich auf konkrete politische Projekte oder breitere gesellschaftliche Problemlagen richten. Die darin beteiligten AkteurInnen versuchen, ihre partikularen Interessen zum Allgemeininteresse zu machen und so hegemonial zu werden. Im Unterschied zu einem hegemonialen Projekt haben Hegemonieprojekte diesen Status der Verallgemeinerung noch nicht erreicht, streben ihn aber im Prozess der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen an.“ (Georgi/Kannankulam 2012, S. 34f.)

Hegemonieprojekte sind keine bewussten zentral organisierten Bündnisse, sondern analytisch herausgearbeitete Abstraktionen. Diese ermöglichen es, eine Aggregation von ganz unterschiedlichen Taktiken und Strategien in einer analytischen Kategorie fassbar zu machen. Wie bei Gramsci kommt den organischen Intellektuellen eine besondere Rolle innerhalb der Hegemonieprojekte zu: sie entfachen den Diskurs um Ziele, Interessen und Konflikte und machen daraus politische Erzählungen. Indem bestimmte politische Projekte zum politisch-strategischen Terrain eines Hegemonieprojekts werden, kann sich dieses zu einem hegemonialen Projekt verdichten. Hegemonieprojekte sind nie statisch konzeptioniert, sondern reagieren rekursiv auf bestimmte historische Ereignisse. (vgl. Georgi/Kannakulam 2012, S. 34-36)

Aufgrund ihrer räumlichen und historischen Spezifität ist es laut Georgi und Kannakulam nicht sinnvoll, konfligierende Hegemonieprojekte gesamtgesellschaftlich oder gar global zu unterscheiden, weshalb sie sie im Rahmen einer historisch-materialistischen Politikanalyse als gesellschaftliche Konfliktkonstellationen analysieren. Mithilfe der Kontextanalyse sollen historische und materielle Bedingungen der Konflikte sichtbar gemacht werden. Als zentrale empirische Grundlage der Analyse dienten ExpertInnen-Interviews mit AkteurInnen aus nationaler und EU-Politik sowie MitarbeiterInnen von NGOs (vgl. Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa 2014, S. 293-296). Durch die Akteursanalyse werden jene Akteurs- und Kräftekonstellationen identifiziert, welche innerhalb eines Konflikts gegeneinander kämpfen. Diese Konstellationen innerhalb eines Konflikts werden anhand ihrer historischen Dynamik als Prozess dargestellt, um den Konflikt als historischen Kampfprozess innerhalb einer sich dynamisch entwickelnden und widersprüchlichen Totalität verstehen zu können. (vgl. Georgi/Kannakulam 2012, S. 36-40) Die historisch-materialistische Politikanalyse als empirische Methode wurde hier als Operationalisierung einer Kräfteverhältnis-Analyse angewandt, um die unterschiedlichen Hegemonieprojekte identifizieren zu

können. Sie setzt sich zusammen aus einer Kontext-, Prozess- und Akteursanalyse. (vgl. Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa 2014, S. 83f.)

Zu unterschiedlichen politischen oder gesellschaftlichen Konflikten lassen sich also unterschiedliche Hegemonieprojekte identifizieren. Konflikte um die europäische Integration, im Sinne eine gemeinschaftlichen Europäischen Union auf unterschiedlichen Ebenen, stehen hierbei in der Forschung von Georgi und Kannankulam zur Analyse von Hegemonieprojekten im Vordergrund. Die Hegemonieprojekte, die im Folgenden beschrieben werden, wurden zum Einen entlang des Konflikts über die Europäisierung der Sozialpolitik und zum Anderen entlang des Konflikts zur europäischen Migrationspolitik konstruiert. Die Darstellung von Hegemonieprojekten entlang mehrerer Konflikte soll die Bedeutung dieser Hegemonieprojekte unterstreichen und festigen.

Ausgehend von der Debatte aus den 1990er Jahren um die Ergänzung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion durch eine europäische Sozialpolitik ergeben sich fünf konfligierende Hegemonieprojekte: das neoliberale, das national-konservative, das proeuropäisch-soziale, das national-soziale und das linksliberal-alternative Hegemonieprojekt. (vgl. Georgi/Kannankulam 2012, S. 41f.) Auch wenn sich die Konflikte in der EU und zwischen den einzelnen Nationalstaaten weiterentwickelt und verändert haben, können die fünf Hegemonieprojekte dennoch als die relevanten Standpunkte ausgemacht werden.

Des Weiteren werden die Hegemonieprojekte rund um den Konflikt zur europäischen Migrationspolitik dargestellt, die mit den Hegemonieprojekten um die Europäisierung der Sozialpolitik vergleichbar sind. Georgi und Kannankulam verstehen den Konflikt um eine einheitliche europäische Migrationspolitik als sich weiterentwickelnde Dynamiken. Als erste Dynamik ab den 1970er Jahren gelten die Mobilitätspraktiken subalternen Bevölkerungsgruppen aus peripheren Räumen als Reaktion auf Kriege, gesellschaftlichen Zerfall und Krisen. Die Befürwortung einer tendenziell restriktiven Politik gegenüber der Immigration in die EU ab den 1980er Jahren gilt als zweite Dynamik und war Reaktion auf eine relativ autonome Migrationspraktik der Nationalstaaten. Die dritte Dynamik umfasst den Antrieb und die Strukturierung gemeinsamer europäischer Migrationspolitiken aufgrund arbeitskraftpolitischer Konflikte, die eine erhöhte und flexiblere Einwanderung zur Steigerung ökonomischen Wachstums und Profits auslösen sollte, aber auch eine expandierende Nachfrage nach billigen vor allem weiblichen Arbeitskräften in der Dienstleistungsbranche mit sich brachte. Aus dem Prozess der Europäischen Integration lässt sich die vierte Dynamik ableiten, in der eine Vergemeinschaftung der europäischen Migrationspolitik ange-

strebt wurde, um die Eigendynamik der EU-Institutionen zu stärken. (vgl. Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ 2014, S. 61ff)

Um die Entstehung einer europäischen Migrationspolitik zu verstehen, wurden gesellschaftliche und politische Kräfte analysiert und sechs Hegemonieprojekte konzeptualisiert: das neoliberale, das konservative, zwei soziale, das linksliberal-alternative sowie das linksradikale Hegemonieprojekt. (vgl. Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ 2014, S. 64) Das linksradikale Hegemonieprojekt nimmt eine besondere Stellung ein, da es aufgrund fehlender organisatorischer Ressourcen kaum in der Lage ist, zu einem hegemonialen Projekt aufzusteigen und lediglich im Konflikt um die europäische Migrationspolitik in Erscheinung tritt. Aus analytischer Sicht wird es dennoch kurz beschrieben, da sich Strategien, AkteurInnen und auch Ziele sowohl vom linksliberal-alternativen als auch vom proeuropäisch-sozialen Hegemonieprojekt unterscheiden, auch wenn sie teilweise zum linken Rand dieser beiden Hegemonieprojekte gezählt werden können. (vgl. ebd., S. 78f.)

Die folgenden Hegemonieprojekte sollen anhand ihrer Strategien, AkteurInnen und ihrer Stellung im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis beschrieben und zusätzlich etwaige Unterschiede der Hegemonieprojekte entlang der beiden Konflikte aufgedeckt werden. Zu beachten ist, dass AkteurInnen, Strategien und Positionen nur in Bezug auf den jeweiligen Konflikt bestimmten Hegemonieprojekten zugeordnet werden können und deshalb keine starre Zuordnung dieser zu den Hegemonieprojekten erfolgen kann. Somit kann eine politische Partei beispielsweise im einen Konflikt Hegemonieprojekt A zugewiesen werden, in einem anderen allerdings Hegemonieprojekt B. Es ist daher sinnvoll, sich die Dynamik der Hegemonieprojekte stets vor Augen zu halten.

2.4.1 Neoliberales Hegemonieprojekt

Mit dem Umbau der fordistischen Ökonomien in den 1970er Jahren gelang es dem neoliberalen Hegemonieprojekt sich aufgrund seiner erfolgreichen diskursiven Offensive gegen das hegemoniale national-soziale Hegemonieprojekt als Gegenprojekt durchsetzen. Die zunehmende Finanzialisierung und Internationalisierung der Produktion bildeten die Machtbasis, während der wettbewerbsstaatliche Umbau der meisten gesellschaftlichen Bereiche als Strategie dieses Hegemonieprojekts galt. Die Marktlogik wurde expandiert auf politische, kulturelle und soziale Bereiche und hat demnach Auswirkungen auf die Beziehung zwischen Staat und Subjekt (vgl. Soysal 2012, S.12f.). Aus den Transnationalisierungsprozessen der letzten Jahrzehnte entstand eine europäische, teilweise transnationale

Bourgeoisie, die sich aus Hochprivilegierten und Hochqualifizierten zusammensetzt und eine Führungsrolle auf einer ideologisch-diskursiven Ebene einnimmt. (vgl. Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ 2014, S. 65)

Der europäische Binnenmarkt, die Währungsunion sowie die Wettbewerbsfähigkeit waren die zentralen politischen Projekte des neoliberalen Hegemonieprojekts, die bereits in den 1980er und 90er Jahren durchgesetzt werden konnten und diesem Hegemonieprojekt trotz Krisen dazu verhalfen, zu einem hegemonialen Projekt aufzusteigen, indem ihre partikularen Interessen universalisiert wurden (vgl. Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ 2014, S. 62). Obwohl dieses Projekt bereits in den 80er und 90er Jahren als hegemonial galt, hat es bis heute wieder an Unterstützung durch die Bevölkerung verloren. Zudem haben sich neue Interessen herauskristallisiert, die noch keinen hegemonialen Hintergrund aufweisen können, weshalb das neoliberale Hegemonieprojekt auch aktuell um die Universalisierung der eigenen Interessen kämpfen muss.

Die AkteurInnen dieses Hegemonieprojekts waren mit entscheidend für den Konfliktausgang um die europäische Sozialversicherung, auch wenn sie überwiegend eine passive Position im Konflikt eingenommen haben. Ohne diese Passivität hätten andere Hegemonieprojekte eines der Ziele zur Integration Europas nicht erreichen können. Das Errichten eines Wettbewerbsstaats durch den Umbau eines Großteils der gesellschaftlichen und staatlichen Bereiche ist die grundlegende Strategie dieser AkteurInnen. Dabei sollen quantifizierbare ökonomische Rationalitäten als Elemente des Wettbewerbsstaats gelten, indem die Flexibilisierung von Produktions- und Arbeitsverhältnissen sowie der Abbau staatlicher Regulierungen als politische Leitlinien umgesetzt werden. Die Internationalisierung von Kapital, Handel und Produktionsketten steht im Mittelpunkt der neoliberalen Strategie, die ebenfalls mit der Mobilität von Arbeit als Produktionsfaktor verbunden ist. Viele der neoliberalen AkteurInnen unterstützen zwar die Schaffung eines europäischen Wettbewerbsstaates, lehnen aber aus diesem Grund eine europäische Sozialpolitik strikt ab. (vgl. Georgi/Kannankulam 2012, S. 51f.)

Als soziale Basis des neoliberalen Hegemonieprojekts zählen Finanzwirtschaft, transnationale Konzerne und die nationalen Spitzenverbände von Finanz- und Industriekapital. Zudem wird das Projekt von zahlreichen organischen Intellektuellen unterstützt. Alles in Allem verfügt dieses Projekt über immense ökonomische wie diskursiv-ideologische Ressourcen. Das vorherrschende zweckrationale Gesellschaftsbild und die starke Fixierung auf Leistung und Wettbewerb untermauern gesellschaftlich strukturelle Ungleichheit, indem

diese als notwendige Voraussetzung für Leistungssteigerung und Wettbewerb angesehen wird. Dementsprechend ist es nicht weiter verwunderlich, dass sich dieses Hegemonieprojekt eher für einen Abbau sozialer Sicherungssysteme einsetzt und somit soziale Ungleichheit zusätzlich verstärken. Auch wenn die neoliberale Integrationsweise vordergründig weder geschlechts- noch rassendiskriminierend ist, trifft die Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse eher Frauen und Personen mit niedriger Bildung. Die Forderung nach einem offenen und freien Markt für Arbeitskräfte macht nochmals die marktdarwinistische Einstellung dieses Hegemonieprojekts deutlich. So findet die Tatsache, dass Reichtum auch immer Armut impliziert und kapitalistische Produktionsverhältnisse auf nichtkapitalistischen Verhältnissen und Tätigkeiten basieren, in diesem Hegemonieprojekt keine Beachtung. (vgl. Georgi/Kannankulam 2012, S. 52ff)

Im Konflikt um die europäische Migrationspolitik kritisiert das neoliberale Hegemonieprojekt ungenutztes Potenzial, irrationale Abschottung, geringe Flexibilität sowie zu viel Bürokratie. Dennoch wird von dieser Seite eine (zweck-)rationale Migrationspolitik gefordert, die als Hilfsmittel für Arbeitskraft- und Akkumulationsstrategien dienen soll. In diesem Sinne soll Migrationspolitik nach ökonomischen Zielen gemanagt und reguliert werden. So lassen sich die beiden Konflikte auch miteinander verbinden: die innereuropäische Mobilität von Arbeitskräften war an eine gemeinsame europäische Sozialpolitik geknüpft. Trotzdem werden Teile einer traditionell repressiven Migrationspolitik akzeptiert, um konservative Kräfte miteinzubinden. Hier wurden unter dem Titel Migrationsmanagement Zugeständnisse gemacht, um der Universalisierung der eigenen Ziele ein Stückchen näher zu kommen. AkteurInnen dieses Hegemonieprojekts streben ferner eine langfristige Regulierung der Arbeitskräfteallokation in einem verbindlichen, globalen Migrationsregime an. (vgl. Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ 2014, S. 66ff)

2.4.2 National-konservatives Hegemonieprojekt

Wie bereits erwähnt, gilt das national-konservative Hegemonieprojekt als großer Gegner der Stärkung sozialer Rechte in der UnionsbürgerInnenschaft. Die AkteurInnen nehmen eine abwehrend-nationale Position ein, da sie einem politisch stark vertieften Integrationsprozess skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen. Sie wünschen sich ein Europa der souveränen Staaten, da der Staat selbst im Mittelpunkt des Hegemonieprojekts steht und als Selbstzweck und Eigenwert verstanden wird. Dieses nationalistische Projekt verbindet Ethnizität, gemeinsame Sprache, Geschichte, Kultur, traditionell-konservative Werte und

Normen, Sicherheit und Heimat mit einer Nation, weshalb den BürgerInnen dieser Nation aus ihrer Sicht Privilegien zustehen. (vgl. Georgi/Kannankulam 2012, S. 47f.)

Vor allem national und lokal ausgerichtete kleine und mittelständische Unternehmen oder Dienstleister sowie Teile des landwirtschaftlichen Sektors (vgl. Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ 2014, S. 69) bilden die soziale Basis dieses Hegemonieprojekts. Diese sind von der Konkurrenz durch transnationale Konzerne bedroht. Auf der anderen Seite wird das Projekt unterstützt von autochthonen Teilen der ArbeiterInnenklasse, traditionell konservativen Milieus und bürgerlichen Schichten, die sich ökonomisch und kulturell bedroht sehen oder bereits gesellschaftlich abgestiegen sind. Die Mobilisierung dieser Schichten über rechtspopulistische Kampagnen, Wahlkämpfe oder Debatten bildet eine der bedeutenden Ressourcen dieses Projekts. Zudem kann dieses Hegemonieprojekt von den Ressourcen des neoliberalen Hegemonieprojekts profitieren, indem konservative Parteien oder Stiftungen Bündnisse mit den AkteurInnen des neoliberalen Hegemonieprojekts eingehen. (vgl. Georgi/Kannankulam 2012, S. 48)

Traditionelle patriarchale Geschlechtervorstellungen prägen die geschlechterpolitische Ausrichtung des Hegemonieprojekts hinsichtlich der Erwerbsarbeit und den daran gekoppelten sozialen Rechten von Ehe und Familie. Die nationalistische und auch populistisch-rassistische Sichtweise, die in diesem Projekt vertreten wird, richtet sich gegen eine Europäisierung der Migrations- und Sozialpolitik. Dementsprechend war dieses Hegemonieprojekt maßgeblich für die Ablehnung einer Ausweitung der sozialen Rechte für die BürgerInnen der EU, aufgrund von Furcht vor sogenannter Wohlfahrtsmigration und der Bildung eines transnational „europäischen Volkes“. (vgl. Georgi/Kannankulam 2012, S. 49)

In diesem Hegemonieprojekt lassen sich auch rechtspopulistische Strömungen finden, indem fremdenfeindliche und rassistische Vorurteile gegen den drohenden Souveränitätsverlust der Nationalstaaten hervorgebracht werden. Gerade ein antimuslimischer Rassismus wird von Teilen dieses Hegemonieprojekts propagiert. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass die Leitkultur- und Integrationsdebatte in Deutschland von diesem Hegemonieprojekt ausgeht. Für die meisten dieser AkteurInnen ist die migrationspolitische Lage durch zu viel Einwanderung gekennzeichnet, weshalb sie traditionell nationale Werte und national soziale Privilegien für schutzwürdig erachten. Sie sehen in der Immigration eine Benachteiligung der nationalen Bevölkerung und konnten aufgrund mehrerer migrationspolitischer Krisen ihre Anliegen und Ziele in der Gesellschaft verankern. (vgl. S. „Staatsprojekt Europa“ 2014, S. 68ff)

Mit dem Flüchtlingszustrom nach Europa ab 2015 hat sich auch in Deutschland schrittweise eine neue rechtspopulistische Partei herausgebildet, die sich als sogenannte „Alternative für Deutschland“ nicht nur gegen ein gemeinschaftliches Europa ausgesprochen hat, sondern auch fremdenfeindliche, rassistische und antisemitische Meinungen vertritt. Bei der Bundestagswahl 2017 konnte die AfD 12,6% der Stimmen generieren und somit 94 Sitze im deutschen Bundestag sichern. In den Bundesländern Sachsen und Thüringen erzielte die Partei sogar Ergebnisse über 20%. (vgl. Bundeswahlleiter 2017)

Neben dem rechtspopulistischen und teilweise rechtsextremen Flügel des nationalkonservativen Hegemonieprojekts gibt es allerdings auch einen liberalkonservativen Flügel. Es ist also nicht weiter verwunderlich, dass nicht nur innerhalb des Projekts, sondern auch zwischen den verschiedenen Staaten der EU unterschiedliche Ziele und Ressentiments gegenüber Minderheiten und verschiedenen Zuwanderungsgruppen vertreten werden. Ähnlich verhält es sich bei CDU/CSU, den christlich konservativen Parteien in Deutschland. (vgl. Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ 2014, S. 71)

Mit effektiven und strikten Grenzkontrollen sowohl außerhalb als auch innerhalb Europas soll Migration zumindest massiv reduziert werden. Europäische Agenturen, wie beispielsweise Frontex, und neue Technologien sollen bei der Implementierung repressiver Migrationspolitik in Europa helfen. Dennoch muss eine gemeinsame europäische Migrationspolitik aus Sicht des konservativen Hegemonieprojekts weiterhin durch nationale Regierungen gesteuert werden. Die Beibehaltung der Souveränität der Staaten zeichnet sich somit nicht nur in der Sozialpolitik, sondern auch in der Migrationspolitik ab. (vgl. Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ 2014, S. 70)

2.4.3 Proeuropäisch-soziales Hegemonieprojekt

Das proeuropäisch-soziale Hegemonieprojekt schließt an die Krise der europäischen Wohlfahrtsstaaten an, indem ihr mit der Europäisierung der Sozialpolitik sowie einer europäischen Tarifpolitik begegnet wurde. Diese Krise wurde bereits am Beispiel Deutschlands näher erörtert. Das wesentliche Argument dieses Hegemonieprojekts bezieht sich auf die Internationalisierung politischer und ökonomischer Prozesse. Auf der einen Seite akkumulieren und veräußern sämtliche AkteurInnen ihr Kapital auf internationaler Ebene sowie politische und ökonomische Prozesse über die Grenzen des Sozialstaates hinaus stattfinden, auf der anderen Seite beschränkt sich sozial ausgleichende Politik oftmals auf eine nationale Ebene. (vgl. Georgi/Kannankulam 2012, S. 43) Auch wenn sich in der Europäi-

sierung der Sozialpolitik seit den 90er Jahren einiges getan hat, findet diese Kritik an der EU auch heute noch Anklang. Gerade weil die Mobilität der EU-BürgerInnen zwischen den Nationalstaaten stark zugenommen hat und beschlossenes EU-Recht, trotz Verbesserungen, nicht von allen Mitgliedsstaaten gleichermaßen befolgt wird, erscheint eine Umsetzung einer europäischen Sozialpolitik dringend geboten. (vgl. Verwiebe 2004/Europäische Kommission 2016). Im Sinne des proeuropäische-sozialen Hegemonieprojekts besteht eine zu große Differenz zwischen der Mobilität innerhalb des geschaffenen EU-Binnenraumes, dem europäischen Sozialmodell und den Grundsätzen zur Integration von MigrantInnen (vgl. Soysal 2012). Dieses Hegemonieprojekt plädiert also für ein soziales Europa, welches durch die europäische Wirtschaft gestärkt und die politische Integration vertieft werden soll (vgl. Georgi/Kannankulam 2012, S. 43f.).

Auch wenn proeuropäische Positionen dezidiert von Gewerkschaften, Sozialverbänden sozialen Bewegungen sowie Fraktionen sozialdemokratischer oder postkommunistischer Parteien vertreten werden, ist die soziostrukturelle Basis des Projekts ambivalent. Werden auf der einen Seite antineoliberale und internationalistische Positionen vertreten, findet das Projekt auch potenzielle Unterstützer unter den Unternehmen, die ihre Gewinne größtenteils innerhalb der EU erzielen. Dennoch wird meist auf nationaler Ebene agiert. So gibt es beispielsweise keine europäischen Tarifverträge. (vgl. Georgi/Kannankulam 2012, S. 44)

Der Ausgleich von Geschlechterungleichheiten steht nicht primär auf der Agenda dieses Projekts, da gesellschaftliche Teilhabe und damit verbunden soziale Rechte und Leistungen vorwiegend über Lohnarbeit erworben werden, die dem männlichen Familienernährer zugesprochen wird. Im Sinne der Kleinfamilie als Lebensform ist vor allem die Frau für die Reproduktionsarbeit zuständig und somit abhängig von der Lohnarbeit des Mannes. Dennoch ist die Ansicht gereift, dass vor allem Frauen unter der zunehmenden Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse leiden. (vgl. Georgi/Kannankulam 2012, S. 44f.)

Eine konsequente Europäisierung und Harmonisierung der Politikbereiche sind die Strategien für die Verteidigung des europäischen Sozialmodells, die von diesem Hegemonieprojekt verfolgt werden. Damit werden aber all diejenigen von der sozialen Sicherung ausgeschlossen, die keine europäische StaatsbürgerInnenschaft besitzen. Die Vergemeinschaftung und Vereinheitlichung sozialer Rechte und Sozialstandards werden durch das Projekt unterstützt und sind gleichzeitig Voraussetzung eines politisch tief integrierten sozialen Europas. Durch die Anwesenheit im europäischen Kräfteverhältnisses gelang diesem

Hegemonieprojekt die erfolgreiche Durchsetzung der europäischen SozialbürgerInnen-schaft. (vgl. Georgi/Kannankulam 2012, S. 45)

Bevor das national-soziale Hegemonieprojekt beschrieben wird, werden die Gegebenheiten um den Konflikt zur europäischen Migrationspolitik aufgegriffen. In diesem Konflikt können das proeuropäisch-soziale und das national-soziale Hegemonieprojekt nämlich zusammen gedacht werden, da sich hier AkteurInnen, Positionen und Strategien nicht eindeutig voneinander unterscheiden. Beide sind seit der erfolgreichen Gegenoffensive und der Dominanz des neoliberalen Hegemonieprojekts in die Defensive geraten. Mit der Durchsetzung neoliberaler Strategien haben diese beiden Hegemonieprojekte formgebende Ziele nicht erreichen können. Durch die Internationalisierung und die Europäisierung von Produktion, Handel und Arbeitskraftstrategie hat sich das soziale Hegemonieprojekt in zwei unterschiedliche Richtungen entwickelt. Auf der einen Seite ein proeuropäisch-soziales, auf der anderen Seite ein national-soziales Hegemonieprojekt. (vgl. Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ 2014, S. 71f.)

Die migrationspolitische Situation hat dazu geführt, dass sich die beiden Hegemonieprojekte bezüglich wohlfahrtsstaatlicher Strategien nicht mehr einig sind: Zum Einen wird die repressive Migrationspolitik abgelehnt, da viele AkteurInnen einst selbst von politischen, sozialen, kulturellen und ökonomischen Rechten ausgeschlossen wurden, zum Anderen fürchtet man eine Konkurrenz am Arbeitsmarkt und die Überlastung der Sozialsysteme. Gewerkschaften und Sozialverbände setzen sich demnach zwar gegen die Diskriminierung von ausländischen ArbeitnehmerInnen ein, bestärken aber auch die festgefahrene Hegemonie der Grenzen. (vgl. Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ 2014, S. 72f.)

Gerade mit der Erweiterung der EU um zehn osteuropäische Länder im Jahr 2004 hat sich das Spannungsverhältnis bezüglich großer ökonomischer und sozialer Unterschiede zwischen den alten und neuen EU-Staaten stark verschärft. Das damit verbundene transnationale Lohngefälle in der EU wurde ausgenutzt, um etablierte Lohn- und Arbeitsbedingungen in den „alten“ EU-Ländern zu unterlaufen, indem ArbeitnehmerInnen aus den „neuen“ EU-Ländern zu schlechteren Bedingungen angestellt wurden. Als Folge wurde die Migrationsfrage zur zentralen politischen Herausforderung für die Gewerkschaften: auf der einen Seite musste die mögliche Konkurrenz zwischen einheimischen und ausländischen ArbeitnehmerInnen begrenzt werden; auf der anderen Seite musste für gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen Sorge getragen werden. Gerade weil die Entstehung der modernen Gewerkschaftsbewegung eng mit der Herausbildung von Nationalstaaten ver-

bunden war und als Grundlage für deren Solidaritätsverständnis gilt, wurde Migration von den Gewerkschaften in erster Linie als Bedrohung nationaler Arbeits- und Sozialstandards wahrgenommen. Nachdem klar wurde, dass die sogenannten GastarbeiterInnen, die seit den 1970er Jahren zum Arbeiten in die EU kamen, auch langfristig bleiben würden, haben sich langsam eigenständige migrantische Interessenvertretungen und eigenständige Gremien und Foren innerhalb der Gewerkschaften herausgebildet. Deutsche und österreichische Gewerkschaften bestanden im Zuge der EU-Osterweiterung beispielsweise darauf, die gesamte Übergangsfrist der Arbeitsmarktbeschränkungen von sieben Jahren auszuschöpfen. Seit dem Ende der Übergangsregelungen ist in den westeuropäischen Gewerkschaften ein Trend zu einer eher inklusiven Migrationspolitik zu vernehmen. Sie fordern eine Gleichbehandlung von einheimischen und ausländischen ArbeitnehmerInnen. Allerdings werden nationale Arbeitsvorgaben, die über bestimmte Mindeststandards hinausgehen, von der EU und dem Europäischen Gerichtshof immer wieder als unzulässige Barrieren gegen eine europäische Marktfreiheit gewertet, weshalb von den Gewerkschaften gefordert wird, auch auf europäischer Ebene strategisch aktiv zu werden, indem die territoriale Integrität des nationalen Arbeitsrechts sichergestellt und die Regulierungsspielräume auf den nationalen Arbeitsmärkten wieder vergrößert werden. (vgl. Schulden 2011) Es ist also nicht ganz einfach, ob Gewerkschaften als proeuropäisch oder national angesehen werden können, da ihr bisheriger Handlungsspielraum auf nationaler Ebene weitaus größer ist als auf europäischer Ebene.

Demirovic sieht viele der ReferentInnen in den Gewerkschaften als organische Intellektuelle innerhalb ihrer Organisationen, die ein Bewusstsein zur Interessensolidarität schaffen und fördern wollen (vgl. Demirovic 2007, S. 30, zit. nach Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ 2014, S. 73) Dennoch gibt es Unterschiede bezüglich des Konflikts um die Migrationspolitik: So unterstützt das national-soziale Hegemonieprojekt strikte Zugangskontrollen zu Arbeitsmarkt und Sozialsystemen, um der nationalen Basis Privilegien einzuräumen, die von den AkteurInnen in einer globalisierten Ökonomie als schützenswert angesehen werden. Das proeuropäisch-soziale Hegemonieprojekt argumentiert in eine andere Richtung. Auch wenn sie das europäische Sozialmodell ebenfalls durch neoliberale Politiken gefährdet sehen, liegt die Lösung für die AkteurInnen dieses Hegemonieprojekts in einer gesamteuropäischen Sozialpolitik. (vgl. Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ 2014, S. 75)

2.4.4 National-soziales Hegemonieprojekt

Die Verteidigung des ehemaligen europäischen Sozialmodells, im Sinne von separaten nationalen Wohlfahrtsregimes war die selbst auferlegte Aufgabe des national-sozialen Hegemonieprojekts im Konflikt um eine gemeinsame europäische Sozialpolitik. Aus der Perspektive der AkteurInnen wäre die Beibehaltung nationaler sozialer Systeme die einzige Möglichkeit zum Schutze der bisherigen sozialpolitischen Errungenschaften vor dem neo-liberalen Globalisierungsdruck. Dieses Hegemonieprojekt bezieht sich direkt auf das Gebiet des nationalen Wohlfahrtsstaats, der nationalen Arbeitsgesetzgebung und der staatlichen Unterstützung nationaler und korporatistisch strukturierter Unternehmen. Im Gegensatz zum national-konservativen Hegemonieprojekt wird die Nation nicht als Selbstzweck angesehen, sondern als Basis einer Solidargemeinschaft zum sozialen Ausgleich und der Ermöglichung von sozialem Frieden und stabiler Produktion. (vgl. Georgi/Kannankulam 2012, S. 49f.)

Als soziale Basis gelten Reste von hegemonialen Gruppierungen mit fordistischer Produktions- und Lebensweise, die während des ökonomischen Globalisierungsprozesses nicht auf den Zug von Finanzindustrie oder transnationalen Konzernen aufgesprungen sind. So bilden öffentliche Angestellte als auch mittelständische Unternehmen die soziale Basis dieses Projekts. Diese mittelständischen Unternehmen, deren Kernbelegschaft aus FacharbeiterInnen besteht, profitieren von korporatistischen Strukturen, einer geschlechterhierarchischen Arbeitsteilung à la male-breadwinner-Modell und engen Kontakten zur nationalen und regionalen staatlichen Exekutive. Nicht nur die entsprechenden Gewerkschaften, sondern auch Fraktionen der Wohlfahrtsverbände, der links-soziale Flügel der christlichen Kirchen sowie Zusammenschlüsse von der christlich-demokratischen ArbeitsnehmerInnenschaft bis zur linkskeynesianischen sozialistischen Linken sind AkteurInnen des national-sozialen Hegemonieprojekts. Auf der einen Seite kann dieses Projekt Bündnisse mit dem proeuropäisch-sozialen als auch mit dem national-konservativen Hegemonieprojekt eingehen, auf der anderen Seite verfügt es über ausreichend Ressourcen und Einflussmöglichkeiten, um eine nationale Verteidigungsstrategie zu fokussieren. (vgl. Georgi/Kannankulam 2012, S. 50f.)

Nachdem der soziale Ausgleich auf nationaler Ebene hier im Vordergrund steht, hatte der Konflikt um eine europäische Sozialversicherung weniger Priorität. Von wissenschaftlicher und juristischer Seite des Projekts wurden aber äußerst kritische Stimmen gegen eine gemeinsame SozialbürgerInnenschaft laut. Der Fokus lag allerdings auf der Verteidigung na-

tional organisierter Wohlfahrtsstaaten, weniger auf privilegierten Rechten der eigenen StaatsbürgerInnen. (vgl. Georgi/Kannankulam 2012, S. 51)

2.4.5 Linksliberal-alternatives Hegemonieprojekt

Dem linksliberal-alternativen Hegemonieprojekt liegt ein liberal normativer und politischer Citizen-Ansatz zugrunde, mit dem Ziel, Menschen- und BürgerInnenrechte mit Rechten für Minderheiten und sozialem Ausgleich zu verbinden. Das Augenmerk richtet sich dabei auf besonders benachteiligte Gruppen, wodurch sie sich von den sozialdemokratischen Projekten abheben. Primär stehen hier nicht die Fragen ökonomischer Produktion im Vordergrund, sondern Bereiche wie Ökologie, Antirassismus, Frauen- oder LGBTQ-Bewegungen. Es sind auch die Taktiken und Strategien der Nichtregierungsorganisationen und Initiativen in diesen Bereichen, die zu diesem Hegemonieprojekt gezählt werden. (vgl. Georgi/Kannankulam 2012, S. 45f.)

Die Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ hat die These aufgestellt, dass sich in diesem Hegemonieprojekt zivilgesellschaftliche Taktiken und Strategien verdichten, die nicht primär entlang ökonomischer Fragen entstehen: die Strategien des politischen Liberalismus und der Neuen Linken. Auch wenn eher postmaterielle Interessen vertreten werden, können beispielsweise Bündnisse mit dem neoliberalen Hegemonieprojekt eingegangen werden, da Umverteilung und soziale Rechte keine Kernforderungen darstellen. Aufgrund postnationaler und postmaterieller Werte wird eine proeuropäische Strategie vertreten, während die EU als Konstellation postnationaler BürgerInnenschaft angesehen wird. Deshalb versuchen die AkteurInnen dieses Hegemonieprojekts Richtlinien und progressive Veränderungen auf einer europäischen Ebene durchzusetzen, die auf nationaler Ebene nicht möglich wären. Während Transnationalität, Mobilität und kulturelle Vielfalt als positive Werte gelten, sprechen sich die AkteurInnen gegen die aktuelle migrationspolitische Situation aus, weil sie diese als unmenschliche Abschottungspolitik bezeichnen und die Menschenrechte der Geflüchteten durch diese gefährdet sehen. Migration gilt hier als historische Konstante, deren Legitimität und Legalität nicht durch eine Abschottung Europas gefährdet werden dürfe. Rechtsstaatliche und menschenrechtliche Absicherung solle Grenzen übergreifend jedem Menschen zustehen. Zwar liegt der Schwerpunkt ihrer Zielvorstellungen bezüglich der europäischen Migrationspolitik auf Asyl und Grenzabschottung, so befürworten sie auch eine liberalisierte Politik der Arbeitsmigration und betonen die Vorteile einer auf Rechten basierten Migrationspolitik; auch im Hinblick auf die internationale Entwicklung unserer Gesellschaft. Von linksliberal-alternativer Seite wird eine internationa-

le Handels- und Wirtschaftspolitik gefordert, die auch tiefere Ursachen von Armutsmigration bekämpft. Vereinfacht dargestellt, interessiert sich dieses Hegemonieprojekt nicht nur für die Bekämpfung der Auswirkungen, sondern auch für die der Ursachen selbst. (vgl. Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ 2014, S. 76f.)

Die AkteurInnen, die sich aus einer Vielzahl von Bewegungen, Gruppen oder NGOs aus liberalen Kirchenkreisen, humanistischem Bürgertum oder linken Milieus zusammensetzen, sind innerhalb Europas recht gut miteinander vernetzt und somit europäisch stark integriert. Auch wenn diese NGO-Netzwerke – wie beispielsweise ECRE oder Amnesty International – in Europa handlungsfähig sind, gibt es nationale Unterschiede bezüglich der staatlichen Finanzierung oder auch inhaltlicher Differenzen. (vgl. Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ 2014, S. 77f.)

Zur sozialen Basis können die grünen Schichten und Milieus gezählt werden, zu denen post-materielle, post-nationale urbane Hochgebildete, gebildete Prekarierte, bildungs- und linksbürgerliche Schichten gehören. Einige dieser Schichten wurden von den 68er-Bewegungen beeinflusst. Dennoch zählen auch Kapitalfraktionen – wie die Ökobranche, der Bildungssektor sowie IT- und Internetunternehmen – zu den Unterstützern. Politisch werden diese gesellschaftlichen Kräfte von grünen Parteien und den linken Flügeln anderer Parteien unterstützt, während der radikale Flügel von den undogmatisch-antiautoritären Flügeln der radikalen Linken unterstützt wird. Auch wenn dieses Hegemonieprojekt über weniger ökonomische Ressourcen verfügt als andere, sind sein soziales und kulturelles Kapital vergleichsweise hoch. Dies hängt auch mit der Unterstützung durch viele organische Intellektuelle aus Wissenschaft, Bildung, Medien und Kultur zusammen. (vgl. Georgi/Kannankulam 2012, S. 46)

Die weitgehenden geschlechter- und migrationspolitischen Forderungen nach Antidiskriminierung und transnationaler Bewegungsfreiheit sind oftmals nicht an Erwerbsarbeit gebunden, weshalb auf die zunehmende Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen mit ungleichheitsverringenden Forderungen reagiert wird, wie beispielsweise das Grundeinkommen. Die AkteurInnen dieses Projekts sehen die EU als Konstellation postnationaler BürgerInnenschaft an und verfolgen eine äußerst proeuropäische Strategie, da progressive Strategien auf nationaler Ebene nicht möglich wären. Neben dem proeuropäisch-sozialen Hegemonieprojekts war das linksliberal-alternative Hegemonieprojekt maßgeblich an der Durchsetzung der SozialbürgerInnenschaft durch den Europäischen Gerichtshof beteiligt. Auch wenn der Ausbau der UnionsbürgerInnenschaft in eine SozialbürgerInnenschaft

vollzogen wurde, konnten Ziele, wie die UnionsbürgerInnenschaft für Drittstaatenangehörige sowie die Stärkung der Rechte von Geflüchteten, Kindern, alten oder behinderten Menschen, nicht erreicht werden. An der Herhinderung einiger dieser Ziele sind die zentralen GegnerInnen der SozialbürgerInnenschaft mitverantwortlich: und zwar das national-konservative und das national-soziale Hegemonieprojekt. (vgl. Georgi/Kannankulam 2012, S. 46f.)

2.4.6 Linksradikales Hegemonieprojekt

Wie bereits diskutiert, verfügen die gesellschaftlichen Kräfte linksradikaler Positionen in den Staaten der EU über zu wenig organisatorische Ressourcen, um nach der eigentlichen Definition von „Hegemonieprojekt“, wie sie in dieser Arbeit verwendet wird, im Konflikt um die europäische Migrationspolitik zu einem hegemonialen Projekt aufsteigen zu können. Aus analytischer Sicht lassen sich jene Kräfte nur sehr schwer einem linken Rand von linksliberal-alternativen oder proeuropäisch-sozialen Hegemonieprojekten zuordnen, weshalb die eigenständigen AkteurInnen, Strategien und Ziele kurz zusammengefasst werden, auch wenn das linksradikale Hegemonieprojekt für den weiteren Verlauf der vorliegenden Arbeit womöglich weniger relevant sein wird als die bisher beschriebenen Hegemonieprojekte.

Auch wenn die Stellung im Kräfteverhältnis marginalisiert ist und diejenigen Strategien nur von kleinen Minderheiten in Europa verfolgt werden, sind die politischen Unterschiede zum linksliberal-alternativen und zum proeuropäisch-sozialen Hegemonieprojekt zu groß, um linksradikale Strömungen einem dieser beiden Hegemonieprojekte zuzuordnen. Zudem darf die komplexe Infrastruktur und das gut ausgebaute transnationale Netzwerk nicht ignoriert werden. Nach der Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ beinhaltet der Anspruch an kritische Wissenschaft auch, dass mit der Reproduktion gesellschaftlicher Isolation gebrochen werden muss, indem nicht versucht wird, radikale Positionen mit möglichst nahestehenden weiteren Positionen zu verknüpfen, sondern sie so darzustellen, wie sie gesellschaftlich tatsächlich auftreten. (vgl. Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ 2014, S. 79f.)

Die Strategien des linksradikalen Hegemonieprojekts sind zum Einen orientiert an unterschiedlichen Strömungen der revolutionären ArbeiterInnenbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts, zum Anderen an anarchistischen, kommunistischen und linkssozialistischen Bewegungen, denen der Kampf gegen den Kapitalismus, mit dem Ziel einer radikalemanzi-

patorischen Umgestaltung der Gesellschaft, gemein ist. Linksradikale AkteurInnen sind durch herrschaftskritische Bewegungen beeinflusst, deren Kritik sich unter anderem gegen Herrschaftsverhältnisse, Rassismus und Sexismus wendet. Nicht nur die Überwindung kapitalistischer Produktionsweise, sondern auch eine radikale Demokratisierung von Gesellschaft und Ökonomie sowie die Überwindung von Geschlechterverhältnissen und Rassismus in jeglicher Form sind Zielsetzungen dieses Hegemonieprojekts. Migrationspolitik wird hier als System brutaler Kontrolle subalternen Mobilität von MigrantInnen verstanden, deren Struktur auf kapitalistischen Dynamiken und einer inhärent rassistischen, nationalstaatlichen Ordnung basiert. Es wird globale Bewegungsfreiheit gefordert, die der Hegemonie von Grenzen und ungleichen StaatsbürgerInnenrechten entgegenwirken soll. (vgl. Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ 2014, S. 78f.)

3 Aufdeckung von Ähnlichkeitsstrukturen anhand bestimmter Einstellungen

3.1 Angewandte Methodik

Zwar lassen sich einige Parteien oder bestimmte soziale Gruppen den zuvor beschriebenen Hegemonieprojekten zuordnen, allerdings fehlt eine direkte Verknüpfung zur Bevölkerung. Um eine solche Verknüpfung herzustellen, die über politische Wahlpräferenzen der Bevölkerung hinaus gehen soll, eignen sich Einstellungen der Bevölkerung. Anhand bestimmter Einstellungen sollen demnach Ähnlichkeitsstrukturen in der Bevölkerung aufgedeckt werden, die es ermöglichen, BefürworterInnen der Hegemonieprojekte zu identifizieren und diese genauer zu beschreiben.

Um solche Ähnlichkeitsstrukturen überhaupt entdecken zu können, ist es ausschlaggebend, welche Einstellungen miteinbezogen werden und in welcher empirischen Form diese vorliegen. Aufgrund der Größe der Stichprobe, die für dieses Vorhaben vorliegen sollte, eignen sich hier besonders institutionen- und länderübergreifende wissenschaftliche Umfragen, welche standardisiert und repräsentativ sind, um Schlüsse über die Grundgesamtheit zu ziehen. Der European Social Survey bietet darüber hinaus passende Inhalte zu Einstellungen, Überzeugungen und Verhaltensmustern verschiedener Populationen in über dreißig Ländern.

Seit 2001 wird der ESS (European Social Survey) in Europa alle zwei Jahre durchgeführt. Neben der Leitung durch Rory Fitzgerald von der City University of London setzt sich die wissenschaftliche Gruppe des ESS aus sechs weiteren wissenschaftlichen Institutionen aus Norwegen, Deutschland, den Niederlanden, Spanien, Belgien und Slowenien zusammen. Zu den wichtigsten Zielen des ESS zählen die Darstellung von Stabilität oder Änderungen in der Sozialstruktur sowie den Verhältnissen und Haltungen in Europa. Anhand dieser Gegebenheiten sollen die Veränderungen sozialer, politischer und moralischer Gefüge in Europa interpretiert werden können. Um höhere Standards in den Sozialwissenschaften zu erreichen und zu verbreiten, wurde besonderes Augenmerk auf Fragebogendesign, Pre-Testing, Sampling, Datenerhebung, Reduktion der Antwortverzerrung und Zuverlässigkeit der Daten gelegt. Es sollen fundierte Indikatoren des nationalen Fortschritts eingeführt werden, welche auf den Wahrnehmungen der BürgerInnen und den Einschätzungen der wichtigsten Aspekte dieser Gesellschaft basieren. Zudem soll durch den ESS die Ausbildung der europäischen SozialforscherInnen im Bereich der vergleichenden quantitativen Messung und Analyse verbessert werden, um übergreifend die Sichtbarkeit, Reichweite und den Zugang von Daten über den sozialen Wandel unter AkademikerInnen, PolitikerInnen und der breiten Öffentlichkeit zu verbessern. Um Einstellungen, Wertorientierungen und Verhaltensmuster zu messen, werden sogenannte Kernmodule für permanent wissenschaftliches Interesse konstant über alle Runden des ESS erhoben, während verschiedene Wechselmodule zu spezifischen und aktuellen Themen in den Runden variiert werden. Beide Module werden durch experimentelle Testfragen zur Qualitätssicherung der Fragen aus Kern- und Wechselmodulen ergänzt. Folgende Kernmodule mit Fragen zu folgenden Themen bilden die Basis des ESS: Kriminalität, Demografie und Politik, Wertorientierungen, Immigration, Mediennutzung, nationale und ethnische Identität, wahrgenommene Diskriminierung, Religion, soziale Ausgrenzung, soziales Vertrauen und Vertrauen in Institutionen, Wohlbefinden und Demografie. Im ESS7 von 2014 wurden des Weiteren Wechselmodule zu Immigration und gesundheitlichen Ungleichheiten abgefragt. Auch wenn das Wechselmodul zu Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat aus Welle 8 von 2016 ebenfalls interessant für die vorliegenden Forschungsfragen wäre, wird sich diese Arbeit mit der 2014 erhobenen 7. Welle befassen, da sich die Antwortmöglichkeiten des Wechselmoduls Immigration aus Welle 7 den oben beschriebenen Hegemonieprojekten besser zuordnen lassen und das Thema Immigration weiterhin wichtiger Bestandteil des politischen Diskurses in Europa ist. Allerdings wäre eine ähnliche Untersuchung mit dem ESS8 gewinnbringend, gerade um mögliche Veränderungen innerhalb der Einstellungen zwischen den beiden Wel-

len zu vergleichen und mit der gesellschaftlichen Entwicklung abzugleichen. Der in Deutschland als CAPI-Studie durchgeführte ESS ist repräsentativ für alle in Deutschland lebenden Personen ab 16 Jahren, ungeachtet ihrer Nationalität, Staatsbürgerschaft oder Sprache. Nach Abzug von Designeffekten enthält die nach striktem Zufallsverfahren ausgewählte Stichprobe netto mindestens 1.500 Interviews. Darüber hinaus erfolgt die Stichprobenziehung anhand eines zweistufigen Auswahlverfahrens von Gemeinden und den jeweiligen Einwohnermeldeamtsregistern. (vgl. European Social Survey)

Aufgrund der Vielzahl von vorliegenden Variablen bietet es sich an, ein dimensionsreduzierendes Verfahren anzuwenden, um Variablen zusammenzufassen.

Der Begriff der Einstellung – im Sinne der sozialen Einstellung – bildet soziale Gegebenheiten ab. Diese Definition geht auf Thomas und Znaniecki zurück, die davon ausgehen, dass Einstellungen sowohl von individuellen Präferenzen als auch von gesellschaftlichen Werten beeinflusst werden. Die Vielzahl von Einstellungen, die eine Person hat, bildet zusammen die Einstellungsstruktur, welche als sozialer Orientierungsrahmen dient. Nachdem Einstellungen emotional aufgeladen sind, verweisen negative Einstellungen auf Sachverhalte, die tendenziell abgelehnt werden, sowie positive Einstellungen auf Gegebenheiten schließen lassen, die man gern erwartet. In der Einstellung werden Urteile über ein Objekt summiert, die kognitiv, affektiv oder behavioral sein können; also eine Bewertung auf verschiedenen Dimensionen zulassen. Deshalb kann durch eine Einstellung ein komplexer Sachverhalt in einer kurzen Aussage wiedergegeben werden und als Handlungsanweisung benutzt werden. So besteht zwischen Einstellung und Verhalten tendenziell ein positiver Zusammenhang. Bezieht sich die Einstellung auf die eigene Person, spricht man von Selbstbewertung. Einstellungen sind dann Vorurteile, wenn sie den Blickwinkel auf bestimmte Personengruppen verzerren. Die Einstellung gegenüber einzelnen Personen wird als Sympathie oder Antipathie bezeichnet. Neben der Funktion, durch beinhaltenes Wissen Probleme zu lösen, dienen Einstellungen auch der sozialen Anpassung in einer gegebenen kulturellen Umwelt. Außerdem haben Einstellungen eine Wert-Ausdrucksfunktion, da eine Person durch ihre Präferenzen gekennzeichnet wird. (vgl. Bierhoff/Rohmann 2014, S. 87) Alle Einstellungen, die in dieser Arbeit näher erläutert werden, lassen sich auf diese Definition beziehen.

Die Auswahl der Einstellungen erfolgte entlang zweier Muster: Zum Einen wurden all die Variablen bzw. Aussagen aus dem ESS7 ausgewählt, die direkt politische Einstellungen messen. Zu diesen zählen Vertrauen in das nationale politische System, Zufriedenheit mit

der Funktionalität des Staates und Vertrauen in den Rechtsstaat, institutionelles Vertrauen auf internationaler Ebene und politische Partizipation. Diese Faktoren werden eine besondere Rolle bei der Beschreibung der identifizierten Cluster spielen, jedoch nicht als Attribute zur Entdeckung der Ähnlichkeitsstrukturen herangezogen. Zum Anderen wurden Variablen bzw. Aussagen gewählt, die zwar indirekt Einfluss auf die Einstellung gegenüber der Politik haben können, die aber vielmehr Aufschluss darüber geben sollen, zu welchem Hegemonieprojekt oder zu welchen Hegemonieprojekten das jeweilige Cluster zugeordnet werden kann („Clusterbildende Variable“). Diese Auswahl (basierend auf den gebildeten Faktoren) kann eine genauere Differenzierung der Cluster sowie eine nähere Bestimmung dieser ermöglichen. Folgende Einstellungen bzw. Faktoren werden als clusterbildend in die Clusteranalyse miteinbezogen: „Wohlfahrtschavismus“, „Voraussetzungen für die Immigration“, „Altruismus“, „Konservativismus“, „Einstellung gegenüber Immigration“, „Hedonismus“, „soziales Vertrauen“ und „Rassismus“. Die weiteren Faktoren „Vertrauen in die nationale Politik“, „Zufriedenheit mit der Funktionalität des Staates und Vertrauen in den Rechtsstaat“, „institutionelles Vertrauen international“ und „politische Beteiligung“ werden neben der einzelnen Variable „politisches Interesse“ zur Beschreibung der Cluster herangezogen. Diese Faktoren werden später noch konkretisiert.

3.1.1 Faktorenanalyse

Im Folgenden wird das methodische Vorgehen der Faktorenanalyse kurz dargestellt:

Da Strukturen entdeckt und Dimensionen reduziert werden sollen, eignet sich die explorative Faktoranalyse. Es wurden Faktoren berechnet, die mit den gemessenen Variablen möglichst hoch korrelieren und möglichst viel Varianz der Variablen erklären. So können komplexe Phänomene mittels mehrerer Indikatoren erfasst werden. Um die Interpretation zu erleichtern, wurden alle Variablen gleich gepolt. Zudem wurden alle Variablen z-standardisiert und eine Hauptachsenanalyse durchgeführt. Aufgrund eines hohen KMO-Werts (0,92) (siehe Anhang 8.1, KMO- und Bartlett-Test), der auf eine hinreichend starke Beziehung zwischen den Variablen hinweist, eignet sich die Korrelationsmatrix. Nach dem Kaiser-Kriterium lassen sich 12 Faktoren mit einem Eigenwert größer als 1 extrahieren. Aufgrund der Eigenwerte und inhaltlicher Interpretierbarkeit wurden 12 Cluster gebildet. Auch wenn der Eigenwert des 12. Clusters (Rassismus) nur 1,089 beträgt, wird er dennoch gebildet, da sich der Faktor sehr gut interpretieren lässt. Insgesamt erklären die zwölf Faktoren 57,8% der Varianz aller Variablen. (siehe Anhang 8.1, Erklärte Gesamtvarianz) (vgl. Backhaus et al. 2015, S. 385-452)

Nachdem keine starke Überlappung der Faktoren vorliegt, wurde eine orthogonale Rotation angewandt, die es zulässt, die einzelnen Faktoren unabhängig voneinander zu interpretieren (vgl. Tabachnick/Fidell 2014, S. 646). Nachdem alle Faktorladungen einen höheren Betrag als 0,4 aufweisen (siehe Anhang 8.1, rotierte Komponentenmatrix), können auch alle interpretiert werden (vgl. Field 2013, S. 644f.).

3.1.2 Clusteranalyse

Bevor mit der Clusteranalyse begonnen werden kann, werden ungewöhnliche Fälle im Datensatz identifiziert und aus der Analyse ausgeschlossen. Folgende Faktoren werden für die Clusteranalyse ausgewählt: Wohlfahrtschauvinismus, Voraussetzungen für die Immigration, Altruismus, Konservativismus, Einstellung gegenüber Immigration, Hedonismus, soziales Vertrauen und Rassismus. Nachdem mit im Vorfeld analysierten Faktoren gerechnet wird, ist die Vergleichbarkeit bereits gegeben. Die Analyse bezieht sich auf folgende Länder: Deutschland, Österreich, Belgien, Tschechien, Dänemark, Estland, Spanien, Finnland, Frankreich, Vereinigtes Königreich, Ungarn, Irland, Litauen, Niederlande, Polen, Portugal, Schweden und Slowenien. Die Länder Norwegen und Schweiz sind zwar nicht in der EU, werden aber als Vergleichsgrößen trotzdem dargestellt. Obwohl der European Social Survey in mehr als 20 Ländern erhoben wird, liegen die in die Faktorenanalyse miteinbezogenen Variablen nur in diesen genannten Ländern vor, weshalb in dieser Studie nur über einen Großteil der EU-Mitgliedsstaaten eine Aussage getroffen werden kann. So wurde beispielweise im Jahr 2014 nicht in Italien und seit 2010 gar nicht mehr Griechenland erhoben, weshalb diese Länder in der vorliegenden Analyse fehlen. Trotz des Fehlens einiger EU-Staaten in der Analyse wird der Verständlichkeit halber von den europäischen Ländern bzw. von den Ländern der EU gesprochen, auch wenn damit lediglich ein Großteil der EU tatsächlich abgedeckt ist.

Das Ziel der Clusteranalyse ist es, bestimmte Klassifikationsobjekte in homogene Gruppen zusammenzufassen, also eine Typologie dieser zu entdecken. In dieser Analyse werden Personen (deren Einstellungen) die Klassifikationsobjekte sein. Die Homogenität der Cluster gilt als Grundprinzip und setzt voraus, dass sich die Klassifikationsobjekte (Einstellungen) innerhalb eines Clusters ähnlich sind – also Homogenität vorliegt – und sich die Klassifikationsobjekte der unterschiedlichen Cluster voneinander unterscheiden – also Heterogenität vorliegt. (vgl. Bacher 2002, S. 1f.)

Nachdem eine objektorientierte Datenanalyse anhand eines großen Datensatzes durchgeführt wird, eignet sich insbesondere ein K-Means-Clustering-Verfahren, welches zu den deterministischen Verfahren zählt und sich dadurch auszeichnet, dass jedes Klassifikationsobjekt mit einer Wahrscheinlichkeit von 1 oder 0 den Clustern zugeordnet wird. Zudem handelt es sich um ein überlappungsfreies oder auch disjunktives Clusteranalyseverfahren, bei welchem jedes Klassifikationsobjekt nur einem Cluster angehört. Dem K-Means-Verfahren liegt das Prinzip zugrunde, dass Clusterzentren gebildet werden und nicht ein einzelnes Klassifikationsobjekt, sondern ein Clusterzentrum als Repräsentant für dasjenige Cluster angesehen wird. Ein Clusterzentrum ist der Mittelwert eines Clusters anhand der in die Clusterbildung einbezogenen Variablen. Bei diesem Verfahren wird die Streuung zwischen den Clusterzentren maximiert. (vgl. Bacher 2002, S. 141ff) Der Modell-Ansatz des K-Means-Verfahrens besteht darin, die Clusterzentren der einzelnen Cluster so zu berechnen, dass die Streuungsquadratsumme in den Clustern minimal ist. Die Streuungsquadratsumme wird auch als Fehlerstreuung bezeichnet, da es sich um jene Streuung in den Daten handelt, die nicht durch die Cluster erklärt wird. Die minimale Fehlerstreuung innerhalb der Cluster ist gleichzeitig die maximale Fehlerstreuung zwischen den unterschiedlichen Clustern, wodurch sich eine konstante Gesamtfehlerstreuung ergibt. Ziel ist es, die Fehlerstreuung innerhalb der Cluster zu minimieren. Die Clusterbildung erfolgt nach einem partitionierenden Algorithmus. (vgl. Bacher 2002, S. 308f.)

Das K-Means-Verfahren setzt sich aus folgenden Schritten zusammen: Zunächst werden Startwerte für die Clusterzentren berechnet. Im nächsten Schritt werden die Klassifikationsobjekte dem Clusterzentrum zugeordnet, für welches die quadrierte euklidische Distanz minimal ist. Dadurch wird die Fehlerstreuung in den Clustern im Iterationszyklus minimiert. Sobald alle Objekte den Clustern zugeordnet sind, werden die Clusterzentren neu berechnet und es wird geprüft, ob sich die Zuordnung der Objekte verändert hat. Dieses Verfahren wird solange wiederholt, bis sich die Zuordnung nicht mehr ändert. Für diese Analyse wurden ein Maximalwert von 100 Iterationen und ein Konvergenzkriterium von 0,0001 festgelegt. Anhand dieser Werte werden solange Iterationsschritte durchgeführt, bis der Wert der Fehlerstreuung minimal ist. Aus dieser Fehlerstreuung werden Maßzahlen abgeleitet; beide bilden die Basis zur Modellprüfung des Verfahrens. (vgl. Bacher 2002, S. 308-316)

Dieses Vorgehen muss für jede Clusteranzahl separat berechnet werden. In diesem Fall wurden insgesamt neun Clusteranalysen berechnet, um anschließend die 2-Clusterlösung

bis zur 10-Clusterlösung miteinander zu vergleichen und die darunter geeignetste zu identifizieren. Die Statistiksoftware SPSS 24, mit der diese Analyse durchgeführt wurde, bietet zwar das K-Means-Clustering als multivariates Auswertungsverfahren an, weitere Schritte, wie die Bestimmung der Clusterlösung oder die Prüfung der Stabilität dieser Lösung werden manuell in SPSS berechnet.

Die Bestimmung der Clusterzahl erfolgt entlang der Berechnung von drei Modellprüfgrößen: die erklärte Streuung, die proportionale Fehlerverbesserung und der F-MAX-Wert. Alle drei Prüfgrößen sind nötig, um die beste Clusterlösung zu identifizieren. Die Fehlerstreuung dient dabei als Grundlage für die Berechnung dieser Prüfgrößen. Die erklärte Streuung – der ETA^2_K -Wert – ist die prozentuelle Verbesserung gegenüber einer vorausgehenden Clusterlösung. Begonnen wird mit der prozentuellen Verbesserung der 2-Clusterlösung gegenüber dem Nullmodell, dessen Wert die Gesamtstreuungsquadratsumme ist. Also um wie viel Prozent verbessert sich die erklärte Streuung einer Clusterlösung im Vergleich zu der Cluster-Lösung mit einem Cluster weniger bzw. dem Nullmodell. (vgl. Bacher 2002, S. 316f.) Die erklärte Streuung ist zudem von der Anzahl der Clusterlösungen abhängig, da durch jedes weitere Cluster mehr Varianz aufgeklärt wird, wodurch sich der Wert Eins annähert. Es werden jene Clusterlösungen in die engere Auswahl gestellt, bei denen die nachfolgenden Clusterlösungen keine substantiellen ETA-Werte liefern. (vgl. Schendera 2010, S. 124) In der vorliegenden Analyse werden die 3- und 4-Clusterlösung in die nähere Auswahl miteinbezogen, da der ETA-Wert der 2-Clusterlösung bei 0,08 liegt, er sich bei der 3-Cluster-Lösung auf 0,17, bei der 4-Clusterlösung auf 0,23 und bei der 5-Clusterlösung nur noch auf 0,27 erhöht. (siehe Anhang 8.2, ETA-Werte). Das bedeutet, die 3-Clusterlösung erklärt 9% mehr als die 2-Clusterlösung, die 4-Clusterlösung erklärt 6% mehr als 3-Clusterlösung und die 5-Clusterlösung erklärt nur noch 4% mehr als die 4-Clusterlösung. Auch in den höheren Clusterlösungen ergeben sich keine größeren Differenzen.

Die proportionale Fehlerverbesserung – der PRE^2_K -Wert – gibt an, um wie viel Prozent sich die Clusterlösung K_x gegenüber der Clusterlösung K_{x-1} verbessert, was anders ausgedrückt die relative Verbesserung der erklärten Streuung bedeutet. Nachdem für das Nullmodell kein PRE-Wert berechnet werden kann, ist die proportionale Fehlerverbesserung bei der 2-Clusterlösung gleich ihrer erklärten Streuung. (vgl. Bacher 2002, S. 317ff) Ähnlich wie beim ETA-Wert ist beim PRE-Wert die Anzahl der Clusterlösungen ausschlaggebend, da sich die proportionale Fehlerverbesserung der Null annähert und durch jede weitere Clusterzahl kleiner wird. Je höher die PRE-Werte, desto mehr reduziert sich die Fehler-

streuung. Bei der vorliegenden Analyse treten die höchsten PRE-Werte bei der 2-, 3- und 4-Clusterlösung auf. Nachdem die 2-Clusterlösung durch den ETA-Wert bereits ausgeschlossen wurde, kommen nur noch die 3- und die 4-Clusterlösung infrage. Der PRE-Wert der 3-Clusterlösung mit 0,09 ist um 0,01 höher als bei der 4-Clusterlösung (0,08). Also reduziert sich die Fehlerstreuung der 3-Clusterlösung am Übergang zur 2-Clusterlösung um 9%, während sich die Fehlerstreuung der 4-Clusterlösung am Übergang zur 3-Clusterlösung um 8% reduziert. (siehe Anhang 8.2, PRE-Werte)

Bei der erklärten Streuung und der proportionalen Fehlerverbesserung können bei größeren Clusterzahlen zufällig kleinere Fehlerstreuungen entstehen. Deshalb wird die maximale F-Statistik – der F-MAX-Wert – berechnet, da dieser Effekt durch die Berücksichtigung der Freiheitsgrade beseitigt werden kann. Das bedeutet, dass mit der Minimierung der Streuungsquadratsumme innerhalb der Cluster der F-MAX-Wert maximiert wird. Es wird jene Clusterlösung ausgewählt, für die der F-MAX-Wert maximal wird. In dieser Analyse wäre das die 4-Clusterlösung mit dem Wert 2414,79 (siehe Anhang 8.2, FMX-Werte). Tritt der höchste Wert bei der niedrigsten oder höchsten Clusterlösung auf, ist eine erneute Analyse erforderlich. Da dies auf die vorliegende Analyse nicht zutrifft, wird die 4-Clusterlösung als formell beste Lösung ausgewählt. (vgl. Bacher 2002, S. 317ff)

Neben der formellen Bestimmung der Clusteranzahl muss die inhaltliche Interpretierbarkeit gewährleistet sein. Anhand der Zentroiden (siehe Anhang 8.2, Clusterzentren der endgültigen Lösung) lässt sich dies zu allererst sehen. Die Mittelwerte weisen unterschiedliche Vorzeichen auf und unterschiedliche Werte in den verschiedenen Clustern. Eine ausführliche Interpretation und die theoretisch sinnvolle Benennung der Cluster erfolgt in einem späteren Kapitel. (vgl. Schendera 2010, S. 131f.)

In einem weiteren Schritt wird die Stabilität der Clusterlösung überprüft. Wenn die Zuordnung der Fälle zu den Clustern unabhängig von den Startwerten ist, dann liegt die Stabilität in Form der konsistenten Ermittlung der Clusterzugehörigkeit vor. Um dies zu ermitteln, wurde der Datensatz mithilfe einer ID in zwei Teile geteilt und mit einem der Teile nochmals die Clusteranalyse für vier Cluster durchgeführt. Die ursprüngliche Clusterlösung mit SPSS-internen Startwerten wird nun mithilfe einer Kreuztabelle mit der neu gebildeten Clusterlösung für eine bestimmte Anzahl der Fälle verglichen. Mit dem Kappa-Wert kann nun die Übereinstimmung geprüft werden. Nimmt Kappa den Wert eins an, so stimmen die beiden Lösungen komplett überein. Obwohl bereits Werte ab 0,75 auf eine sehr gute Übereinstimmung schließen lassen, kann ab Werten von 0,9 von einer tatsächlich ausge-

zeichneten Übereinstimmung gesprochen werden. Nachdem der Kappa-Wert in dieser Analyse bei 0,901 liegt, besteht also ausgezeichnete Übereinstimmung (siehe Anhang 8.2, Stabilität der Zuordnung der Cluster). Die 4-Clusterlösung ist somit stabil. Nachdem die Validität der Clusterlösung von Zusammenhängen zwischen den Clustern und den Außenkriterien abhängt, wird auch an dieser Stelle auf die ausführliche Beschreibung der Cluster hingewiesen, aus der die Validität hervorgeht. (vgl. Schendera 2010, S. 132ff)

3.2 Operationalisierung der Einstellungen und ihre Ausprägungen in den EU-Staaten

In den folgenden Kapiteln werden die gebildeten Faktoren interpretiert, definiert und die Variablen benannt, die zu den jeweiligen Faktoren zusammengefasst wurden. Im Anhang unter dem Punkt 8.1 befindet sich eine Tabelle, aus der die Faktornamen, Indikatoren bzw. Variablennamen und damit verbundene Fragestellungen hervorgehen. Außerdem folgt zu jedem Faktor eine kurze deskriptive Beschreibung der Einstellungsausprägungen innerhalb der EU und einzelnen Staaten. Das ist sinnvoll, um die anschließend beschriebenen Cluster im Gesamtzusammenhang besser verstehen zu können, bzw. einen Maßstab für die Einordnung zu haben.

3.2.1 Vertrauen in das nationale politische System

Vertrauen ist eine Einstellung gegenüber anderen Subjekten, die von deren wahrgenommener Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit abhängt. Auf der einen Seite reduziert Vertrauen die Unsicherheit gegenüber dem Wahrheitsgehalt einer Aussage; auf der anderen Seite ist Vertrauensvorschuss mit einem Risiko der Enttäuschung verbunden. Nach Luhmann reduziert Vertrauen die Komplexität der sozialen Welt auf ein überschaubares Ausmaß. Als sozial implizite Orientierung richtet es sich auf Personen, Organisationen oder politische Systeme. (vgl. Bierhoff/Rohmann 2014, S. 88)

Im Faktor „Vertrauen in das nationale politische System“ richtet sich die sozial implizite Orientierung an das politische System. Dieser Faktor beinhaltet, inwieweit den BürgerInnen die Möglichkeit zur Partizipation gegeben wird und wie stark die Bevölkerung dem Parlament, den Parteien und einzelnen PolitikerInnen vertraut. Folgende Variablen messen hier das Vertrauen in das nationale politische System:

- In welchem Maße gibt das politische System im Land Menschen wie Ihnen eine Mitsprachemöglichkeit bei dem was die Regierung tut?

- In welchem Maße gibt das politische System im Land Menschen wie Ihnen Einfluss auf die Politik zu nehmen?
- Wie leicht finden Sie es, sich selbst am politischen Geschehen zu beteiligen?
- Wie sehr achten PolitikerInnen darauf, was ihre BürgerInnen denken?
- Wie sehr vertrauen Sie PolitikerInnen persönlich?
- Wie sehr vertrauen Sie politischen Parteien persönlich?
- Wie sehr vertrauen Sie dem Bundestag/Parlament persönlich?

Je höher der Wert dieses Faktors ist, desto mehr Vertrauen hat eine Person in die nationale Politik. Der EU-Durchschnitt liegt ganz knapp über dem Mittelwert, was bedeutet, dass das Vertrauen weder hoch noch gering ist. Im EU-Ländervergleich hatte 2014 die Bevölkerung Sloweniens, Spaniens und Frankreichs das geringste Vertrauen in das nationale politische System. Den politischen Systemen in der Schweiz, Schweden und Norwegen hat man als nationale Bevölkerung am meisten vertraut. Deutschland liegt über dem Mittelwert und dem EU-Durchschnitt. Das bedeutet, die deutsche Bevölkerung hatte potenziell mehr Vertrauen als Misstrauen in das nationale politische System. (siehe Anhang 8.4, Tabelle 1)

3.2.2 Zufriedenheit mit der Funktionalität des Staates und Vertrauen in den Rechtsstaat

Unter Staat ist zunächst als die Gesamtheit der öffentlichen Institutionen zu verstehen, die das Zusammenleben der Menschen in einem Gemeinwesen gewährleisten soll. Der Staatsapparat, welcher sich in unterschiedliche Institutionen differenziert, übt dabei rechtsförmig die Staatsgewalt aus. Aus systemtheoretischer Sicht gilt der Staat als System der Gesellschaft, in dem gesamtgesellschaftlich verbindliche Entscheidungen getroffen werden, welche durch die Verwaltung implementiert und administriert und Konflikte durch das Rechtssystem reguliert werden. Die Aufgaben des Staates können nicht systemtheoretisch abgeleitet werden; sie werden politisch entschieden. Zu den zentralen Staatsaufgaben zählen unter anderem die Gewährleistung innerer und äußerer Sicherheit, der Schutz individueller BürgerInnenrechte, die Gewährleistung der politischen Beteiligung, die Setzung der ökonomischen Rahmenbedingungen für die friedliche Konkurrenz der Wirtschaftssubjekte, Wettbewerbsgarantie, die Schaffung der sozialen Voraussetzungen individueller Freiheit sowie die Erhaltung natürlicher Lebensgrundlagen. Durch einen stetigen Funktionszuwachs drohen Überforderung, Unregierbarkeit, Staatsversagen oder Machtverlust. (vgl. Schultze 2010(2), S. 1012f.)

Sowohl Bildungssystem, Gesundheitssystem als auch die Wirtschaft unterliegen staatlichen Funktionen und werden durch die Regierung festgelegt. Die Justiz wendet die staatlichen Richtlinien an, während die Polizei diese ausführt. Der Faktor „Zufriedenheit mit der Funktionalität des Staates und Vertrauen in den Rechtsstaat“ beinhaltet Fragen, die die Zufriedenheit mit einzelnen Punkten der Legislative, aber auch das Vertrauen in Judikative und Exekutive abfragen. Des Weiteren zählt die allgemeine Zufriedenheit mit der Regierung und die Zufriedenheit mit der Ausgestaltung demokratischer Teilhabe zu diesem Faktor. Hier sind folgende Fragen, die den Faktor messen, aufgelistet:

- Wie zufrieden sind Sie mit dem heutigen Zustand des Bildungssystems?
- Wie zufrieden sind sie mit dem Zustand des Gesundheitssystems?
- Wie zufrieden sind Sie mit der Wirtschaft in diesem Land?
- Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer Regierung?
- Wie zufrieden sind Sie mit der Art und Weise, wie Demokratie in ihrem Land funktioniert?
- Wie sehr vertrauen Sie der Justiz persönlich?
- Wie sehr vertrauen Sie der Polizei persönlich?

Je höher der Wert dieses Faktors ist, desto zufriedener ist eine Person mit der Funktionalität des Staates und desto größeres Vertrauen hat diese Person in den Rechtsstaat. Im EU-Durchschnitt liegen die Werte leicht über dem Mittelwert. Slowenien ist nicht nur das Land, mit dem geringsten Vertrauen ins nationale politische System, sondern auch das Land, in dem man am wenigsten mit der Funktionalität des Staates zufrieden ist und das das geringste Maß an Vertrauen in den Rechtsstaat vorweisen kann. Aber auch in Polen, Ungarn, Spanien und Portugal liegen die Durchschnittswerte sehr niedrig. Im Gegensatz dazu sind die Werte in Norwegen und der Schweiz besonders hoch, die beide nicht zur EU gehören. Bei Weitem nicht so hoch sind die Werte in Deutschland, aber dennoch deutlich über dem EU-Durchschnitt. (siehe Anhang 8.4, Tabelle 1)

3.2.3 Wohlfahrtschauvinismus

Schon seit den 1970er Jahren erfährt Europa aufgrund von Migration in einigen Ländern eine starke Akkumulation des Wohlfahrtschauvinismus (vgl. Rydgren 2006). Dies hängt zudem mit den massiven Veränderungen der sozialstaatlichen Sicherungssysteme in den westeuropäischen Ländern zusammen (vgl. Hentges/Flecker 2006, S. 140).

Der Wohlfahrtschauvinismus entsprang dabei der neuen Rechten skandinavischer Länder, die zunächst gegen die wuchernde Bürokratie und die hohe Steuerbelastung mobilisierten, indem sie sich auf Themen der sozioökonomischen Konfliktlinie bezogen. Kurz darauf wurde der soziokulturelle Konflikt angeschlossen, der mit dem Thema der Migration bis heute als zentrale Leitlinie dieser Idee gilt. (vgl. Rydgren 2006, S. 165) Durch eine konstante Abnahme des Interesses an Wohlfahrt der SozialdemokratInnenen, wurde dieses Thema zunehmend von Randparteien aufgegriffen, welche durch sinkendes Vertrauen in politische Institutionen immer mehr Zuspruch fanden. Medien und Rechtspopulisten „ethnisierten“ politische Probleme in diesem Zusammenhang, indem Migration als Auslöser dieser Probleme propagiert wurde. (vgl. Rydgren 2006, S. 168-172)

Aus diesem Grund bezieht sich der Wohlfahrtschauvinismus auf einen ausgebauten Wohlfahrtsstaat, von dem lediglich ein Teil der Bevölkerung profitieren soll. Durch die Miteinbeziehung fremdenfeindlicher Tendenzen, steht der Wohlfahrtschauvinismus im Zentrum des öffentlich rechten Diskurses und stellt die wichtigste Schnittstelle zum Alltagsdenken der Bevölkerung dar (vgl. Brodkorb 2003, S. 84). Dieser ist bestimmt durch eine Inkorporation der „Abgrenzung von angeblich untätigen Leistungsempfängern, also Flüchtlingen, Sozialhilfeempfängern, Behinderten und Kranken, findet sich dabei bis in die höchsten Hierarchieebenen der Beschäftigten (...) und ist auch in gewerkschaftlichen Kreisen verbreitet.“ (Kaindl 2006, S. 72)

Wenn eine Person davon ausgeht, dass durch Zuwanderung der einheimischen Bevölkerung die Arbeitsplätze strittig gemacht werden, dass Zugewanderte mehr von Sozialleistungen profitieren als sie Steuern einzahlen, dass Zuwanderung ein Land zu einem schlechteren Ort macht und dass durch Zugewanderte die Kriminalitätsrate steigt, dann kann man davon sprechen, dass diese Person eine wohlfahrtschauvinistische Einstellung vertritt. Deshalb lassen sich folgende Fragen zu einem Faktor zusammenfügen und messen, wie stark eine Person wohlfahrtschauvinistisch eingestellt ist:

- Würden Sie sagen, dass Zuwanderer, die ins Land kommen, generell den ArbeiterInnen die Jobs wegnehmen, oder dass sie dazu beitragen, neue Jobs zu schaffen?
- Die meisten Zuwanderer, die ins Land kommen, arbeiten und zahlen Steuern. Sie nehmen auch Kranken- und Sozialleistungen in Anspruch. Im Ganzen betrachtet, glauben Sie, dass Zuwanderer, die ins Land gekommen sind, mehr herausholen als sie einzahlen, oder mehr einzahlen als sie herausholen?

- Wird das Land durch Zuwanderer zu einem schlechteren oder besseren Ort zum Leben?
- Nehmen durch Zuwanderer die Probleme mit der Kriminalität im Land zu oder nehmen sie ab?

Je niedriger der Wert dieses Faktors ist, umso weniger wohlfahrtschauvinistisch ist eine Person eingestellt. Allgemein ist der Wohlfahrtschauvinismus in der EU weder stark noch schwach ausgeprägt. Im EU-Vergleich ist der Wohlfahrtschauvinismus am häufigsten in Ungarn, Tschechien und Österreich zu finden. In den Ländern Polen, Estland und Litauen wird Wohlfahrtschauvinismus am wenigsten vertreten. Deutschland liegt leicht über dem EU-Durchschnitt. (siehe Anhang 8.4, Tabelle 1)

3.2.4 Voraussetzungen für die Immigration

Der Begriff der Migration wird interdisziplinär unterschiedlich definiert, weshalb es keine einheitliche Begriffsklärung gibt. Nach Oswald sind für eine soziologische Begriffsumschreibung drei Dimensionen konstitutiv: Ortswechsel, Veränderung des sozialen Beziehungsgeflechts und Grenzerfahrungen. Migration kann als ein Prozess der räumlichen Versetzung des Lebensmittelpunkts und damit verbunden zumindest einiger Lebensbereiche an einen anderen Ort verstanden werden, der mit der Erfahrung sozialer, politischer und kultureller Grenzziehungen einher gehen kann. Zu den Bereichen und konstitutiven Elementen eines Lebensmittelpunkts zählen Wohnung, Familie, Arbeit und Einkommen, das soziale Netz sowie kulturelle und politische Orientierungen. (vgl. Oswald 2007, S. 13f.) Dementsprechend meint Immigration das Einwandern einer Person in ein Land.

Jeder einzelne Staat kann darüber entscheiden, welche Voraussetzungen ein Mensch erfüllen muss, um in ein Land zu immigrieren.

Der Faktor „Voraussetzungen für die Immigration“ misst, inwieweit bestimmte Voraussetzungen gegeben sein müssen, um in ein Land immigrieren zu können. Je höher der Wert dieses Faktors, umso weniger Bedingungen setzt eine Person für die Immigration voraus. So kann die Voraussetzung für die Immigration eine gute Bildung und Qualifikation, das Sprechen der offiziellen Landessprache, benötigte berufliche Fähigkeiten oder das Annehmen der nationalen Lebensgewohnheiten sein.

Dieser Faktor setzt sich aus folgenden Aussagen zusammen:

- Voraussetzung für die Immigration sollte sein, gute Bildung und Qualifikation zu haben.
- Voraussetzung für die Immigration sollte sein, die offizielle Landessprache sprechen zu können.
- Voraussetzung für die Immigration sollte sein, berufliche Fähigkeiten zu besitzen, die das Land braucht.
- Voraussetzung für die Immigration sollte sein, die Lebensgewohnheiten des Landes anzunehmen.

Je höher die Werte dieses Faktors bei einer Person sind, umso geringere Voraussetzungen knüpft diese Person an die Immigration. Während sich die Bevölkerung des Vereinigten Königreichs die längste Liste mit Voraussetzung für die Immigration wünscht, knüpfen die Schweden die mit Abstand wenigsten Bedingungen an die Immigration, gefolgt von Norwegen und Dänemark. Auch in Österreich, Litauen und Deutschland spricht sich die Bevölkerung für überdurchschnittlich strenge Regeln aus. (siehe Anhang 8.4, Tabelle 1)

3.2.5 Institutionelles Vertrauen international

Der Begriff der Institution ist gerade in der Soziologie sehr breit gefasst, bzw. können Institutionen je nach theoretischem Hintergrund und Definition ganz unterschiedliche Formen annehmen. Allgemein kann eine Institution als eine Einrichtung verstanden werden, die soziales Handeln bezogen auf gesellschaftliche Relevanz dauerhaft strukturiert, normativ regelt und über Sinn und Wertbezüge legitimiert. Aufgrund ihrer strukturellen und funktionellen Beschaffenheit nimmt die Institution in der systemtheoretischen Definition eine Schlüsselrolle ein. Die Relevanz von Institution bezieht sich in diesem Fall auf die innere und äußere Ordnung durch Politik und Recht. Eine Institution kann als ein mehr oder weniger formulierter und formalisierter Komplex sozialer Normen verstanden werden, der Aktivitäten steuert und Verhalten stabilisiert. (vgl. Pieper 2000, S. 295ff)

Gemäß dieser Definition sind auch das EU Parlament und die Vereinten Nationen politische Institutionen. Der Faktor „Institutionelles Vertrauen international“ setzt sich aus folgenden Variablen zusammen:

- Wie sehr vertrauen Sie dem EU Parlament persönlich?
- Sollte die Europäische Einigung weiter gehen oder ist sie schon zu weit gegangen?
- Wie sehr vertrauen sie den Vereinten Nationen (UN) persönlich?

Nachdem alle drei Variablen etwas gemeinsames messen, hängt das Vertrauen ins EU Parlament und in die Vereinten Nationen offensichtlich damit zusammen, inwieweit eine Person zur Europäischen Einigung steht. So wird eine weitere Europäische Einigung eher von Personen befürwortet, die Vertrauen in EU Parlament und Vereinte Nationen hat.

Hohe Werte dieses Faktors lassen darauf schließen, dass eine Person viel Vertrauen in internationale Institutionen hat; niedrige Werte stehen für geringeres Vertrauen in internationale Institutionen. Dieser Faktor ist im EU-Vergleich besonders interessant: Während das Vertrauen in internationale Institutionen nirgends so hoch ist wie in Ungarn, mit leichtem Abstand gefolgt von Litauen und Spanien, vertraut man den internationalen Institutionen im Vereinten Königreich am wenigsten. Auch in der Schweiz ist das Vertrauen recht gering, was sicherlich auch damit zusammenhängt, dass die Schweiz kein Mitglied der EU ist. Aber auch in Österreich und Deutschland ist das Vertrauen unterdurchschnittlich ausgeprägt. (siehe Anhang 8.4, Tabelle 1)

3.2.6 Altruismus

Den Begriff Altruismus hat Comte mit der Bezeichnung für Selbstlosigkeit im Handeln und Denken eingeführt, um eine Moral der Zukunft zu etablieren. Demnach richtet sich altruistisches Verhalten vorrangig auf die Wohlfahrt und das Glück anderer, indem die eigenen Bedürfnisse und Wünsche zugunsten dieser zurückgestellt werden. (vgl. Klima 2011, S. 29) Welzel beschreibt Altruismus als die Fähigkeit, Solidarität mit Menschen in bedürftiger Lage aufzubauen. Dabei hat die Solidarität keinen vordefinierten Anwendungsbereich, wodurch Menschen nicht aufgrund bestimmter Herkunftsmerkmale ausgeschlossen werden. (Welzel 2009, vgl. 128) Auch der Naturschutz ist nach dem Wertekonzept von Schwartz mit dem Altruismus vereinbar. (Welzel 2009, vgl. 115)

Zur Operationalisierung des Begriffs Altruismus wurden folgende Aussagen herangezogen:

- Für ihn/sie ist es wichtig, dass jeder Mensch auf dieser Welt gleichbehandelt wird. Er/Sie glaubt, dass jeder Mensch die gleichen Chancen im Leben haben sollte.
- Es ist ihm/ihr wichtig, Leuten zuzuhören, die von ihm/ihr verschieden sind. Auch wenn er/sie mit ihnen nicht übereinstimmt, möchte er/sie sie trotzdem verstehen.
- Es ist ihm/ihr wichtig, den Menschen in seiner/ihrer Umgebung zu helfen. Er/sie will für deren Wohl sorgen.
- Er/Sie ist überzeugt, dass sich die Menschen um ihre Umwelt kümmern sollen. Umweltschutz ist ihm/ihr wichtig.

- Es ist ihm/ihr wichtig, ihren FreundInnenen gegenüber loyal zu sein. Er/sie will sich für Menschen einsetzen, die ihm/ihr nahe stehen.

Je höhere Werte eine Person bei diesem Faktor hat, umso altruistischer ist diese Person eingestellt. Im EU-Vergleich fällt auf, dass der Altruismus in Litauen besonders gering ausgeprägt ist. Im Gegensatz dazu trifft man in Spanien und Deutschland am häufigsten auf altruistische Menschen. (siehe Anhang 8.4, Tabelle 1)

3.2.7 Konservativismus

Der Begriff des Konservativismus wird nicht nur zur Kennzeichnung psychologischer Verhaltens- und Reaktionsweisen – im Sinne einer Neigung zum Festhalten an Althergebrachtem und Gewohntem – sondern auch zur Benennung gesellschaftspolitischer Ideen genutzt, die sich je nach Zeit und Umstand auf ganz unterschiedlich zusammengesetzte Systeme beziehen lassen. Allerdings liegen alltagsprachliche und ideenpolitische Verwendung gar nicht so weit auseinander, da sich der politische Konservativismus eher darauf bezieht, auf vorherrschende Tendenzen zu reagieren und weniger ein zusammenhängendes System von Ideen zur Konstruktion gesellschaftlicher und politischer Ordnungen zu repräsentieren. In seiner formalen Definition als Reaktion auf Veränderungen, die von den Reagierenden als bedrohlich empfunden werden, kann der Begriff allgemein als eine Denkrichtung angesehen werden, welche dann zum Tragen kommt, wenn sich eine Fortschrittsideologie mit der Vorstellung von rationaler Planbarkeit und Steuerbarkeit der Verhältnisse verbindet. Allerdings wird die ideologiekritische Infragestellung von erkennbarem und lenkbarem Fortschritt mit historischen Legitimitätsquellen kombiniert, die unterschiedliche Arten des Konservativismus charakterisieren., (vgl. Zöllner 2014, S240f.)

Im Rahmen dieser Arbeit wird Konservativismus als Gegenreaktion auf Strömungen in Politik, Gesellschaft und Kultur verstanden, mit dem Ziel, das Bestehende zu bewahren. Neben politischen Gehalten und Verhaltensweisen kann der Konservativismus aber auch Zusammengehörigkeit allgemein weltanschaulicher und gefühlsmäßiger Art beinhalten, so Mannheim, weshalb er in Verbindung mit dem Traditionalismus steht. Allerdings tritt der Konservativismus nicht als seelische Haltung auf, sondern gilt als selbstreflexiv und ist demnach theoretischer Natur, wie etwa der Traditionalismus. Passend dazu unterscheidet Hirschmann (1992) drei typische Argumentationsthemen konservativer Rhetorik: In der Sinnverkehrungsthese wird davor gewarnt, dass eine Entscheidung zum genauen Gegenteil des Beabsichtigten führen kann. Die Vergeblichkeitsthese geht noch tiefer, indem sie be-

sagt, dass tiefe Strukturen der Gesellschaft sowieso unberührt von jeglicher Veränderung bleiben. Obwohl die Gefährdungsthese auf einen möglichen Zugewinn hinweist, wird davon ausgegangen, dass die Verluste ungleich schwerer wiegen als jedweder Zugewinn. (vgl. Guttandin 2011, 365f.)

Beide soziologische Bedeutungen der Tradition kommen hier zum Tragen: Zum Einen Tradition als sozialer Prozess, welcher innerhalb der Sozialisation bisher übliche Verhaltensmuster, Werte, Normen und Ähnliches überliefert; zum Anderen als sozialer Katalysator der überlieferten Inhalte. Tradition als sozialer Katalysator steuert das Verhalten der Menschen nach vorhandenen Orientierungen und wird damit zum Gegenteil von Innovation. Die traditionale Grundhaltung kann sowohl funktional als auch dysfunktional, ebenso wie rational aber auch irrational sein. Wird Tradition zu prinzipiell, kann sie Hindernis für Entwicklung und Wandel bedeuten und wird zum Konservatismus. (vgl. Endruweit 2011, S. 566)

Um den Begriff des Konservatismus zu operationalisieren wurden folgende Aussagen herangezogen, denen die Befragten in unterschiedlicher Abstufung zustimmen mussten:

- Er/Sie glaubt, dass Leute das machen sollten, was man ihnen sagt. Er/Sie meint, dass Leute sich immer und überall an Regeln halten sollten, selbst wenn es niemand sieht.
- Es ist ihm/ihr wichtig, sich jederzeit korrekt zu verhalten. Er/sie vermeidet es, Dinge zu tun, die andere Leute für falsch halten könnten.
- Traditionen sind ihm/ihr wichtig. Er/Sie möchte jene Sitten und Gebräuche befolgen, die ihm/ihr durch Religion oder die Familie überliefert wurden.
- Es ist ihm/ihr wichtig, dass der Staat seine/ihre Sicherheit gegen alle Bedrohungen wahrt. Er/Sie möchte einen starken Staat, der seine Bürger verteidigen kann.
- Es ist ihm/ihr wichtig, in einem sicheren Umfeld zu leben. Er/sie vermeidet alles, was seine/ihre Sicherheit gefährden könnte.
- Eine christliche Herkunft ist Voraussetzung für die Immigration.

Obwohl die letzte Frage nur einen Teil des Konservatismus ausmacht, sei dazu gesagt, dass der Wert dieser Variable selbstverständlich in Ländern, in denen der Anteil christlicher Herkunft geringer ist, demnach auch geringer ausfallen wird. So sind beispielsweise in Polen über 90% ChristInnen, in Deutschland aber nur knapp über 70% (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2011).

Je niedriger die Werte dieses Faktors, umso konservativer kann eine Person eingestuft werden. Im direkten Vergleich der EU-Staaten ist die Bevölkerung Finnlands, Ungarns und Tschechiens am konservativsten. In Schweden und Deutschland, aber auch in Norwegen und Spanien sind die Menschen am wenigsten konservativ eingestellt. (siehe Anhang 8.4, Tabelle 1)

3.2.8 Einstellung gegenüber Immigration

Während der Faktor „Voraussetzungen für die Immigration“ misst, ob eine Person viele oder wenige Voraussetzungen an die Möglichkeit der Immigration knüpft, misst der Faktor „Einstellung gegenüber Immigration“ wie vielen Personen mit bestimmten Merkmalen es ermöglicht werden sollte, zu immigrieren. Dabei werden Personen derselben oder einer anderen Volksgruppe oder ethnischen Gruppe abgetestet sowie die Meinung bezüglich der wirtschaftlichen Auswirkungen durch Immigration miteinbezogen. Folgende Fragen lassen sich zu diesem Faktor zusammenfassen:

- Wie vielen Menschen, die derselben Volksgruppe oder ethnischen Gruppe wie die meisten Menschen im Land angehören, sollte das Land erlauben, sich hier niederzulassen?
- Wie vielen Menschen, die einer anderen Volksgruppe oder ethnischen Gruppe als die meisten Menschen im Land angehören, sollte das Land erlauben, sich hier niederzulassen?
- Wie ist das mit Zuwanderern, die aus ärmeren Ländern außerhalb Europas stammen? Würden Sie sagen, dass es generell schlecht oder gut für die Wirtschaft ist, dass Zuwanderer ins Land kommen, um hier zu leben?

Ein hoher Wert dieses Faktors bedeutet eine positive Einstellung gegenüber Immigration, während ein niedriger Wert auf eine negative Einstellung bezüglich Immigration hindeutet. Im EU-Vergleich haben Polen, Ungarn, Slowenien und Litauen die negativste Einstellung gegenüber der Immigration. Im deutlichsten Gegensatz dazu steht Frankreich. Aber auch in Deutschland ist man zur Immigration eine eher positive Einstellung. (siehe Anhang 8.4, Tabelle 1)

3.2.9 Hedonismus

Unter Hedonismus ist eine philosophische Anschauung zu verstehen, die eine Handlung oder Verhaltensweise als erstrebenswert ansieht, der individueller Lustgewinn als Motiv oder Zweck vorausgeht. Lust wird in diesem Zusammenhang als Freisein von Leid oder in

der Nichtbewirkung von Leid definiert. (vgl. Wienold/Ramstedt 2011, S. 275) Als HedonistIn könnte man also eine Person beschreiben, deren Handlungen sich primär an der Leidvermeidung orientieren. Folgende Aussagen geben Aufschluss darüber, wie hedonistisch eine Person eingestellt ist:

- Es ist ihm/ihr wichtig, neue Ideen zu entwickeln und kreativ zu sein. Er/Sie unternimmt alles gerne auf seine /ihre eigene Art und Weise.
- Er/Sie mag Überraschungen und hält immer Ausschau nach neuen Aktivitäten. Er/Sie denkt, dass im Leben Abwechslung wichtig ist.
- Er/Sie lässt keine Gelegenheit aus, Spaß zu haben. Es ist ihm/ihr wichtig, Dinge zu tun, die ihm/ihr Vergnügen bereiten.
- Er/Sie ist auf Abenteuer aus und nimmt dafür Risiken auf sich. Er/Sie möchte ein aufregendes Leben führen.
- Es ist ihm/ihr wichtig, Spaß zu haben. Er/sie gönnt sich gerne etwas.

Die letzten drei Aussagen zielen demnach genau auf diesen Lustgewinn ab. Die erste Aussage lässt sich eher einem Individualismus zuordnen, der sich darauf bezieht, dass zum Lustgewinn die eigenen Bedürfnisse gegen jene von anderen durchgesetzt werden, indem bevorzugt wird, wie man etwas selbst tut bzw. unternimmt. Allerdings kann der Individualismus als Einzelitem im Wertkomplex des Hedonismus verankert werden (vgl. Pöge 2017, S. 56). Auch wenn die zweite Aussage nicht direkt mit dem Lustgewinn zusammenhängt, scheint der Wunsch nach Abwechslung oder etwas Neuem das Gleiche zu messen.

Während ein niedriger Wert des Faktors darauf hindeutet, dass eine Person hedonistisch eingestellt ist, sind Personen mit hohen Werten nicht als hedonistisch einzustufen. Im EU-Vergleich sind unter allen gebildeten Faktoren beim Hedonismus die geringsten Unterschiede zwischen den Ländern zu verzeichnen. Dabei sind Estland, UK, Polen und Norwegen eher weniger hedonistisch eingestellt. Am stärksten hedonistisch sind die SlowenInnen und UngarInnen eingestellt. Im Vergleich dazu sind die Deutschen unterdurchschnittlich hedonistisch eingestellt. (siehe Anhang 8.4, Tabelle 1)

3.2.10 Soziales Vertrauen

Soziales Vertrauen wird in unterschiedlichen Forschungsansätzen, wie beispielsweise dem Civic Culture-Ansatz, dem Political Support-Ansatz oder dem Sozialkapitalansatz, als situationsunabhängig und langfristig stabile und generelle Einstellung definiert (vgl. Frings 2010, S. 60). Dieses gilt neben sozialen Netzwerken und sozialen Normen und Wertorientierung

gen als zentrale Komponente des Sozialkapitals und findet regen Anklang in der Politischen Kulturforschung (vgl. Frings 2010, S. 51).

Unter sozialem Vertrauen wird eine Orientierung verstanden, die Menschen anderen Menschen entgegenbringen, gleich dem interpersonalen Vertrauen. Nachdem soziales Vertrauen aus soziologischer Sicht eher als Oberkategorie von Vertrauen in Personen und Institutionen verstanden wird, hilft hier die enger gefasste politikwissenschaftliche Definition weiter, die sich nur auf interpersonales Vertrauen bezieht. Trotz dieser Differenzierung gilt das interpersonale Vertrauen als grundlegende Form aller denkbaren Vertrauensbeziehungen, weshalb ihm positive Effekte auf das gesellschaftliche Zusammenleben und die Funktionsweise von Politik und Wirtschaft zugeschrieben werden. Außerdem gilt Vertrauen auf gesellschaftlicher Ebene als maßgeblich für die Lösung von wahrgenommenen sozialen Integrationsproblemen. (vgl. Frings 2010, S. 13f.) Auch wenn ein direkter Bezug zwischen sozialem Vertrauen und politischen Objekten bislang fehlt, werden ihm immer wieder Effekte auf die Stabilität und Leistungsfähigkeit von Demokratien unterstellt. So kann soziales Vertrauen nicht nur als Komponente der politischen Gemeinschaft, sondern auch als allgemeine soziokulturelle Grundlage stabiler Demokratien interpretiert werden. Indem Sozialisationserfahrungen verinnerlicht und in Hinblick auf andere Menschen verallgemeinert werden, bedingt soziales Vertrauen auch kooperatives Handeln, da Kooperationsbereitschaft maßgeblich durch Vertrauen beeinflusst wird. (vgl. Frings 2010, S. 60)

Um soziales Vertrauen messen zu können, wurde der Begriff anhand folgender drei Fragen operationalisiert:

- Würden Sie ganz generell sagen, dass man den meisten Menschen vertrauen kann oder dass man im Umgang mit den Menschen nicht vorsichtig genug sein kann?
- Glauben Sie, dass die meisten Menschen versuchen, Sie auszunutzen, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten, oder würden sie sich Ihnen gegenüber fair verhalten?
- Würden Sie sagen, dass die meisten Menschen im Großen und Ganzen versuchen, hilfsbereit zu sein, oder sind sie meistens nur auf den eigenen Vorteil bedacht?

Hohe Werte bei diesem Faktor lassen auf ein ausgeprägtes soziales Vertrauen schließen, während niedrige Werte ein weniger ausgeprägtes soziales Vertrauen bedeuten. Am wenigsten stark ausgeprägt ist soziales Vertrauen unter der Bevölkerung Polens, Portugals und Tschechiens. Auch in Deutschland verfügen die Menschen eher über weniger soziales Ver-

trauen und liegen damit unter dem EU-Durchschnitt. Verhältnismäßig hoch ist das soziale Vertrauen in Dänemark und Finnland. (siehe Anhang 8.4, Tabelle 1)

3.2.11 Politische Partizipation

Unter politischer Partizipation werden zunächst jene freiwilligen Tätigkeiten von BürgerInnen summiert, die das Ziel haben, politische Entscheidungen zu beeinflussen. Dabei kann dies ganz unterschiedliche Formen annehmen, die aus unterschiedlichen Blickwinkeln argumentiert werden. Politisches Interesse und das Mitverfolgen in den Medien gilt allerdings noch nicht als politische Partizipation, weil diesen die aktive Einflussnahme auf politische Entscheidungen fehlt. Demokratische Entscheidungsfindung ist angewiesen auf Partizipation der BürgerInnen, die diese gleichzeitig als Entwicklungs- und Selbstverwirklichungsmöglichkeit nutzen können. Obwohl seit Jahrzehnten über das Ausmaß politischer Beteiligung diskutiert wird und der angebliche Rückgang im medialen Diskurs immer wieder aufgerollt wird, hat sich das Repertoire an politischen Partizipationsmöglichkeiten stark erweitert. Während sich konventionelle Formen der Partizipation meist auf Wahlen und Parteien beziehen, hat sich die unkonventionelle politische Partizipation eigentlich auf alle gesellschaftlichen Bereiche ausgebreitet. Diese wird beispielsweise sichtbar in Form von Protestaktionen, BürgerInneninitiativen oder sozialen Bewegungen. Nachdem fast jede menschliche Aktion irgendwann als politische Partizipation angesehen werden kann, ist die Abgrenzung des Konzepts durchaus problematisch. (vgl. van Deth 2009, S. 141f.)

Politische Partizipation im Sinne demokratischer Beteiligung ist im antiken Griechenland entstanden und schon damals war klar, welche Bedeutung die politische Partizipation für die Demokratie hat, egal, ob sich diese aufgrund von intrinsischen Werten und dem Streben nach Wohlbefinden oder aber in der Artikulation und Verteidigung von Ansichten und Interessen in einem Entscheidungsprozess begründen lässt. Politische Beteiligung wird aber auch als integraler Bestandteil des sozialen Lebens verstanden, da die Partizipation über die Sphäre der Politik hinausgehen kann. Nachdem der instrumentelle Partizipationsbegriff lediglich auf den Versuch zur politischen Einflussnahme und Entscheidungsfindung der BürgerInnen abzielt und somit die Tätigkeiten als PolitikerIn ausschließt, ist dieser zu eng gefasst für die vorliegende Analyse, da auch die Mitarbeit in einer politischen Partei oder Gruppierung ein Indikator für diesen Faktor ist und nicht auszuschließen ist, dass sich diese Mitarbeit auf einen Posten als PolitikerIn bezieht. Der Partizipationsbegriff von Teorell eignet sich schon besser, da dieser entlang dreier Zwecke gebildet wird: Beeinflussung, Mitsprache sowie Einfluss- und Willensbildung. (vgl. van Deth 2009, S. 142ff)

Alle Beteiligungsformen, die den Faktor „politische Partizipation“ bilden, lassen sich diesen drei Zwecken zuordnen und sind hier aufgelistet:

- Haben Sie im letzten Jahr Kontakt zu einem Politiker oder einer Amtsperson auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene aufgenommen?
- Haben Sie im letzten Jahr in einer politischen Partei oder Gruppierung mitgearbeitet?
- Haben Sie im letzten Jahr ein Abzeichen oder einen Aufkleber einer politischen Kampagne getragen oder irgendwo befestigt?
- Haben Sie sich im letzten Jahr an einer Unterschriftensammlung beteiligt?
- Haben Sie im letzten Jahr an einer genehmigten öffentlichen Demonstration teilgenommen?

Das Wählen als BürgerInnenrecht zählt zweifelsohne ebenfalls zur politischen Partizipation, wie aus den theoretischen Vorüberlegungen hervorgeht. Allerdings scheint die Variable mit der Frage, ob man an der letzten nationalen Wahl teilgenommen hat, nicht das Gleiche zu messen, wie die weiteren fünf genannten Fragen bzw. Variablen, die zusammen den Faktor politische Partizipation bilden, da diese Variable nicht auf den genannten Faktor lädt.

Je niedriger der Wert dieses Faktors ist, desto höher ist die politische Beteiligung einer Person. Ähnlich wie beim Hedonismus sind die Unterschiede zwischen den EU-Ländern bei der politischen Partizipation eher geringer. Dennoch ist die politische Beteiligung in Norwegen und Spanien am größten. Ungarn, aber auch Slowenien, Estland und Polen beteiligen sich im EU-Verhältnis am wenigsten an der Politik. Auch in Deutschland ist die politische Partizipation leicht unterdurchschnittlich ausgeprägt. (siehe Anhang 8.4, Tabelle 1)

3.2.12 Rassismus

Wenn heute von modernem Rassismus gesprochen wird, ist in den meisten Fällen der kulturelle Rassismus gemeint, da ein biologisch verankertes Rassenverständnis in Hinblick auf den Menschen hoch umstritten ist und dessen empirische Grundlage von den meisten WissenschaftlerInnen bezweifelt wird. Hund spricht allerdings vom „Beharrungsvermögen des Rassenkonzepts“ (Hund 2005, S. 158), um deutlich zu machen, dass selbst der biologische Rassismus sowohl in alten als auch neuen Formen fortbesteht. So ziehen sich verschiedene Dimensionen als auch komplexe Strukturen durch den Begriff des Rassismus. Gerade wenn es um den Umgang mit Rassismus geht, wird verstärkt nach einer differen-

zierten Analyse unterschiedlicher Formen des Rassismus verlangt. (vg. Hund 2005, S. 158ff)

Allerdings geht die Geschichte des Rassismus nicht nur auf die Begriffsdefinition von Rasse zurück. Selbst Aristoteles Argumentation in der Antike folgt einem rassistischen Muster, da dieser gesellschaftliche Unterschiede naturbedingt rechtfertigt. So wären Menschen ohne Vernunft lediglich Sklaven der Natur. Nach der kritischen Rassismusforschung sind Rassen kein Produkt der Natur, sondern gesellschaftliche Konstruktionen, die auf der Legitimation sozialer Ungleichheit aufbauen. Dennoch entwickelte sich die Rasse zu einer naturwissenschaftlichen Ordnungskategorie, die zwischen Äußerlichkeiten und Fähigkeiten unterschied. Diese Andersartigkeiten sind nicht Voraussetzung, sondern Resultat der rassistischen Diskriminierung, welche laut Hund auf Entmenschlichung beruht und als soziales Verhältnis zu sehen ist, welches sich aus der Ablehnung von Unterschieden ergibt. Rassismus als psychische Abwehrreaktion, Vorurteil, Ideologie oder politisches Legitimationsinstrument wären demnach nur einzelne Perspektiven dieses sozialen Verhältnisses. Rassistische Desozialisierung besteht nach Hund aus der Aufhebung der Anerkennung von Differenz, wodurch die Ausgliederung aus dem Bereich des Sozialen begründet wird. (vgl. Hund 2005, S. 160ff)

Die Funktion des Rassismus besteht nicht in der Abwehr von Fremden, sondern in der Hervorbringung dieser, indem Gemeinschaft durch Ausgrenzung begründet und als logische Folge angesehen wird. Verbunden mit dem Glauben an nationale Identität wird die Vorstellung von äußerer Gefährdung bedingungslos angenommen. Die Grenzen rassistischer Vergesellschaftung sind flexibel und umkämpft, da der Rassismus immer auch soziales Handeln ist, welches die stetige Anpassung und Modifizierung rassistischer Argumente beinhaltet. Dieser stetige Prozess macht nochmals deutlich, dass es sich hier um ein umkämpftes Verhältnis handelt und nicht um naturgegebene Unabänderlichkeiten. (vgl. Hund 2005, S. 164ff)

Der Faktor Rassismus setzt sich in dieser Arbeit aus folgenden Aussagen zusammen und wurde nach diesen operationalisiert:

- Glauben Sie, dass gewisse Volksgruppen oder ethnische Gruppen von Natur aus weniger intelligent sind als andere?
- Glauben Sie, dass gewisse Volksgruppen oder ethnische Gruppen von Natur aus fleißiger sind als andere?

- Wenn Sie an die Welt von heute denken, würden Sie dann sagen, dass bestimmte Kulturen viel besser sind als andere oder dass alle Kulturen gleich gut sind?

Während die ersten beiden Aussagen den biologistischen Rassismus messen, bezieht sich die letzte Aussage eher auf einen kulturellen Rassismusbegriff. Allerdings muss mit dieser Frage etwas vorsichtig umgegangen werden, da teilweise objektive Kriterien, wie beispielsweise Erfüllung der Menschenrechte, eine Hierarchisierung möglich machen, auch ohne rassistische Tendenzen. Dass sich alle drei zu einem Faktor zusammenfassen lassen, zeigt allerdings, dass sie etwas gemeinsames messen.

Je höher der Wert dieses Faktors ist, desto weniger rassistisch kann die Person eingestuft werden. Rassismus ist im Vergleich der EU-Länder besonders stark in Portugal vertreten; gefolgt von Estland und Tschechien. Hingegen hat die Bevölkerung der Niederlande eine am wenigsten rassistische Einstellung. Deutschland liegt beim Rassismus weitestgehend im EU-Durchschnitt, wenn auch die Bevölkerung leicht unterdurchschnittlich rassistisch eingestellt ist. (siehe Anhang 8.4, Tabelle 1)

3.3 Ergebnisse der Clusteranalyse

Bevor die einzelnen Cluster genauer beschrieben werden, hier eine kurze Verteilung der Cluster in der EU: Insgesamt lassen sich 37% der Befragten dem dritten Cluster, den Unpolitisch-Nationalistischen, zuordnen. Somit kann angenommen werden, dass circa jedeR Dritte in Europa die Einstellungen der Unpolitisch-Nationalistischen vertritt, wodurch dieses Cluster zum verbreitetsten wird. Das zweite Cluster, die unzufriedenen Zukurzgekommenen, und das vierte Cluster, die Skeptisch-Konservativen, machen jeweils circa ein Viertel aus: 23% zählen zu den Zukurzgekommenen und 26% zu den Konservativen. Die politisch-Weltoffenen, das erste Cluster, machen insgesamt das kleinste Cluster aus. Lediglich 15% der Befragten können als politisch-weltoffen beschrieben werden.

Aus den Abbildungen 1,2 und 3 geht hervor, welche Ausprägungen bzw. Mittelwerte die clusterbildenden und die clusterbeschreibenden Faktoren sowie die Variable „politisches Interesse“ in den einzelnen Clustern annehmen. Anhand dieser konnten die größten Unterschiede zwischen den Clustern identifiziert werden, welche ausschlaggebend für die Benennung der Cluster waren.

Faktor	Cluster			
	1	2	3	4
Wohlfahrtschauvinismus	,31966	-,16001	-,04693	,02620
Voraussetzungen für die Immigration	,43762	-,15108	,02822	-,16335
Altruismus	,15321	-,19285	-,31132	,54652
Konservativismus	1,95813	-,20705	-,35770	-,45140
Einstellung gegenüber Immigration	,16391	-,30336	-,53511	,93368
Hedonismus	-,06658	-,01941	,00012	,05050
Soziales Vertrauen	,10036	-,05024	,05428	-,08120
Rassismus	,17527	-1,42067	,65118	,21539

Abbildung 1 Mittelwerte der clusterbildenden Faktoren nach Clustern

Faktor	Clusternummer des Falls				
	Gesamt	1	2	3	4
Vertrauen in die Politik	,00089	,08494	-,05359	,00401	-,00492
Zufriedenheit mit der Funktionalität des Staates und Vertrauen in den Rechtsstaat	,00197	-,04325	-,06160	,02838	,04628
Institutionelles Vertrauen international	-,00221	,07690	-,01718	-,01729	-,01370
Politische Beteiligung	,00048	-,16025	,05718	,03292	-,00174

Abbildung 2 Mittelwerte der clusterbeschreibenden Faktoren nach Clustern

Variable	Clusternummer des Falls				
	Gesamt	1	2	3	4
Politisches Interesse	,00000	,27984	-,09636	-,11797	,08839

Abbildung 3 Mittelwerte der Variable "politisches Interesse" nach Clustern

Ausschlaggebend für die Benennung des ersten Clusters war zum Einen, dass das politische Interesse und die politische Beteiligung im ersten Cluster mit Abstand am höchsten ist, weshalb Cluster 1 als „politisch“ beschrieben werden kann. Im Vergleich dazu hat das dritte Cluster am wenigsten Interesse an Politik und wird deshalb als unpolitisch bezeichnet. Auch der Begriff „weltoffen“ beschreibt Cluster 1, da man es hier auf der einen Seite mit überhaupt nicht konservativen, hedonistischen und auch altruistischen Menschen zu tun hat, die im Clustervergleich am meisten soziales Vertrauen haben und dem „Fremden“ gegenüber am wenigsten kritisch eingestellt sind. Mit dem „Fremden“ sind nicht nur Mig-

rantInnen gemeint, sondern auch internationale Institutionen, in die kein anderes Cluster so viel Vertrauen hat wie die politisch-Weltoffenen.

Cluster 2 kann als unzufrieden beschrieben werden, da hier das geringste Vertrauen in die nationale Politik und in den Rechtsstaat besteht, sowie man mit der Funktionalität des Staates am stärksten unzufrieden ist. Die starken wohlfahrtschauvinistischen und rassistischen Tendenzen und des überproportionale Misstrauen gegenüber Immigration erweckt den Anschein, man fühle sich selbst zukurzgekommen. Eine unterdurchschnittlich altruistische Einstellung und unterdurchschnittliches soziales Vertrauen runden diesen Eindruck ab.

Neben geringem politischen Interesse fällt Cluster 3 durch überdurchschnittliches Vertrauen in nationale Institutionen in Kombination mit einer wohlfahrtschauvinistischen Einstellung auf. Der nationale Staat, mit dem man recht zufrieden zu sein scheint, müsse demnach mehr für die eigenen BürgerInnen und weniger für ImmigrantInnen gedacht werden. Hierzu passt ebenfalls, dass Cluster 3 im Vergleich zu den anderen Clustern am wenigsten altruistisch eingestellt ist und die negativste Einstellung gegenüber Immigration hat. Deshalb beschreibt der Begriff „unpolitisch-Nationalistische“ dieses Cluster recht treffend.

Cluster 4 ist das konservativste unter den Clustern, weshalb es auch als „skeptisch-konservativ“ benannt wurde. Skeptisch deshalb, weil dieses Cluster über das geringste soziale Vertrauen verfügt und das Vertrauen in den nationalen Staat unterdurchschnittlich ausgeprägt ist.

3.3.1 „Politisch-Weltoffene“

Die „politisch-Weltoffenen“ sind im Vergleich zu den anderen Clustern am jüngsten (durchschnittlich 44 Jahre alt) und liegen mit durchschnittlich 15 Bildungsjahren über dem europäischen Durchschnitt von 13 Bildungsjahren. Der Anteil der Menschen, die einen Migrationshintergrund² haben, genauso wie das Geschlecht, verteilen sich durchschnittlich auf alle Cluster, weshalb in der Analyse nicht näher darauf eingegangen wird. (siehe Anhang 8.3, Tabelle 2)

Sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie kaum konservativ und besonders politisch sind, da sie sich mehr als alle anderen Cluster politisch beteiligen und sie das größte politische Interesse haben. Sie weisen die geringsten wohlfahrtschauvinistischsten Tendenzen auf und

² Jemand hat einen Migrationshintergrund, wenn er selbst im Ausland geboren oder mindestens ein Elternteil im Ausland geboren wurde.

haben eine offene Einstellung gegenüber der Immigration, was sich auch daran zeigt, dass Menschen aus ihrer Sicht am wenigsten Voraussetzungen zu erfüllen haben, um immigrieren zu dürfen. Obwohl sie nicht ganz so altruistisch eingestellt sind, wie die „skeptischen Konservativen“, ist das soziale Vertrauen bei den politisch Weltoffenen am stärksten ausgeprägt. Kein anderes Cluster hat so viel Vertrauen in die nationale Politik und die internationalen Institutionen – wie EU oder UN – wie die politisch Weltoffenen. Dennoch scheinen sie mit der Funktionalität des Staates ähnlich unzufrieden wie die „unzufriedenen Zukurzgekommenen“, auch wenn diese noch ein Stück unzufriedener sind. Gleiches gilt für das Vertrauen in den Rechtsstaat. Im Vergleich zu den anderen Clustern sind sie besonders hedonistisch; gleichzeitig verfügen sie aber auch über die höchste politische Partizipation. (siehe Anhang 8.2, Validitäts-Bericht/Anhang 8.3, Tabelle 2)

Auf der Links-Rechts-Skala sind die politisch-Weltoffenen jenes Cluster, welches sich am ehesten links (37%) und am wenigsten rechts (15%) einordnen würde. Im Vergleich zu den anderen Clustern, in denen sich überdurchschnittlich viele in der Mitte ansiedeln würden, sind es bei den politisch-Weltoffenen nicht ganz die Hälfte, damit liegen sie knapp unter dem deutschen Durchschnitt. (siehe Anhang 8.3, Tabelle 7)

Etwa die Hälfte der politisch-Weltoffenen in der EU geht einer Erwerbsarbeit nach. Aufgrund des niedrigen Durchschnittsalters ist es mehr als plausibel, dass sich in keinem anderen Cluster so viele noch in der Ausbildung befinden (16%). Insgesamt sind die politisch-Weltoffenen und die skeptisch-Konservativen häufiger erwerbstätig und in Ausbildung als die unzufrieden-Zukurzgekommenen und die unpolitisch-Nationalistischen, dafür aber auch seltener in Rente. (siehe Anhang 8.3, Tabelle 11) Im Vergleich zu den anderen Clustern verfügen die politisch-Weltoffenen über ein höheres Haushaltsnettoeinkommen. Mehr als jedeR Dritte verfügt über ein höheres und lediglich jedeR Fünfte über ein niedrigeres Haushaltsnettoeinkommen. (siehe Anhang 8.3, Tabelle 10)

Ähnlich wie bei den skeptisch-Konservativen sind unter den politisch-Weltoffenen überdurchschnittlich viele nicht religiös (49%). Allerdings ist die Gruppe der sehr religiösen in diesem Cluster auch nicht zu vernachlässigen und liegt mit 24% fast im europäischen Durchschnitt. (siehe Anhang 8.3, Tabelle 9) Zudem sind die politisch-Weltoffenen unter allen Clustern die zufriedensten: Über 80% sind mit ihrem gegenwärtigen Leben sehr zufrieden. (siehe Anhang 8.3, Tabelle 8)

3.3.2 „Unzufrieden-Zukurzgekommene“

Hinter dem zweiten Cluster verbergen sich jene unzufriedenen Menschen, die sich wohl selbst als zu kurz gekommen bezeichnen würden. Im Vergleich zu den anderen Clustern sind die unzufrieden-Zukurzgekommene das älteste Cluster mit unterdurchschnittlich vielen Bildungsjahren. Im Schnitt ist eine Person, die diesem Cluster zugeordnet werden kann, 52 Jahre alt und hat 12 Bildungsjahre vorzuweisen. (siehe Anhang 8.3, Tabelle 2)

Als einziges Cluster kennzeichnet diese Personen ganz besonders die rassistische Einstellung. Auch der Wohlfahrtschauvinismus ist bei diesen Menschen am stärksten ausgeprägt. Obwohl die unzufriedenen Zukurzgekommene konservativer als der europäische Durchschnitt sind, sind die Personen aus Cluster 3 und 4 noch konservativer eingestellt. Sie weisen unterdurchschnittlich wenig soziales Vertrauen und eine geringe altruistische Denkweise auf. Ihre negative Einstellung gegenüber Immigration wird ergänzt durch strenge Kriterien, welche sie als Voraussetzung für die Immigration benennen. Nach den politischen Weltoffenen sind die unzufriedenen Zukurzgekommene jene, die ebenfalls überdurchschnittlich hedonistisch eingestellt sind. Die einzige weitere Ähnlichkeit zwischen dem ersten und dem zweiten Cluster betrifft die Zufriedenheit mit der Funktionalität des Staates und das Vertrauen in den Rechtsstaat: die unzufriedenen Zukurzgekommene sind am unzufriedensten und haben am wenigsten Vertrauen in den Rechtsstaat. Doch im Gegensatz zu den politischen Weltoffenen haben die unzufriedenen Zukurzgekommene am wenigsten Vertrauen in die nationale Politik und beteiligen sich am wenigsten politisch. Auch ihr politisches Interesse und das Vertrauen in internationale Institutionen sind geringer als beim Durchschnitt. (siehe Anhang 8.2, Validitäts-Bericht/Anhang 8.3, Tabelle 2)

Auf der Links-Rechts-Skala ordnet sich auch die Hälfte der unzufrieden-Zukurzgekommene in der Mitte ein. Bei diesem Cluster sind die Differenzen zwischen rechts und links am stärksten: Lediglich 17% der unzufrieden-Zukurzgekommene würden sich selbst eher links einordnen; dafür sind es 32%, die sich eher rechts einordnen würden. (siehe Anhang 8.3, Tabelle 7)

JedeR Vierte der unzufriedenen Zukurzgekommene ist bereits im Ruhestand und etwas weniger als die Hälfte ist erwerbstätig. Des Weiteren fällt auf, dass überdurchschnittlich viele Personen dieses Clusters arbeitslos oder dauerhaft krank oder beeinträchtigt sind. Auch der sehr geringe Teil der Zivil- oder Militärdiener entfällt auf die unzufriedenen Zukurzgekommene. (siehe Anhang 8.3, Tabelle 11) Wenn es um das Haushaltsnettoeinkommen geht, haben die unzufrieden-Zukurzgekommene eher weniger Haushaltsnetto-

einkommen als die anderen Cluster und der deutsche Durchschnitt. Fast ein Drittel verfügt über ein niedrigeres, lediglich ein Viertel über ein höheres Haushaltsnettoeinkommen. (siehe Anhang 8.3, Tabelle 10)

Die unzufriedenen Zukurzgekommenen schätzen sich selbst überdurchschnittlich oft als sehr religiös ein (28%). Sie sind fast so religiös wie die unpolitisch-Nationalistischen. (siehe Anhang 8.3, Tabelle 9) Im Vergleich zum europäischen Durchschnitt ist dieses Cluster am wenigsten mit dem eigenen gegenwärtigen Leben zufrieden. In keinem anderen Cluster sind so viele Menschen unzufrieden und so wenige Menschen zufrieden. (siehe Anhang 8.3, Tabelle 8)

3.3.3 „Unpolitisch-Nationalistische“

Die soziodemografischen Merkmale der unpolitisch-Nationalistischen gleichen jenen der unzufrieden-Zukurzgekommenen: Sie sind überdurchschnittlich alt (zwei Jahre älter als der europäische Durchschnitt) und haben genauso viele Bildungsjahre absolviert wie eine durchschnittliche Person in Europa, nämlich 13 Jahre. (siehe Anhang 8.3, Tabelle 2)

Im Vergleich zu den anderen Clustern sind die unpolitisch-Nationalistischen am wenigsten an Politik interessiert. Doch nicht nur das haben die unpolitisch-Nationalistischen mit den unzufriedenen Zukurzgekommenen gemeinsam: ihre politische Beteiligung ist zwar etwas höher als bei den Zukurzgekommenen, sie liegen dennoch unter dem Durchschnitt. Dafür haben sie ähnlich wenig Vertrauen in internationale Institutionen wie die EU oder die UN. Sie sind ebenfalls überdurchschnittlich wohlfahrtschauvinistisch eingestellt, verfügen über eine noch geringere altruistische Einstellung und sind noch etwas konservativer als die Unzufriedenen. Obwohl sie eine noch negativere Einstellung gegenüber Immigration haben als die Zukurzgekommenen, sind sie, was die Voraussetzungen für die Immigration angeht, überdurchschnittlich großzügig. Das bedeutet, die Nationalistischen sprechen sich zwar für eher niedrige Immigrationszahlen aus, welche Voraussetzungen jemand erfüllen muss, um immigrieren zu dürfen, scheint aber weniger von Bedeutung zu sein. Hierzu passt auch, dass die unpolitisch-Nationalistischen am wenigsten rassistisch eingestellt sind. Im Gegensatz zu den unzufriedenen Zukurzgekommenen verfügen die Nationalistischen über überdurchschnittlich großes soziales Vertrauen. Auch ihr Vertrauen in die nationale Politik und in den Rechtsstaat ist überdurchschnittlich hoch, sowie sie überdurchschnittlich zufrieden mit der Funktionalität des Staates sind. (siehe Anhang 8.2, Validitäts-Bericht/Anhang 8.3, Tabelle 2)

Im Vergleich zu den anderen Clustern ordnen sich in keinem anderen Cluster so viele Menschen der Mitte zu wie bei den unpolitisch-Nationalistischen (56%). Allerdings rangieren hier alle Werte um die 50%. Des Weiteren gibt es mehr unpolitisch-Nationalistische, die sich auf der Links-Rechts-Skala eher rechts als links einordnen würden. Die Differenz zwischen links und rechts ist aber nicht so groß wie bei den unzufriedenen Zukurzgekommenen. (siehe Anhang 8.3, Tabelle 7)

Die unpolitisch-Nationalistischen sind bezüglich ihrer Haupttätigkeit von allen Clustern dem deutschen Durchschnitt am nächsten. Ähnlich sieht es beim Haushaltsnettoeinkommen aus: 28% verfügen über ein niedrigeres, 45% über ein mittleres und 27% über ein höheres Haushaltsnettoeinkommen. (siehe Anhang 8.3, Tabelle 10) Erwerbstätig sind hier 51%. Im Vergleich zu den anderen Clustern sind bei den unpolitisch-Nationalistischen – ähnlich wie bei den unzufrieden-Zukurzgekommenen – unterdurchschnittlich viele in einer Ausbildung, dafür aber überdurchschnittlich viele bereits in Pension. Auch der Anteil jener, die Hausarbeit verrichten, ist in diesem Cluster im Vergleich zu den anderen als einziger leicht überdurchschnittlich mit 16%. (siehe Anhang 8.3, Tabelle 11)

Ähnlich wie die unzufrieden-Zukurzgekommenen sind die unpolitisch-Nationalistischen die beiden religiöseren Cluster. Lediglich ein Drittel schätzt sich selbst als nicht religiös ein. (siehe Anhang 8.3, Tabelle 9) Wenn es um die Zufriedenheit mit dem gegenwärtigen Leben geht, halten es die unpolitisch-Nationalistischen ähnlich wie der europäische Durchschnitt: Über 70% dieses Clusters sind sehr zufrieden mit ihrem gegenwärtigen Leben. (siehe Anhang 8.3, Tabelle 8)

3.3.4 „Skeptisch-Konservative“

Ähnlich wie die politisch-Weltoffenen sind die skeptisch-Konservativen jünger (durchschnittlich 45 Jahre alt) und haben ein Bildungsjahr mehr (14 Bildungsjahre) absolviert als einE durchschnittlicheR BürgerIn der EU. (siehe Anhang 8.3, Tabelle 2)

Die skeptisch-Konservativen teilen mit allen drei anderen Clustern bestimmte Einstellungen. Sie sind am stärksten konservativ eingestellt und damit noch konservativer als die Nationalistischen und die Zukurzgekommenen. Die einzige weitere Gemeinsamkeit mit den Nationalistischen ist ihre unterdurchschnittlich schwach ausgeprägte hedonistische Einstellung. Obwohl sie, was die Einstellung gegenüber der Immigration angeht, sogar noch positiver eingestellt sind als die Weltoffenen, soll eine Person noch mehr Kriterien erfüllen, um überhaupt immigrieren zu dürfen als das bei den Zukurzgekommenen der Fall ist. Wenn

eine Person dann bestimmte Kriterien erfüllt, hat sie laut der Konservativen dann auch das Recht, vom Staat zu profitieren. Das zeigt die unterdurchschnittlich schwach ausgeprägte wohlfahrtschauvinistische Eigenschaft der Konservativen. Gemeinsamkeiten mit den Zukurzgekommenen wären das unterdurchschnittlich schwach ausgeprägte soziale Vertrauen der Konservativen sowie das unterdurchschnittlich geringe Vertrauen in die nationale Politik. Dafür sind die Konservativen im Vergleich zu den anderen Clustern am zufriedensten mit der Funktionalität des Staates und haben das größte Vertrauen in den Rechtsstaat. Obwohl sie den internationalen Institutionen nicht ganz so sehr vertrauen wie die Weltoffenen, haben sie überdurchschnittlich großes Vertrauen in diese. Hier fällt allerdings auf, dass das Vertrauen in die EU unterdurchschnittlich stark, das Vertrauen in die UN allerdings überdurchschnittlich stark ausgeprägt ist (siehe Anhang 8.3, Tabelle 11 und 12). Ähnlich sieht es mit dem politischen Interesse und der politischen Beteiligung aus: die Konservativen haben größeres Interesse an Politik und beteiligen sich häufiger als die Zukurzgekommenen und die Nationalistischen. Ähnlich wie die Weltoffenen und die Nationalistischen sind sie unterdurchschnittlich rassistisch eingestellt. (siehe Anhang 8.2, Validitäts-Bericht/Anhang 8.3, Tabelle 2)

Insgesamt ordnen sich über die Hälfte der skeptisch-Konservativen der Mitte und ein Viertel eher links auf der Links-Rechts-Skala ein. Weitere 20% ordnen sich eher rechts ein; ein leicht unterdurchschnittlicher Wert, wenn man beachtet, dass sich insgesamt 24% der Deutschen eher rechts einordnen würden. (siehe Anhang 8.3, Tabelle 7)

Zum Cluster der skeptisch-Konservativen zählen die meisten Erwerbstätigen (55%). Dementsprechend verfügt dieses Cluster überdurchschnittlich oft über ein höheres Haushaltsnettoeinkommen: jedeR dritte skeptisch-Konservative lebt in einem Haushalt mit einem höheren Haushaltsnettoeinkommen. (siehe Anhang 8.3, Tabelle 10) Ähnlich wie bei den politisch-Weltoffenen sind hier die SchülerInnen und StudentInnen stärker vertreten und dafür die RentnerInnen weniger vertreten als in den anderen beiden Clustern. (siehe Anhang 8.3, Tabelle 11)

Die skeptisch-Konservativen sind im Vergleich zu den anderen Clustern am wenigsten religiös. Lediglich jedeR Fünfte schätzt sich selbst als sehr religiös ein, während sich über die Hälfte als nicht religiös einstuft. (siehe Anhang 8.3, Tabelle 9) Ähnlich wie die politisch-Weltoffenen sind die skeptisch-Konservativen überdurchschnittlich oft sehr zufrieden mit ihrem gegenwärtigen Leben (siehe Anhang 8.3, Tabelle 8).

3.3.5 Regionale Unterschiede der Clusterverteilung

Unterschiede zwischen den EU-Staaten

In den Ländern Dänemark, Slowenien, Belgien und Österreich sind die vier verschiedenen Cluster annähernd so verteilt wie im europäischen Durchschnitt. (siehe Anhang 8.4, Tabelle 3)

Betrachtet man die Verteilung der Cluster in einzelnen EU-Ländern, ergeben sich teilweise gravierende Unterschiede. Einige Cluster sind in bestimmten Ländern kaum vertreten, andere dafür besonders stark.

So kann über die Hälfte der Bevölkerung aus den Niederlanden, Ungarn, Polen und Litauen zu den unpolitisch-Nationalistischen gezählt werden. In Deutschland, Portugal und Frankreich sind die unpolitisch-Nationalistischen hingegen unterdurchschnittlich oft vertreten. Ganz anders sieht die Verteilung bei den skeptisch-Konservativen aus: Am stärksten vertreten ist dieses Cluster in Frankreich; hier wird die Hälfte der Bevölkerung diesem Cluster zugeordnet. Aber auch in Finnland, Deutschland und dem Vereinten Königreich trifft man die skeptisch-Konservativen überdurchschnittlich häufig an. Aufgrund der Tatsache, dass es in Ungarn, Tschechien, Polen und Litauen kaum skeptisch-Konservative gibt, liegt die Vermutung nahe, dass dieses Cluster eher spezifisch für westliche Industrieländer und eher weniger für ehemalige Ostblockstaaten zu sein scheint. Unzufriedene Zukurzgekommene trifft man am häufigsten in Tschechien, Portugal, Estland, Ungarn und Irland an. Können 45% der tschechischen Bevölkerung diesem Cluster zugeordnet werden, sind es in Irland immerhin noch 30%. In Schweden, den Niederlanden und Frankreich trifft man dafür eher selten auf unzufriedene Zukurzgekommene. Dafür leben in Schweden und Norwegen überdurchschnittlich oft Menschen, die dem politisch-weltoffenen Cluster zugeordnet werden können. Aber auch in Deutschland und Spanien sind die politisch-Weltoffenen überrepräsentiert. In Tschechien und Ungarn trifft man vergleichsweise selten auf die politisch-Weltoffenen; lediglich 1% bzw. 3% der dortigen Bevölkerung können diesem Cluster zugeordnet werden. (siehe Anhang 8.4, Tabelle 3)

Auffällig ist, dass in den Ländern Tschechien, Ungarn, Estland und Portugal, in denen das Cluster der politisch-Weltoffenen besonders selten vertreten ist, die unzufriedenen Zukurzgekommenen am häufigsten anzutreffen sind. Ein ähnliches Bild ergibt sich beim Vergleich der unpolitisch-Nationalistischen mit den skeptisch-Konservativen: So gibt es in Litauen, Ungarn und Polen überdurchschnittlich häufig unpolitisch-Nationalistische und gleichzeitig unterdurchschnittlich viele skeptisch-Konservative. Komplementär dazu trifft

man in Deutschland, Frankreich und dem Vereinten Königreich zwar häufiger skeptisch-Konservative, dafür aber vergleichsweise seltener unpolitisch-Nationalistische. Ungarn ist jenes Land, das am stärksten vom europäischen Durchschnitt abweicht. (siehe Anhang 8.4, Tabelle 3)

Unterschiede innerhalb Deutschlands

Im Vergleich zum europäischen Durchschnitt sind die unpolitisch-Nationalistischen (20%) und die unzufriedenen Zukurzgekommenen (15%) in Deutschland unterdurchschnittlich oft vertreten. Dafür gibt es aber fast doppelt so viele politisch-Weltoffene (26%) und auch deutlich mehr skeptisch-Konservative (39%). (siehe Anhang 8.4, Tabelle 3)

Auch wenn man die Verteilung der Cluster in den einzelnen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschlands näher betrachtet, werden einige Unterschiede deutlich. So ist das größte Cluster in Deutschland – die skeptisch-Konservativen – besonders stark in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Brandenburg vertreten: Hier kann fast jedeR Zweite zu den skeptisch-Konservativen gezählt werden. Im Vergleich dazu ist es in Bremen nicht einmal jedeR Vierte (22%). Demnach sind skeptisch-Konservative häufiger in den neuen Bundesländern ansässig, obwohl das nicht auf Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Berlin zutrifft; wobei Berlin eine Sonderstellung einnimmt und im direkten Ost-West-Vergleich aufgrund der ehemaligen Zweiteilung und dem Status als Hauptstadt außen vor bleibt. Berlin und Hamburg sind die größten Städte und Wirtschaftsmetropolen in Deutschland, was sich auch in der Clusterverteilung der beiden Stadtstaaten abbildet: die politisch-Weltoffenen sind hier im Vergleich zu allen anderen Bundesländern am stärksten vertreten, wodurch über ein Drittel der Bevölkerung von Berlin (35%) und Hamburg (39%) zu diesem Cluster gezählt werden kann. An den politisch-Weltoffenen wird der Ost-West-Unterschied am stärksten deutlich: in allen neuen Bundesländern (Berlin ausgenommen) sind die politisch-Weltoffenen unterdurchschnittlich vertreten; nicht einmal jedeR Vierte kann diesem Cluster zugerechnet werden. Aber auch die unpolitisch-Nationalistischen findet man in den zwei größten Städten eher selten. In Hamburg zählen nur 6% und in Berlin 12% zu den unpolitisch-Nationalistischen. Bei diesem Cluster ist der Unterschied zwischen den Bundesländern am größten: So gehören in Bremen etwas mehr als zwei von drei Personen dem unpolitisch-nationalistischen Cluster an. Dafür gibt es aber in Bremen die wenigsten unzufriedenen Zukurzgekommenen (11%). Das Cluster der unzufriedenen Zukurzgekommenen weist die geringste Differenz im Land auf. Dennoch ist dieses Cluster in Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Hessen mit circa einem Fünftel stärker vertreten als in den rest-

lichen Bundesländern. (siehe Anhang 8.4, Tabelle 4) In Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern könnte man das höhere Vorkommen dieses Cluster durch die vergleichsweise niedrige Wirtschaftskraft in diesen Bundesländern erklären (vgl. Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder 2018). Außerdem leben in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern verhältnismäßig wenige Menschen mit Migrationshintergrund (vgl. Statistisches Bundesamt 2018(2), S. 13). Eine Studie aus Leipzig kam zu dem Ergebnis, dass die Diskriminierung von AusländerInnen in jenen Gebieten, in denen grundsätzlich weniger Menschen mit Migrationshintergrund leben, stärker verbreitet ist (vgl. Brähler/Decker 2014). Die hier vorliegenden Ergebnisse stützen diese Aussage.

Die Parteipräferenzen innerhalb Deutschlands gestalten sich folgendermaßen:

Wenn man sich das Parteizugehörigkeitsgefühl der politisch-Weltoffenen in Deutschland näher ansieht, fällt zunächst auf, dass sich ähnlich viele politisch Weltoffene zu der CDU/CSU und zur SPD bekennen (jeweils 29%). Im Vergleich zum deutschen Durchschnitt fühlt man sich der CDU/CSU seltener und der SPD öfter zugehörig. Aber die größte Differenz zeigt sich bei den Grünen: Während sich lediglich 14% der deutschen Bevölkerung den Grünen zugehörig fühlen, sind es bei den politisch-Weltoffenen 22%. (siehe Anhang 8.3, Tabelle 6)

Fast die Hälfte der unzufrieden-Zukurzgekommenen fühlen sich der CDU/CSU zugehörig. Ein weiteres Viertel entfällt auf die SPD. Am wenigsten zugehörig fühlt sich dieses Cluster den Grünen, aber auch der Linken. Die FDP erzielt im Vergleich zu den anderen Clustern die besten Ergebnisse: Überdurchschnittlich viele unzufrieden-Zukurzgekommene fühlen sich der FDP zugehörig. Obwohl sich in Deutschland nur sehr wenige Menschen der NPD zugehörig fühlen, sind es unter diesem Cluster dreimal so viele wie im deutschen Durchschnitt. (siehe Anhang 8.3, Tabelle 6)

Wenn es um das Parteizugehörigkeitsgefühl der unpolitisch-Nationalistischen geht, sind sich über die Hälfte der unpolitisch-Nationalistischen sicher: Sie fühlen sich am ehesten der CDU/CSU zugehörig. Das sind prozentual so viele wie in keinem anderen Cluster. Gleichzeitig fühlt sich nicht einmal ein Viertel der unpolitisch-Nationalistischen der SPD zugehörig. Auch bei den Grünen, der Linken und der FDP liegen sie unter dem deutschen Durchschnitt. Dafür fühlen sich überdurchschnittlich viele der AfD zugehörig, auch wenn diese bei der Befragung von 2014 – genauso wie die FDP – auf nur 3,1% kommt. (siehe Anhang 8.3, Tabelle 6)

Obwohl sich unterdurchschnittlich viele skeptisch-Konservative der CDU/CSU zugehörig fühlen, ist diese Gruppe mit knapp einem Drittel die größte in diesem Cluster. Während man bei der SPD und der FDP im deutschen Durchschnitt liegt, fühlen sich überdurchschnittlich viele skeptisch-Konservative der Linken (24%) und den Grünen (16%) zugehörig. Auch der AfD fühlen sich 5% dieses Clusters zugehörig, womit das Zugehörigkeitsgefühl zur AfD in diesem Cluster stärker ist als in den anderen. (siehe Anhang 8.3, Tabelle 6) Über die Hälfte der skeptisch-Konservativen gehen nämlich nicht wirklich davon aus, dass das politische System eine Mitbestimmung bei Regierungsangelegenheiten ermöglicht und nur knapp jeder Zehnte hat Vertrauen in Parteien und PolitikerInnen (siehe Anhang 8.4, Tabelle 18/19). Deshalb könnte das Bekenntnis zur AfD auf eine Trotzreaktion oder auf das Verpassen eines Denkkzettels an aktuell regierenden Parteien zurückzuführen sein.

In direkten Vergleich der neuen mit den alten Bundesländern ergibt sich folgendes Bild: Während in den alten Bundesländern (ohne Berlin) kaum Unterschiede zum deutschen Durchschnitt ergeben, sind in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) die politisch-Weltoffenen unterdurchschnittlich und die skeptisch-Konservativen überdurchschnittlich oft vertreten. (siehe Anhang 8.4, Tabelle 5) Allerdings passt dieses Ergebnis nicht zu der These, die skeptisch-Konservativen würde man vermehrt in den alten westlichen Industriestaaten vermuten. Obwohl die ehemalige DDR dem Ostblock zuzuordnen ist, kann man den neuen Bundesländern eine Sonderstellung einräumen, da sie durch die Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik Deutschland an eine bereits funktionierende kapitalistische Marktwirtschaft bzw. eine parlamentarische Demokratie angeschlossen wurde.

4 Zuordnung der Cluster zu den beschriebenen Hegemonieprojekten

Nachdem die Cluster inhaltlich beschrieben wurden, sollen sie nun entlang der jeweiligen Einstellungsausprägungen den Hegemonieprojekten nach Georgi und Kannankulam, wie sie in Kapitel 4.2 beschrieben wurden, zugeordnet werden. Für eine möglichst genaue Zuordnung der Cluster wurden Variablen auch einzeln beleuchtet, um Aufschluss über bestimmte Sachverhalte zu geben, beispielsweise welche Voraussetzungen für die Immigration in welchem Cluster besonders häufig genannt wurden.

Zwei der identifizierten Cluster können relativ genau bestimmten Hegemonieprojekten zugeordnet werden. Nicht weiter überraschend dürfte sein, dass es sich hier um die politisch-Weltoffenen und die unzufrieden-Zukurzgekommenen handelt, jene beiden Cluster, die sich am stärksten voneinander unterscheiden.

4.1 Unterstützung des proeuropäisch-sozialen und des linksliberal-alternativen Hegemonieprojekts durch politisch-Weltoffene

Die politisch-Weltoffenen können nicht einem, sondern zwei Hegemonieprojekten zugeordnet werden; und zwar dem proeuropäisch-sozialen und dem linksliberal-alternativen Hegemonieprojekt.

Aufgrund ihres relativ großen Vertrauens in internationale Institutionen sind die politisch-Weltoffenen stets daran interessiert, politische und ökonomische Prozesse zu internationalisieren, wie es dem proeuropäisch-sozialem Hegemonieprojekt vorschwebt. So wünschen sich überdurchschnittlich viele politisch-Weltoffene eine tiefere Integration der EU-Institutionen. Ob Menschen ohne EU-StaatsbürgerInnenschaft Anspruch auf Sozialleistungen haben sollten, geht nicht direkt hervor. Allerdings spricht sich dieses Cluster sehr stark für eine Immigrationspolitik aus, die ohne besonders harte Auflagen auskommt. Deshalb ist es wohl wahrscheinlicher, dass die politisch-Weltoffenen bezüglich der Begrenzung sozialer Sicherung auf EU-BürgerInnen eher weniger das proeuropäisch-soziale, sondern vielmehr das linksliberal-alternative Hegemonieprojekt unterstützen würden. Auch wenn das proeuropäisch-soziale Hegemonieprojekt eine repressive Migrationspolitik ablehnt, wünschen sich die politisch-Weltoffenen eine weitaus liberalere Migrationspolitik, die dem Ziel der transnationalen Bewegungsfreiheit des linksliberal-alternativen Hegemonieprojekts näherkommt.

Auch die Forderung des linksliberal-alternativen Hegemonieprojekts nach Antidiskriminierung wird von den politisch-Weltoffenen geteilt: über 80% halten ein Gesetz gegen ethnische Diskriminierung am Arbeitsplatz für extrem wichtig und gut (siehe Anhang 8.4, Tabelle 16). Zudem wird kulturelle Vielfalt von den meisten als Bereicherung und somit als positiver Wert empfunden (siehe Anhang 8.4, Tabelle 17).

4.2 Unterstützung des national-konservativen Hegemonieprojekts durch die unzufrieden-Zukurzgekommenen

Am Eindeutigsten können die unzufrieden-Zukurzgekommenen dem national-konservativen Hegemonieprojekt zugeordnet werden. Genauso wie das national-

konservative Hegemonieprojekt wird eine weitere Integration der EU nicht nur skeptisch betrachtet, sondern auch teilweise komplett abgelehnt. Mehr als jeder Dritte dieses Clusters vertritt die Aussage, die europäische Einigung wäre bereits zu weit gegangen (siehe Anhang 8.4, Tabelle 14). Aufgrund der rassistischen und wohlfahrtschauvinistischen Einstellung kann zudem davon ausgegangen werden, dass die Stärkung sozialer Rechte auf transnationaler Ebene – über die nationalen Grenzen hinweg – nicht erwünscht ist. Durch die besonders starke Identifizierung mit dem eigenen Land und die fremdenfeindliche Einstellung anderen gegenüber liegt es nahe, dass sich die unzufrieden-Zukurzgekommenen einen souveränen Staat wünschen, der für sie sowohl Selbstzweck als auch Eigenwert darstellt.

Obwohl die unzufrieden-Zukurzgekommenen nur etwas konservativer als der europäische Durchschnitt sind, halten sie fest an gemeinsam geteilten nationalen Werten und Normen. Aus diesem Grund beanspruchen sie auch gewisse Privilegien für sich, die sie an diesen gemeinsam geteilten nationalen Normen und Werten, aber auch an Ethnizität oder Sprache festmachen und sich direkt in der wohlfahrtschauvinistischen Einstellung niederschlägt. Zudem seien diese Privilegien vor ImmigrantInnen zu schützen, weshalb man Immigration ganz prinzipiell negativ gegenüber eingestellt ist und sich für strenge Richtlinien bzw. Voraussetzungen für die Immigration wünscht. Dass Immigration als Benachteiligung der nationalen Bevölkerung gesehen wird, hängt wohl auch damit zusammen, dass ein Drittel der unzufrieden-Zukurzgekommenen davon ausgeht, Immigration würde der nationalen Wirtschaft schaden. Fast die Hälfte geht davon aus, dass ImmigrantInnen mehr Leistungen in Anspruch nehmen als Steuern zahlen (siehe Anhang 8.4, Tabelle 15).

Nachdem sie sich durch Immigration direkt bedroht fühlen und im Vergleich zu den anderen Clustern über das geringste Nettohaushaltseinkommen verfügen, kann davon ausgegangen werden, dass ein gesellschaftliche Abstieg befürchtet wird oder bereits stattgefunden hat, wie es den UnterstützerInnen dieses Hegemonieprojekts von Georgi und Kannankulam attestiert wird.

4.3 Unterstützung des national-konservativen und national-sozialen Hegemonieprojekts durch die unpolitisch-Nationalistischen

Obwohl das Vertrauen der unpolitisch-Nationalistischen in die EU im europäischen Durchschnitt liegt, sprechen sich etwas mehr unpolitisch-Nationalistische gegen eine weitere Integration der EU aus. Wie stark dieses Cluster national fokussiert ist, zeigt ihre Zufrie-

denheit mit der nationalen Politik und der Funktionalität des Staates sowie ihr Vertrauen in den Rechtsstaat. Ihre negative Einstellung gegenüber Immigration und der überdurchschnittlich stark ausgeprägte Wohlfahrtschauvinismus beschränken die Anzahl der Hegemonieprojekte, die durch das Cluster unterstützt werden könnten. Aus diesem Grund scheint das national-konservative Hegemonieprojekt sich für ihre Belange am meisten einzusetzen, da der vertiefte Integrationsprozess eher abgelehnt und die nationale Identität im Vordergrund steht. Zu diesem Cluster passt ebenfalls, dass die unpolitisch-Nationalistischen eher emotionale Bedingungen an die Immigration knüpfen, wie Hautfarbe, christlicher Glaube oder nationaler Lebensstil (siehe Anhang 8.4, Tabelle 20).

So teilen sie nicht nur wesentliche Werte mit dem national-konservativen Hegemonieprojekt, sondern sehen sich deshalb privilegiert und schutzwürdig vor anderen Werten und Nationalitäten. Allerdings sieht knapp ein Drittel des Cluster in der Immigration auch eine Bereicherung der eigenen Kultur (siehe Anhang 8.4, Tabelle 17), weshalb die Ablehnung des Fremden innerhalb des national-konservativen Hegemonieprojekts wohl stärker von den unzufrieden-Zukurzgekommenen unterstützt wird.

Nicht nur das national-konservative Hegemonieprojekt sondern auch das national-soziale Hegemonieprojekt würde wohl von den unpolitisch-Nationalistischen unterstützt werden, da auch von diesem Hegemonieprojekt eine nationale Sozialpolitik gewünscht wird. Auch die Tatsache, dass in diesem Cluster überdurchschnittlich viele weibliche Personen Hausarbeit und/oder Pflegeleistungen erbringen, zeigt, dass dieses Cluster patriarchalen Strukturen bzw. dem male-breadwinner-Modell verhaftet ist, die im national-sozialen Hegemonieprojekt fest verankert sind. Die überdurchschnittliche Religiosität der unpolitisch-Nationalistischen passt zudem zu den ganz unterschiedlichen christlichen Institutionen, die AkteurInnen im national-sozialen Hegemonieprojekt sind.

Obwohl sich auch das neoliberale Hegemonieprojekt gegen eine europäische Sozialpolitik ausspricht, bleibt dies wohl die einzige Gemeinsamkeit zwischen diesem und den unpolitisch-Nationalistischen.

4.4 Mehrheitliche Unterstützung des proeuropäisch-sozialen Hegemonieprojekts durch die skeptisch-Konservativen

Obwohl die skeptisch-Konservativen ihre konservativen Werte mit dem national-konservativen Hegemonieprojekt – wie der Name beider bereits sagt – teilen, distanziert sich dieses Cluster von nationalistischen und rassistischen Sichtweisen. Nachdem die skeptisch-Konservativen ihre konservativen Werte mit dem national-konservativen Hegemonieprojekt – wie der Name beider bereits sagt – teilen, distanziert sich dieses Cluster von nationalistischen und rassistischen Sichtweisen. Nachdem die skeptisch-Konservativen ihre konservativen Werte mit dem national-konservativen Hegemonieprojekt – wie der Name beider bereits sagt – teilen, distanziert sich dieses Cluster von nationalistischen und rassistischen Sichtweisen.

tisch-Konservativen zudem weder wohlfahrtschauvinistisch, noch ImmigrationsgegnerInnen sind, bleiben die gemeinsam geteilten Werte der einzige Überschneidungspunkt der skeptisch-Konservativen mit dem national-konservativen Hegemonieprojekt.

Obwohl sie der Immigration generell positiv gegenüberstehen, fordern sie die strengsten Bedingungen. Im Vergleich zu allen anderen Clustern sprechen sich die skeptisch-Konservativen eher für rationale Bedingungen der Immigration aus, wie Qualifikation oder die Kenntnis der nationalen Sprache (siehe Anhang 8.4, Tabelle 20). Das bedeutet, sie würden diesbezüglich am ehesten das neoliberale Hegemonieprojekt mit ihrer Forderung einer rationalen Migrationspolitik unterstützen. Allerdings geht aus der Erhebung des ESS7 keine weitere Information hervor, die eine Unterstützung des neoliberalen Hegemonieprojekts belegen würde. Allerdings werden Zugangskontrollen für den Arbeitsmarkt und die Sozialsysteme auch vom proeuropäisch-sozialen Hegemonieprojekt gefordert, welches den skeptisch-Konservativen näher zu stehen scheint.

Die meisten Überschneidungspunkte haben die skeptisch-Konservativen deshalb auch mit dem proeuropäisch-sozialen Hegemonieprojekt. Dennoch sprechen sich fast genauso viele für als auch gegen eine weitere Vertiefung der EU aus. Nachdem ihr Vertrauen in internationale Institutionen aber fast so groß ist wie bei den politisch-Weltoffenen, liegt die Vermutung nahe, sie wären mit der bisherigen EU-Integration zufrieden. Die altruistische Einstellung der skeptisch-Konservativen lässt zudem darauf hindeuten, dass sie wohl eher eine Vergemeinschaftung und Vereinheitlichung sozialer Rechte und Sozialstandards unterstützen würden.

4.5 Zusammenfassung der Ergebnisse

Anhand acht operationalisierter Einstellungen (Wohlfahrtschauvinismus, Voraussetzungen für die Immigration, Altruismus, Konservativismus, die Einstellung gegenüber Immigration, Hedonismus, soziales Vertrauen und Rassismus) konnten vier konfligierende Cluster identifiziert werden, die benannt und interpretiert wurden. So ergab sich folgende Verteilung der Cluster innerhalb der EU: 15% können den politisch-Weltoffenen zugeordnet werden, 23% den unzufrieden-Zukurzgekommenen, 37% den unpolitisch-Nationalistischen und weitere 26% den skeptisch-Konservativen. Im Vergleich zur restlichen Union sind in Deutschland die politisch-Weltoffenen im Gegensatz zu den skeptisch-konservativen und unpolitisch-nationalistischen Bevölkerungsgruppen überproportional häufig vertreten.

Allen (im Kapitel 2.4. beschriebenen) Hegemonieprojekten können (außer dem linksradikalen Hegemonieprojekt, welches eine Sonderstellung einnimmt) Cluster zugeordnet werden, was bedeutet, alle Hegemonieprojekte würden von bestimmten Clustern unterstützt werden. So steht das politisch-weltoffene Cluster sowohl dem proeuropäisch-sozialen als auch dem linksliberal-alternativen Hegemonieprojekt nahe. Anhand ihrer Einstellungen würden die unzufriedenen Zukurzgekommenen wohl das national-konservative Hegemonieprojekt unterstützen. Die unpolitisch-Nationalistischen teilen ihre Meinung am ehesten mit dem national-konservativen und dem national-sozialen Hegemonieprojekt. Obwohl die skeptisch-Konservativen einzelne Auffassungen oder Ziele des neoliberalen und des national-konservativen Hegemonieprojekts teilen, passt ihr Profil am besten auf das proeuropäisch-soziale Hegemonieprojekt. Nachdem also keines der Cluster dem neoliberalen Hegemonieprojekt zugeordnet werden kann, könnte angenommen werden, dass der neoliberale Kapitalismus zur eigenständigen Reproduktion ohne mehrheitliche Zustimmung tendiert. Um diese Annahme zu belegen, müssten allerdings auch andere Einstellungen untersucht werden, die aus dem verwendeten Datensatz nicht hervorgehen.

Zusammengefasst kann festgehalten werden, dass die politisch-Weltoffenen und die skeptisch-Konservativen eher BefürworterInnen der EU sind, während die unzufrieden-Zukurzgekommenen und die unpolitisch-Nationalistischen eher GegnerInnen der EU sind. Prozentual gesehen gab es nach dieser Zuteilung innerhalb der EU 18% mehr GegnerInnen der EU als BefürworterInnen. Im Vergleich dazu waren in Deutschland 2014 knapp zwei Drittel BefürworterInnen der EU. Für eine Vertiefung der EU-Integration sind lediglich die politisch-Weltoffenen. Allerdings darf nicht außer Acht gelassen werden, dass jene EU-befürwortende Cluster viel stärker politisch beteiligt sind als jene, die eher GegnerInnen sind.

5 Resümee

In einem abschließenden Kapitel sollen sowohl die Erkenntnisse als auch die theoretischen Vorannahmen nochmals zusammengefasst werden. Darüber hinaus wird die Arbeit im soziologischen Kontext betrachtet sowie wissenschaftliche Anknüpfungspunkte und weitere methodische Überlegungen kurz dargelegt werden. Diese Forschungsreflexion soll auch die Möglichkeit bieten, mit spezifischeren oder abgeleiteten Forschungsfragen und Interessen an diese Studie anzuknüpfen.

In der vorliegenden wissenschaftlichen Studie wurde herausgearbeitet, inwieweit sich vor dem Hintergrund der Krisenanfälligkeit der EU Herrschafts- und Machtverhältnisse innerhalb der Bevölkerung manifestieren. Um dieses Vorhaben zu konkretisieren, wurden die von Georgi und Kannankulam identifizierten Hegemonieprojekte zum Ausgangspunkt der Arbeit. Mit den Daten des European Social Surveys von 2014 wurden anhand bestimmter Einstellungen Cluster gebildet, die anschließend den Hegemonieprojekten zugeordnet wurden. Mithilfe einer der Clusteranalyse vorgelagerten Faktorenanalyse konnten acht clusterbildende Faktoren und weitere vier clusterbeschreibende Faktoren identifiziert werden. Während Wohlfahrtschauvinismus, Voraussetzungen für die Immigration, Altruismus, Konservatismus, Einstellung gegenüber der Immigration, Hedonismus, soziales Vertrauen und Rassismus als clusterbildende Faktoren fungierten, dienten das Vertrauen ins nationale politische System, die Zufriedenheit mit der Funktionalität des Staates sowie Vertrauen in den Rechtsstaat, institutionelles Vertrauen international und die politische Beteiligung als clusterbeschreibende Faktoren. Auch die einzelne Variable des politischen Interesses wurde in die Clusterbeschreibung miteinbezogen. Durch die Benennung und Beschreibung der vier gebildeten Cluster konnte ermittelt werden, welchen Hegemonieprojekten diese nahe stehen bzw. welche Hegemonieprojekte von den unterschiedlichen Clustern unterstützt werden. Mit dieser Zuordnung war es möglich, einen Ausblick auf die Entwicklung der EU zu geben.

Doch um überhaupt diese Krisenanfälligkeit und den Begriff der Hegemonie näher beleuchten zu können, war es nötig, sich mit einigen theoretischen Überlegungen vertraut zu machen. Zum Einen half das Hegemoniekonzept nach Gramsci, diesen Begriff zu fassen und zu verstehen, was genau mit einem Hegemonieprojekt gemeint ist. Auf der anderen Seite konnte die Krisenanfälligkeit kapitalistischer Staaten mithilfe der Regulationstheorie deutlich gemacht werden. Noch vor der Besprechung der Krisenanfälligkeit war es von Nöten, sich einen klaren Begriff vom kapitalistischen Staat zu machen. Hier hat sich die Staatstheorie von Poulantzas als besonders geeignet herausgestellt, da auch in der Regulationstheorie immer wieder auf diese Bezug genommen wird. Anhand der krisenhaften Entwicklung der EU und der Veränderung des deutschen Wohlfahrtsstaats konnten die Theorien konkretisiert und auf die Praxis angewandt werden.

In Poulantzas Staatstheorie wird der Staat als materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses gesehen. Soziale Kräfteverhältnisse sind dafür verantwortlich, dass sich ein Staat verändert. Durch die Trennung von Staat und Wirtschaft in kapitalistischen Systemen fehlt

die unmittelbare Übersetzung von ökonomischen Abläufen in politische. Diese Trennung ermöglicht es, politische und ökonomische Krisen getrennt voneinander zu analysieren, ohne vom Einen zwangsläufig aufs Andere zu schließen. Während der Kapitalismus ökonomischen Nutzen und Maximierung als Ziel hat, gilt es dem Sozial- oder Wohlfahrtsstaat politische Kämpfe zu regulieren. Die Produktionsverhältnisse und die gesellschaftliche Arbeitsteilung gelten als Grundlage des materiellen Aufbaus im Staat. Zur Gewaltlegitimation und Konsensfindung bedient sich der Staat der Ideologie, um die politische Herrschaft zu sichern. Die Staatsapparate verkörpern die herrschende Ideologie. Materielle Produktion gilt Poulantzas als Konsens der Massen und sichert dem Staat ebenfalls seine Macht. So kann der Staat durch materielle Darbietungen an die Beherrschten aufrecht erhalten werden.

Der Kern der Regulationstheorie ist es, zu erschließen, wieso der Kapitalismus in unserer Gesellschaft unangefochtenes dominantes Wirtschaftssystem ist, obwohl er wiederkehrende und weitreichende Krisen mit sich bringt. Im Zentrum der Regulationstheorie steht aber nicht nur die kapitalistische Akkumulation sondern das Zusammenspiel dieser mit gesellschaftlicher Regulation. Jede Form der Marktgesellschaft – in der Regulationstheorie als Akkumulationsregimes bezeichnet – birgt in sich Widersprüche, die durch Institutionen und Werte aufgelöst werden sollen. Dadurch beginnt ein neues Akkumulationsregime, eine neue Phase, mit neuen Widersprüchen, die es wieder gilt, durch krisenhafte Umstrukturierungen aufzulösen. Durch diesen fortlaufenden Prozess bleibt der Kapitalismus fortbestehen. Im Kapitalkreislauf möchte die Allgemeinheit ihre Lebensweise ständig verbessern. Aufgrund sozialer Kräfteverhältnisse ist diese Bestrebung zunehmend prekär. So bilden sich Zusammenschlüsse aus, deren Meinungsbildungsprozess von sog. Intellektuellen beeinflusst wird. Solange diesen Zusammenschlüssen bestimmte Vorteile im System gewährt werden, gelingt die Aufrechterhaltung dieses Systems und die Hegemonie ist gesichert.

Die Kompromissbereitschaft der herrschenden Gruppe, bzw. ob den Zusammenschlüssen gewisse Vorteile gewährt werden, hängt von der ökonomischen Stellung der Herrschenden ab. So kann beispielsweise die Integration oppositioneller Kräfte zur Stabilität der Hegemonie führen. Hegemonie meint also die Gewährleistung der Vormachtstellung der Herrschenden über die Beherrschten ohne Repression, da durch das Abwägen von Kompromissen der Glaube an ein System innerhalb der Gruppe der Beherrschten reproduziert werden kann.

Demnach bezeichnen Hegemonieprojekte Bestrebungen, bestimmte Interessen oder gesellschaftliche Kräfte mithilfe bestimmter Strategien zu verallgemeinern und durchzusetzen. Durch die dynamische Verflechtung dieser Projekte werden gesellschaftliche Kämpfe nicht mehr nur auf Klassenunterschiede reduziert, sondern beziehen auch die gegenseitige Durchdringung der Klassen mit ein, welche auf der Kompromissbereitschaft zwischen den AkteurInnen basiert.

Alle vier Cluster – das politisch-weltoffene, das unzufrieden-zukurzgekommene, das unpolitisch-nationalistische und das skeptisch-konservative – konnten zu bestimmten Teilen allen fünf Hegemonieprojekten – dem neoliberalen, dem national-konservativen, dem pro-europäisch-sozialen, dem national-sozialen und dem links-alternativen – zugeordnet werden. Aus dieser Zuordnung lässt sich tatsächlich eine tiefe Spaltung der EU ablesen. So sind zwar insgesamt jene Cluster, die prozentual am stärksten in der EU vertreten sind, der EU gegenüber eher negativ eingestellt, allerdings verfügen die Personen der Cluster pro EU über weitaus mehr politisches Interesse und beteiligen sich viel stärker an der Politik. Demnach ist zwar die Masse der GegnerInnen in der EU größer, die EU-BefürworterInnen verfügen aber über mehr Ressourcen, wie Haushaltsnettoeinkommen und politische Partizipation zeigen, und haben somit größeren Einfluss. Obwohl eine weitere Integration der EU lediglich vom kleinsten der Cluster gefordert wird – und zwar von den politisch-Weltoffenen – darf nicht außer Acht gelassen werden, welchen Stellenwert politisches Interesse und politische Partizipation in diesem Zusammenhang haben. Deshalb ist es zunächst verwunderlich, dass sich lediglich das kleinste der Cluster ganz deutlich für eine weitere Integration der EU ausspricht. Politisches Interesse richtet sich ja zunächst daran aus, für wie bedeutend politische Entscheidungen erachtet werden, weshalb es als Indikator dafür gilt, welche Relevanz BürgerInnen dem politischen Geschehen beimessen. Das Erachten politischer Entscheidungen als bedeutend ist Ausgangspunkt für die Motivation zur Information bzw. für politisches Engagement. (vgl. Schmidt 2011) Deshalb kann den politisch-Weltoffenen vielleicht mehr gesellschaftliche und vor allem politische Relevanz zugesprochen werden, auch wenn sie gerade einmal 15% der EU-Bevölkerung ausmachen.

Da leider nicht alle Länder der EU vom European Social Survey Welle 7 abgedeckt werden konnten, fehlen einige bedeutende Länder im EU-Vergleich, wie beispielsweise Griechenland oder Italien. Die Ergebnisse dieser Studie müssen also vor diesem Hintergrund betrachtet werden.

Da die verwendeten empirischen Daten aus dem Jahr 2014 stammen, geht aus der Analyse nicht hervor, welche Bevölkerungsanteile aktuell den jeweiligen Clustern bzw. Hegemonieprojekten zuzuordnen wären. Deshalb kann an diese Arbeit mit aktuelleren Studien zu diesem Thema angeschlossen werden und ggf. ein Längsschnittvergleich angestellt werden. Mithilfe eines Längsschnittvergleichs wäre zudem möglich, die Auswirkungen der einzelnen kapitalistischen Phasen inklusive Krisen auf die Einstellungen der europäischen Bevölkerung zu erforschen.

Des Weiteren wäre es spannend, die Ausprägungen der operationalisierten Werte in den einzelnen EU-Staaten und deren Regionen näher zu beleuchten und diese nicht nur quantitativ-deskriptiv sondern auch qualitativ zu beforschen. So könnten die Ergebnisse dieser Analyse genauer interpretieren oder auch die Entwicklung einzelner Werte in bestimmten Regionen nachgezeichnet werden, um aufzudecken, warum bestimmte Werte und damit verbunden die identifizierten Cluster in einigen Regionen stärker vertreten sind als in anderen.

Mit einem veränderten theoretischen Rahmen und qualitativen Methoden könnte man außerdem versuchen, die Entstehung und Entwicklung bestimmter Einstellungen und Einstellungsmuster im Kontext der Regulationstheorie zu analysieren, um herauszufinden, wie es zu Einstellungskombinationen innerhalb der Cluster kommt.

7 Literaturverzeichnis

- ADORNO, T. W. 1966. Gesellschaft. Stichwort, in: Kunst, H./Grundmann, S./Schneemelcher, W. (Hg.). Evangelisches Staatslexikon. Stuttgart/Berlin: Kreuz Verlag. S. 636-643.
- ALTHUSSER, L. 1968. Für Marx. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN DER LÄNDER. 2018. Bruttoinlandprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2017. Reihe 1, Länderergebnisse Band 1. <https://www.statistik-bw.de/VGRdL/tbls/RV2014/R1B1.zip> [abgerufen: 23.5.2018].
- ATZMÜLLER, R. 2013. Der Wohlfahrtsstaat aus regulationstheoretischer Perspektive, in: Atzmüller R./Becker, J./Brand, U./Oberndorfer, L./Redak, V./Sablowski, T. (Hg.) Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot. S. 150-169.
- AULENBACHER, B./RIEGRAF, B. 2013. Kapitalismus und Krise – eine Frage von Ökonomie und Klasse? Über kapitalismuskritische Öffnungen in Sachen Reproduktion, Geschlecht und Ethnie. in: Atzmüller R./Becker, J./Brand, U./Oberndorfer, L./Redak, V./Sablowski, T. (Hg.) Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot. S. 90-110.
- BALIBAR, E. 2003. Sind wir Bürger Europas? Politische Integration, soziale Ausgrenzung und die Zukunft des Nationalen. Hamburg: Hamburger Edition.
- BALIBAR, E. 2016. Europa: Krise und Ende? Münster: Westfälisches Dampfboot.
- BECKERT, J. 2004. Transnationale Solidarität: Chancen und Grenzen. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- BEGG, I. 2016. Brexit: Warum, was nun und wie? In integration (Vierteljahreszeitschrift des Instituts für Europäische Politik in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis für Europäische Integration), 2016, Heft 3. S. 230-241.
- BIELING, H./STEINHILBER, J. 2000. Hegemoniale Projekte im Prozess der europäischen Integration. In dies. (Hg.). Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 102- 130.
- BIELING, H. 2011. Die EU in der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise: Konturen und innere Widersprüche des europäischen Krisenmanagements. In Kessler, O. (Hg.). Die Internationale Politische Ökonomie der Weltwirtschaftskrise. Wiesbaden: Springer VS. S. 161-182.
- BIELING, H. 2013. Die Krise der Europäischen Union aus der Perspektive einer neo-gramscianisch erweiterten Regulationstheorie. in: Atzmüller R./Becker, J./Brand, U./Oberndorfer, L./Redak, V./Sablowski, T. (Hg.) Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot. S. 309-328.
- BIERHOFF, H./ROHMANN, E. 2014. Einstellung. In Edrweit, G./Trommsdorff, G./Burzan, N. Wörterbuch der Soziologie. 3., völlig überarbeitete Auflage. Konstanz: UKV Verlagsgesellschaft. S. 87-89.

- BRÄHLER, E./DECKER, O. 2014. Die „Mitte“-Studien der Universität Leipzig. Repräsentativerhebung 2014. https://www.uni-leipzig.de/service/kommunikation/medienredaktion/nachrichten.html?ifab_id=5531&ifab_modus=detail [abgerufen: 23.5.2018].
- BRAND, U. 2014. Transition und Transformation: Sozialökologische Perspektiven. In Brie, M. (Hg.). *Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 242-280.
- BRODKORB, M. 2003. *Metamorphosen von rechts. Eine Einführung in Strategie und Ideologie des modernen Rechtsextremismus*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- BUNDESWAHLEITER. 2017. *Ergebnisse der Bundestagswahl 2017*. Wiesbaden. <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/ergebnisse.html> [abgerufen: 12.10.2017].
- BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG. 2011. *Angehörige ausgewählter Religionen*. <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europa/70539/themengrafik-religionszugehoerigkeit> [abgerufen: 12.01.2018].
- BUTTERWEGGE, C. 2008. Rechtfertigung, Maßnahmen und Folgen einer neoliberalen (Sozial-)Politik. In Butterwegge, C./Lösch, B./Ptak, R.(Hg.). *Kritik des Neoliberalismus*. 2., verbesserte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- BUTTERWEGGE, C. 2012. *Krise und Zukunft des Sozialstaates*. <http://www.christophbutterwegge.de/texte/Krise%20und%20Zukunft%20des%20Sozialstaates.pdf> [abgerufen: 30.5.16].
- BUTTERWEGGE, C. 2014. *Krise und Zukunft des Sozialstaates*. 5., aktualisierte Auflage. Wiesbaden: Springer VS.
- DEMIROVIC, A. 1992. Regulation und Hegemonie. Intellektuelle, Wissenspraktiken und Akkumulation. In Demirovic, A./Krebs, H./Sablowski, T. (Hg.): *Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess*. Münster. S. 128-157.
- DEMIROVIC, A. 2007. *Aktualität und Probleme materialistischer Staatstheorie*. 2. überarbeitete und erweiterte Auflage. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- DEMIROVIC, A. / ADOLPHS, S. 2010. *Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis*. Staatsverständnisse Band 30. Baden-Baden: Nomos.
- DEMIROVIC, A. 2012. Löwe und Fuchs – Antoni Gramscis Beitrag zu einer kritischen Theorie bürgerlicher Herrschaft. In Imbusch, P. (Hg.). *Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftlicher Theorien und Konzeptionen*. 2. aktualisierte und erweiterte Ausgabe. Wiesbaden: Springer VS.
- DERSTANDARD.AT 2018. *Konservative Abgeordnete fordern May zu hartem Brexit auf*. In <https://derstandard.at/2000074726347/Konservative-Abgeordnete-fordern-May-zu-hartem-Brexit-auf> [abgerufen: 24.02.2018].
- DETH VAN, J. 2009. *Politische Partizipation*. In Kaina, V./Römmele, A. (Hg.). *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*. Wiesbaden: Springer VS. S. 141-162.

- DINGELDEY, I. 2011. Der aktivierende Wohlfahrtsstaat: Governance der Arbeitsmarktpolitik in Dänemark, Großbritannien und Deutschland. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- ENDRUWEIT, G. 2011. Tradition. In Fuchs-Heinritz, W./Klimke, D./ Lautmann, R./Rammstedt, O./Stäheli, U./ Weischer, C./Wienold, H. (Hg.). Lexikon zur Soziologie. 5. Auflage. Wiesbaden: Springer VS. S. 566.
- ENGLER, M. 2016. Zur Entstehung europäischer Solidarität. Wiesbaden: Springer VS.
- ESER, P. 2008. Perspektiven der Regulationstheorie. Sozialtheoretischer Reformulierungsversuche. Hamburg: Diplomica Verlag.
- ESPING-ANDERSEN, G. 1990. The Three Worlds of Welfare Capitalism. Polity Press. Cambridge.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION. 2016. Bessere Einhaltung der EU-Rechtsvorschriften durch die Mitgliedstaaten – weitere Anstrengungen erforderlich, um das Potenzial des Binnenmarkts voll zu erschließen. Pressemitteilung vom 18. Juli 2016. http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-2245_de.htm [abgerufen am 10.09.2017].
- EUROPEAN SOCIAL SURVEY (ESS) (o.J.): Über den European Social Survey. <http://www.europeansocialsurvey.org/about/country/germany/index.html> [abgerufen am 16.01.2018].
- FABRE, J./HINCKER F./SÈVE L. 1977. Les communistes et l'état. Paris: Editions sociales.
- FIELD, A. 2013. Discovering Statistics Using IBM SPSS. 4th Edition. London/Thousand Oaks/New Dehli/Singapur: Sage.
- FONTANA, B. 2006. State and Society: The Concept of Hegemony in Gramsci. In Haugaard, M./Lentner, H. (Hg.). Hegemony and Power. Consensus and Coercion in Contemporary Politics. Lanham: Lexington Books. S. 23-24.
- FORSCHUNGSGRUPPE „STAATSPROJEKT EUROPA“. 2014. Kämpfe um Migrationspolitik: Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung. Bielefeld: transkript Verlag.
- FRINGS, C. 2010. Soziales Vertrauen. Eine Integration der soziologischen und der ökonomischen Vertrauensstheorie. Wiesbaden: Springer VS.
- GABRIEL, O. W. 2017. Politikverdrossenheit in Deutschland. In Gesellschaft, Wirtschaft, Politik (GWP), Heft 4/2017. Budrich Journals. S. 537-546.
- GARLAND, D. 2001. Kultur der Kontrolle. Verbrechensbekämpfung und soziale Ordnung in der Gegenwart. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- GENERALDIREKTION KOMMUNIKATION DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION. 2017. Die Geschichte der Europäischen Union. https://europa.eu/european-union/about-eu/history_de [abgerufen am 23.09.2017].
- GEORGI, F. / KANNANKULAM, J. 2012. Die Europäische Integration als materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen. Hegemonieprojekte im Kampf um das ‚Staatsprojekt Europa‘. Arbeitspapier Nr.30. Marburg: Forschungsgruppe Europäische Integration.
- GRAMSCI, A. 1980. Zu Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften. Leipzig: Verlag Philipp Reclam jun.

- GRAMSCI, A. 2012. Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe. Band 1-10. Hamburg: Argument Verlag. (zitiert als GH).
- GREVEN, L. 2016. Flüchtlingspolitik. Europa zerbröselt. In: Zeit Online vom 26.02.2016 <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-02/fluechtlingspolitik-europa-fluechtlingskrise-spaltung-angela-merkel>. [abgerufen: 28.06.16].
- GUTTANDIN, F. 2011. Konservativismus. In Fuchs-Heinritz, W./Klimke, D./ Lautmann, R./Rammstedt, O./Stäheli, U./ Weischer, C./Wienold, H. (Hg.). Lexikon zur Soziologie. 5. Auflage. Wiesbaden: Springer VS. S. 365-366.
- HENTGES, G./FLECKER, J. 2006. Die Sirenen-Gesänge des europäischen Rechtspopulismus. In: Bathke, Peter/Spindler, Susanne (Hrsg.): Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien. Berlin: Karl Dietz Verlag. S. 122-146.
- HENTGES, G. 2011. Die extreme Rechte in Europa – zwischen niederländischem Rechtspopulismus und ungarischem Rechtsextremismus. In Hentges, G./ Platzer, H. (Hg.). Europa – quo vadis? Ausgewählte Problemfelder der europäischen Integrationspolitik. Wiesbaden: Springer VS. S. 235-276.
- HIRSCH, J. 1992. Regulation, Staat und Hegemonie. In Demirovic, A./Krebs, H./Sablowski, T. (Hg.): Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess. Münster. S. 203-231.
- HUND, W. 2005. Vergesellschaftung durch Entmenschlichung. Perspektiven der historischen Rassismusforschung. In: Zeitschrift Marxistische Erneuerung Nr. 63, September 2005.
- JESSOP, B. 2003. Changes in welfare regimes and the search for flexibility and employment. In Overbeek, H. (Hg.) The Political Economy of European Unemployment: European Integration and the Transnationalization of the Employment Question. London/New York: Routledge. S. 29-50.
- KAINDL, C. 2006. Antikapitalismus und Globalisierungskritik von rechts – Erfolgskonzepte für die extreme Rechte? In: Bathke, Peter/Spindler, Susanne (Hrsg.): Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien. Berlin: Karl Dietz Verlag. S. 60-75.
- KLEINERT, H. 2008. Mythos 1968. In APuZ. Aus Politik und Zeitgeschichte. 14-15/2008. S. 8-15.
- KLIMA, R. 2011. Altruismus. In Fuchs-Heinritz, W./Klimke, D./ Lautmann, R./Rammstedt, O./Stäheli, U./ Weischer, C./Wienold, H. (Hg.). Lexikon zur Soziologie. 5. Auflage. Wiesbaden: Springer VS. S. 28.
- LIPIETZ, A. 1985. Mirages et miracles: problemes de l'industrialisation dans le tiers monde. Paris: La Découverte.
- LIPIETZ, A. 1992. Vom Althusserismus zur „Theorie der Regulation“, in Demirovic, A./Krebs, H./Sablowski, T. (Hg.). Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 9-54.

- LIPIETZ, A. 1998. Nach dem Ende des „Goldenen Zeitalters“. Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften. Ausgewählte Schriften, herausgegeben von Krebs, H. Hamburg: Argument Verlag.
- MARX, K./ENGELS F. 1956-1990. Werke. Berlin: Dietz Verlag. (zitiert als MEW).
- MENDE J. 2009. Ideologie, Basis-Überbau und Wahrheit. Dialektische Kategorien bei Antonio Gramsci? In Müller, S. (Hg.). Probleme der Dialektik heute. Wiesbaden: Springer VS. S. 113-138.
- MOREAU, P. 2002. „Kulturelle Hegemonie“ – Gramsci und der Gramscismus. In Backes, U./Courtois, S. (Hg.). „Ein Gespenst geht um in Europa“. Das Erbe kommunistischer Ideologien. Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung Band 20. Köln/Weimar/Wien: Böhlau Verlag. S. 259-284.
- MÜLLER, P. 2005. Das Zuwanderungsgesetz – Instrumentarium für eine effektive Steuerung und Begrenzung der Migration. In: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften, Vol. 3(2), 2005. S. 245-257.
- OPRATKO, B. 2012. Hegemonie. Politische Theorie nach Antonio Gramsci. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.
- OSWALD, INGRID 2007. Migrationssoziologie. Konstanz: UKV Verlagsgesellschaft.
- PÖGE, A. 2017. Werte im Jugendalter. Stabilität – Wandel – Synthese. Wiesbaden: Springer VS.
- POULANTZAS, N. 1975. Politische Macht und gesellschaftliche Klassen. 2. überarbeitete Auflage. Frankfurt am Main: Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag.
- POULANTZAS, N. 2002. Staatstheorie: Politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Etatismus. Hamburg: VSA-Verlag.
- ROTH, G. 1972. Gramscis Philosophie der Praxis. Eine neue Deutung des Marxismus. Düsseldorf: Patmos Verlag.
- RYDGREN, J. 2006. Vom Wohlfahrtschauvinismus zur ideologisch Begründeten Fremdenfeindlichkeit. Rechtspopulismus in Schweden und Dänemark. In: Decker, Frank (Hrsg.): Populismus. Gefahr für Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 165-190.
- SANTUCCI, A. 2010. Antonio Gramsci. New York: Monthly Review Press.
- SAUER, B. 2001. Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- SCHELLENBERG, B. 2017. Rechtspopulismus im europäischen Vergleich – Kernelemente und Unterschiede.
<http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/240093/rechtspopulismus-im-europaeischen-vergleich-kernelemente-und-unterschiede> [abgerufen: 03.02.2018].
- SCHENDERA, C. 2010. Clusteranalyse mit SPSS. Mit Faktorenanalyse. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- SCHERRER, C./BRAND, U. 2005. Contested Global Governance. Konkurrierende Formen und Inhalte globaler Regulierung. In Behrens, M. (Hg.) Globalisierung als politische

- Herausforderung. Global Governance zwischen Utopie und Realität. Wiesbaden: Springer VS. S. 115-130.
- SCHMIDT, A. 2009. Die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 – die erste Bewährungsprobe für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion. In *integration* 4/2009. S. 388-397.
- SCHMIDT, S. 2011. Politisches Interesse. <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/langewege-der-deutschen-einheit/47506/politisches-interesse?p=all> [abgerufen: 13.04.2018].
- SCHULTEN, T. 2011. Zwischen offenen Arbeitsmärkten und transnationalem Lohngefälle. Gewerkschaften und Migration im Zuge der EU-Osterweiterung. In Hentges G./Platzer, H. (Hg.). *Europa – quo vadis? Ausgewählte Problemfelder der europäischen Integrationspolitik*. S. 127-150.
- SCHULZE WESSEL, J. 2017. Krise! Welche Krise? Von der „Flüchtlingskrise“ zur Krise der europäischen Flüchtlings- und Migrationspolitik. In *Indes (Zeitschrift für Politik und Gesellschaft)*, Band 6. S. 61-68.
- SCHULTZE, O. 2010(1). Hegemonie. In Nohlen, D./Schultze, R. (Hg.). *Lexikon der Politikwissenschaft*. Becksche Reihe. 4., aktualisierte und ergänzte Auflage. München: C.H. Beck. S. 357f.
- SCHULTZE, O. 2010(2). Staat. In Nohlen, D./Schultze, R. (Hg.). *Lexikon der Politikwissenschaft*. Becksche Reihe. 4., aktualisierte und ergänzte Auflage. München: C.H. Beck. S. 1012f.
- SOYSAL, Y. N. 2012. Citizenship, Immigration and the European social project: rights and obligations auf individuality. In *The British Journal of Sociology* 2012 Volume 63 Issue 1. Oxford: Blackwell Publishing.
- STRATENSCHULTE, E. 2018. Dossier: Die Europäische Union. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- STATISTISCHES BUNDESAMT. 2018(1). Bundestagswahl 2017: Endgültiges Ergebnis. https://www.bundeswahlleiter.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2017/34_17_endgueltiges_ergebnis.html [abgerufen: 03.02.2018].
- STATISTISCHES BUNDESAMT. 2018(2). Bevölkerung und Erwerbsfähigkeit 2017. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters. Fachserie 1, Reihe 2. <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/MigrationIntegration/AuslaendischeBevolkerung/Tabellen/Bundeslaender.html> [abgerufen: 14.06.2018].
- TABACHNICK, B./FIDELL, L. 2014. *Using Multivariate Statistics*. 6th Edition. Edinburgh: Pearson Education Limited.
- ULLRICH, C. 2005. *Soziologie des Wohlfahrtsstaats: Eine Einführung*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- UNITED NATIONS HIGH COMMISSIONER FOR REFUGEES (UNHCR). 2017. Figures at a Glance. Statistical Yearbooks. <http://www.unhcr.org/figures-at-a-glance.html> [abgerufen: 19.02.2018].

- VERWIEBE, R. 2004. Transnationale Mobilität innerhalb Europas. Eine Studie zu den sozialstrukturellen Effekten der Europäisierung. Berlin: edition sigma.
- VRIES, C. /HOFFMANN, I. 2016. Globalisierungsangst oder Wertekonflikt? Wer in Europa populistische Parteien wählt und warum. Bertelsmann Stiftung, eupinions 2016/3.
- WACQUANT, L. 2013. Bestrafen der Armen: zur neoliberalen Regierung der sozialen Unsicherheit. 2. Auflage. Opladen: Budrich.
- WELFENS, P. 2017. Brexit ausversehen. Europäische Union zwischen Desintegration und neuer EU. Wiesbaden: Springer VS.
- WELZEL, C. 2009. Werte- und Wertewandelforschung. In Kaina, V./Römmele, A. (Hg.). Politische Soziologie. Ein Studienbuch. Wiesbaden: Springer VS. S. 109-140.
- WIENOLD, H./RAMMSTEDT O. 2011. Hedonismus. In Fuchs-Heinritz, W./Klimke, D./Lautmann, R./Rammstedt, O./Stäheli, U./Weischer, C./Wienold, H. (Hg.). Lexikon zur Soziologie. 5. Auflage. Wiesbaden: Springer VS. S. 275.
- WITTE, F. 2012. Transnational Solidarity and the Mediation of Conflicts of Justice in Europe. In European Law Journal, Vol. 18, Nr. 5, September 2012. S. 694 -710.
- ZÖLLER, M. 2014. Konservativismus. In Endruweit G./Trommsdorff, G./Burzan, N. (Hg.). Wörterbuch der Soziologie. 3. Auflage. Konstanz/München: UVK Verlagsgesellschaft. S. 240-241.

8 Anhang

8.1 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Mittelwerte der clusterbildenden Faktoren nach Clustern	79
Abbildung 2 Mittelwerte der clusterbeschreibenden Faktoren nach Clustern	79
Abbildung 3 Mittelwerte der Variable "politisches Interesse" nach Clustern	79

8.2 Liste der Indikatoren für die Faktorenanalyse und gebildete Faktoren

Faktor	ESS7 Variable	Frage
Vertrauen in das nationale politische System (7 Variablen) Komponente 1	PSPPSGV	In welchem Maße gibt das politische System im Land Menschen wie Ihnen eine Mitsprachemöglichkeit bei dem was die Regierung tut?
	PSPPIPL	In welchem Maße gibt das politische System im Land Menschen wie Ihnen Einfluss auf die Politik zu nehmen?
	ETAPAPL	Wie leicht finden Sie es, sich selbst am politischen Geschehen zu beteiligen?
	PTCPPLT	Wie sehr achten PolitikerInnen darauf, was ihre BürgerInnen denken?
	TRSTPLT	Vertrauen in die PolitikerInnen
	TRSTPRT	Vertrauen in die politischen Parteien
	TRSTPRL	Vertrauen in Bundestag/Parlament
Zufriedenheit mit der Funktionalität des Staates und Vertrauen in den Rechtsstaat (7 Variablen) Komponente 2	STFEDU	Wie zufrieden sind Sie mit dem heutigen Zustand des Bildungssystems?
	STFHLTH	Wie zufrieden sind sie mit dem Zustand des Gesundheitssystems?
	STFECO	Wie zufrieden sind Sie mit der Wirtschaft in diesem Land?
	STFGOV	Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer Regierung?
	STFDEM	Wie zufrieden sind Sie mit der Art und Weise, wie Demokratie in ihrem Land funktioniert?
	TRSTLGL	Vertrauen in die Justiz
	TRSTPLC	Vertrauen in die Polizei
Wohlfahrtschauvinismus (4 Variablen) Komponente 3	IMTCJOB	Würden Sie sagen, dass Zuwanderer, die ins Land kommen, generell den ArbeiterInnen die Jobs wegnehmen, oder dass sie dazu beitragen, neue Jobs zu schaffen?
	IMBLECO	Die meisten Zuwanderer, die ins Land kommen, arbeiten und zahlen Steuern. Sie nehmen auch Kranken- und Sozialleistungen in Anspruch. Im Ganzen betrachtet, glauben Sie, dass Zuwanderer, die ins Land gekommen sind, mehr herausholen als sie einzahlen, oder mehr einzahlen als sie herausholen?
	IMWBCNT	Wird das Land durch Zuwanderer zu einem schlechteren oder besseren Ort zum Leben?
	IMWBCRM	Nehmen durch Zuwanderer die Probleme mit der Kriminalität im Land zu oder nehmen sie ab?
Voraussetzungen für die Immigration (4 Variablen) Komponente 4	QFIMEDU	gute Bildung und Qualifikation zu haben
	QFIMLNG	die offizielle Landessprache sprechen zu können
	QFIMWSK	berufliche Fähigkeiten zu besitzen, die das Land braucht
	QFIMCMT	die Lebensgewohnheiten des Landes annehmen
Institutionelles Vertrauen international (3 Variablen) Komponente 5	TRSTEP	Wie sehr vertrauen Sie dem EU-Parlament persönlich?
	EUFTF	Sollte die Europäische Einigung weiter gehen oder ist sie schon zu weit gegangen?
	TRSTUN	Wie sehr vertrauen sie den Vereinten Nationen (UN) persönlich?

Altruismus (5 Variablen) Komponente 6	IPEQOPT	Für ihn/sie ist es wichtig, dass jeder Mensch auf dieser Welt gleich behandelt wird. Er/Sie glaubt, dass jeder Mensch die gleichen Chancen im Leben haben sollte.
	IPUDRST	Es ist ihm/ihr wichtig, Leuten zuzuhören, die von ihm/ihr verschieden sind. Auch wenn er/sie mit ihnen nicht übereinstimmt, möchte er/sie sie trotzdem verstehen.
	IPHLPPL	Es ist ihm/ihr wichtig, den Menschen in seiner/ihrer Umgebung zu helfen. Er/sie will für deren Wohl sorgen.
	IMPENV	Er/Sie ist überzeugt, dass sich die Menschen um ihre Umwelt kümmern sollen. Umweltschutz ist ihm/ihr wichtig.
	IPLYLFR	Es ist ihm/ihr wichtig, ihren FreundInnenen gegenüber loyal zu sein. Er/sie will sich für Menschen einsetzen, die ihm/ihr nahe stehen.
Konservativismus (6 Variablen) Komponente 7	IPFRULE	Er/Sie glaubt, dass Leute das machen sollten, was man ihnen sagt. Er/Sie meint, dass Leute sich immer und überall an Regeln halten sollten, selbst wenn es niemand sieht.
	IPBHRP	Es ist ihm/ihr wichtig, sich jederzeit korrekt zu verhalten. Er/sie vermeidet es, Dinge zu tun, die andere Leute für falsch halten könnten.
	IMPTRAD	Traditionen sind ihm/ihr wichtig. Er/Sie möchte jene Sitten und Gebräuche befolgen, die ihm/ihr durch Religion oder die Familie überliefert wurden.
	IPSTRGV	Es ist ihm/ihr wichtig, dass der Staat seine/ihre Sicherheit gegen alle Bedrohungen wahrt. Er/Sie möchte einen starken Staat, der seine Bürger verteidigen kann.
	IMPSAFE	Es ist ihm/ihr wichtig, in einem sicheren Umfeld zu leben. Er/sie vermeidet alles, was seine/ihre Sicherheit gefährden könnte.
	QFIMCHR	eine christliche Herkunft als Voraussetzung für die Immigration
Einstellung gegenüber Immigration (3 Variablen) Komponente 8	IMSMETN	Wie vielen Menschen, die derselben Volksgruppe oder ethnischen Gruppe wie die meisten Menschen im Land angehören, sollte das Land erlauben, sich hier niederzulassen?
	IMDFETN	Wie vielen Menschen, die einer anderen Volksgruppe oder ethnischen Gruppe als die meisten Menschen im Land angehören, sollte das Land erlauben, sich hier niederzulassen?
	IMPCNTR	Wie ist das mit Zuwanderern, die aus ärmeren Ländern außerhalb Europas stammen? Würden Sie sagen, dass es generell schlecht oder gut für die Wirtschaft ist, dass Zuwanderer ins Land kommen, um hier zu leben?
Hedonismus (5 Variablen) Komponente 9	IPCRTIV	Es ist ihm/ihr wichtig, neue Ideen zu entwickeln und kreativ zu sein. Er/Sie unternimmt alles gerne auf seine /ihre eigene Art und Weise.
	IMPDIFF	Er/Sie mag Überraschungen und hält immer Ausschau nach neuen Aktivitäten. Er/Sie denkt, dass im Leben Abwechslung wichtig ist.
	IMPFUN	Er/Sie lässt keine Gelegenheit aus, Spaß zu haben. Es ist ihm/ihr wichtig, Dinge zu tun, die ihm/ihr Vergnügen bereiten.
	IPADVNT	Er/Sie ist auf Abenteuer aus und nimmt dafür Risiken auf sich. Er/Sie möchte ein aufregendes Leben führen.
	IPGDTIM	Es ist ihm/ihr wichtig, Spaß zu haben. Er/sie gönnt sich gerne etwas.
Soziales Vertrauen (3 Variablen) Komponente 10	PPLTRST	Würden Sie ganz generell sagen, dass man den meisten Menschen vertrauen kann oder dass man im Umgang mit den Menschen nicht vorsichtig genug sein kann?
	PPLFAIR	Glauben Sie, dass die meisten Menschen versuchen, Sie auszunutzen, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten, oder würden sie sich Ihnen gegenüber fair verhalten?
	PPLHLP	Würden Sie sagen, dass die meisten Menschen im Großen und Ganzen versuchen, hilfsbereit zu sein, oder sind sie meistens nur auf den eigenen Vorteil bedacht?

Politische Partizipation (5 Variablen) Komponente 11	CONTPLT	Haben Sie im letzten Jahr Kontakt zu einem Politiker oder einer Amtsperson auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene aufgenommen?
	WRKPRTY	Haben Sie im letzten Jahr in einer politischen Partei oder Gruppierung mitgearbeitet?
	BADGE	Haben Sie im letzten Jahr ein Abzeichen oder einen Aufkleber einer politischen Kampagne getragen oder irgendwo befestigt?
	SGNPTIT	Haben Sie sich im letzten Jahr an einer Unterschriftensammlung beteiligt?
	PBLDMN	Haben Sie im letzten Jahr an einer genehmigten öffentlichen Demonstration teilgenommen?
Rassismus (3 Variablen) Komponente 12	SMEGBLI	Glauben Sie, dass gewisse Volksgruppen oder ethnische Gruppen von Natur aus weniger intelligent sind als andere?
	SMEGBHW	Glauben Sie, dass gewisse Volksgruppen oder ethnische Gruppen von Natur aus fleißiger sind als andere?
	SMCTMBE	Wenn Sie an die Welt von heute denken, würden Sie dann sagen, dass bestimmte Kulturen viel besser sind als andere oder dass alle Kulturen gleich gut sind?

8.3 Statistiken zur Faktorenanalyse

KMO- und Bartlett-Test

Maß der Stichprobeneignung nach Kaiser-Meyer-Olkin.		,920
Bartlett-Test auf Sphärizität	Ungefähres Chi-Quadrat	522137,183
	df	1485
	Signifikanz nach Bartlett	,000

Erklärte Gesamtvarianz

Komponente	Anfängliche Eigenwerte			Summen von quadrierten Faktorladungen für Extraktion			Rotierte Summe der quadrierten Ladungen		
	Gesamt	% der Varianz	Kumulierte %	Gesamt	% der Varianz	Kumulierte %	Gesamt	% der Varianz	Kumulierte %
1	10,208	18,560	18,560	10,208	18,560	18,560	4,135	7,517	7,517
2	4,590	8,345	26,905	4,590	8,345	26,905	3,840	6,982	14,499
3	3,430	6,237	33,142	3,430	6,237	33,142	2,973	5,405	19,905
4	2,185	3,972	37,114	2,185	3,972	37,114	2,790	5,072	24,977
5	1,860	3,382	40,497	1,860	3,382	40,497	2,624	4,771	29,747
6	1,831	3,329	43,826	1,831	3,329	43,826	2,620	4,764	34,511
7	1,522	2,768	46,593	1,522	2,768	46,593	2,454	4,462	38,974
8	1,363	2,478	49,072	1,363	2,478	49,072	2,427	4,413	43,387
9	1,281	2,329	51,401	1,281	2,329	51,401	2,247	4,085	47,472
10	1,213	2,206	53,607	1,213	2,206	53,607	2,053	3,732	51,204
11	1,128	2,052	55,659	1,128	2,052	55,659	1,951	3,547	54,751
12	1,086	1,974	57,632	1,086	1,974	57,632	1,585	2,881	57,632

Rotierte Komponentenmatrix

Variable	Komponente											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
PSPPSGV	,795	,172	,113	,073	,113	,050	,061	,063	-,041	,128	-,089	,036
PSPIPL	,765	,143	,127	,029	,119	,008	,049	-,002	-,020	,095	-,005	,019
ETAPAPL	,703	,262	,112	,092	,237	,001	,041	,016	-,033	,151	-,057	,012
PTCPPLT	,643	,092	,087	,032	,030	,095	,044	,137	-,062	,090	-,233	-,006
TRSTPLT	,554	,451	,069	,051	,462	-,032	,027	-,053	,010	,145	-,021	,041
TRSTPRT	,547	,423	,049	,057	,465	-,033	,026	-,040	-,011	,128	-,039	,033
TRSTPRL	,513	,482	,082	,050	,435	,037	,072	,020	,028	,122	-,041	,033
STFEDU	,068	,740	,068	-,034	,028	,010	,002	,046	-,044	,085	-,010	,021
STFHLTH	,060	,677	,085	,029	,123	-,030	-,096	-,070	-,048	,152	,006	-,028
STFECO	,400	,641	,132	,016	,001	-,061	,111	-,049	-,027	,111	,037	,031
STFGOV	,439	,623	,124	,032	,197	,021	,079	-,027	-,001	,100	,017	,046
STFDEM	,464	,598	,141	-,020	,161	-,078	,053	-,087	-,028	,033	,082	,022
TRSTLGL	,301	,531	,066	,034	,450	,088	,056	,077	,055	,189	-,039	,020
TRSTPLC	,155	,494	,020	-,038	,433	,156	,037	,010	,090	,208	-,018	-,019
IMTCJOB	,116	,094	,736	,093	,035	,046	,118	,050	,025	,087	-,042	,052
IMBLECO	,044	-,018	,711	,099	,121	-,039	-,017	-,004	-,004	,050	-,005	,086
IMWBCNT	,153	,201	,664	,044	-,020	,118	,180	,102	,028	,105	-,067	,038
IMWBCRM	,151	,188	,625	,095	,082	,110	,320	,112	,018	,095	-,074	,059
QFIMEDU	,149	,168	,624	,201	,133	,122	,280	,120	-,013	,129	-,076	,101
QFIMLNG	,012	-,032	,000	,814	,000	,014	,061	,049	,021	,016	-,026	,025
QFIMWSK	,076	,031	,082	,793	,017	,057	,147	,128	-,011	,035	-,032	,094
QFIMCMT	,063	,038	,125	,774	,060	,019	,070	,074	,020	,057	-,068	-,004
TRSTEP	,050	-,040	,199	,606	,050	-,045	,138	,101	-,008	,022	-,034	,093
EUFTF	,297	,203	,145	,036	,780	-,026	,024	-,032	-,068	,039	,010	,026
TRSTUN	,230	,219	,089	,055	,734	,049	,022	,020	-,035	,129	-,031	,009
IPEQOPT	,046	,007	,398	,025	,421	-,013	,169	,026	-,100	-,011	,012	,088
IPUDRST	,080	,033	,114	,059	-,012	,659	,063	-,051	-,127	,020	-,050	,036
IPHLPL	,018	,094	-,071	-,004	-,035	,657	,049	-,129	-,159	,036	-,024	-,056
IMPENV	,015	-,010	-,004	-,001	,007	,652	,028	-,188	-,137	,051	-,049	,003
IPLYLFR	-,002	-,055	,129	,094	,094	,612	,113	-,037	-,032	-,002	-,015	,167
IPFRULE	-,001	-,071	,074	-,037	,015	,548	,012	-,270	-,018	,054	-,067	-,023
IPBHPRP	,084	,011	,250	,206	,057	,101	,835	,126	-,027	,062	-,084	,089
IMPTRAD	,072	,043	,215	,101	,053	,096	,822	,084	-,005	,061	-,068	,027
IPSTRGV	,072	,001	,219	,249	,048	,105	,787	,104	-,039	,051	-,082	,103

Rotierte Komponentenmatrix

	Komponente											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
IMPSAFE	-,045	-,117	,064	-,020	,041	-,031	,047	,664	,006	-,004	-,022	,012
QFIMCHR	,000	-,001	,041	,101	,026	-,108	,069	,653	,036	-,050	,026	,039
IMSMETN	,030	-,043	,040	,042	,018	-,222	,030	,650	-,037	,021	-,051	,013
IMDFETN	,132	,051	,060	,164	-,044	-,260	,054	,543	-,040	,108	-,117	,028
IMPCNTR	,075	,049	,096	,192	-,063	-,314	,056	,506	,055	,098	-,026	,041
IPCRTIV	,003	,113	,023	,415	-,059	,299	,141	,416	-,035	-,022	-,010	,136
IMPDIF	-,069	,027	-,060	-,055	-,038	,030	,020	-,069	,767	-,014	,063	,006
IMPFUN	-,022	-,044	,110	,006	,005	-,104	-,037	,069	,759	-,040	-,023	-,020
IPADVNT	-,002	-,086	,032	,052	,000	-,166	-,066	-,012	,693	,049	-,030	,019
IPGDTIM	-,018	,046	-,077	,013	-,050	-,238	,035	,022	,692	,013	,063	,014
PPLTRST	,141	,207	,096	,042	,097	,070	,076	,057	,010	,766	-,022	,022
PPLFAIR	,174	,145	,123	,009	,072	,030	,031	-,023	,001	,745	,012	,034
PPLHLP	,202	,216	,135	,093	,116	,045	,060	,063	-,005	,731	-,051	,045
CONTPLT	-,006	-,082	,000	-,091	-,046	-,005	-,045	-,015	,025	-,041	,669	-,015
WRKPRTY	-,126	,038	-,059	,007	,017	,061	-,008	,085	,010	,034	,650	-,028
BADGE	,084	,053	-,035	-,038	-,075	-,039	-,104	-,090	,059	,007	,579	-,032
SGNPTIT	-,159	,035	-,056	,009	,054	-,059	,025	,023	-,024	-,005	,570	,038
PBLDMN	-,054	-,039	,015	-,044	,026	-,247	-,062	-,275	-,015	-,071	,503	-,009
SMEGBLI	,078	-,006	,007	,126	,009	-,068	,100	-,007	-,022	,050	-,027	,750
SMEGBHW	,051	,103	,062	,074	-,013	,118	,071	,110	,049	,075	-,046	,720
SMCTMBE	-,046	-,035	,175	,009	,065	,050	-,005	,032	-,003	-,034	,026	,597

8.4 Statistiken zur Clusteranalyse

Clusterzentren der endgültigen Lösung

	Cluster			
	1	2	3	4
Wohlfahrtschauvinismus	,31966	-,16001	-,04693	,02620
Voraussetzungen für die Immigration	,43762	-,15108	,02822	-,16335
Altruismus	,15321	-,19285	-,31132	,54652
Konservativismus	1,95813	-,20705	-,35770	-,45140
Einstellung gegenüber Immigration	,16391	-,30336	-,53511	,93368
Hedonismus	-,06658	-,01941	,00012	,05050
Soziales Vertrauen	,10036	-,05024	,05428	-,08120
Rassismus	,17527	-1,42067	,65118	,21539

ANOVA

	Cluster		Fehler		F	Sig.
	Mittel der Quadrate	df	Mittel der Quadrate	df		
Wohlfahrtschauvinismus	179,654	3	,965	24399	186,187	,000
Voraussetzungen für die Immigration	333,797	3	,956	24399	349,290	,000
Altruismus	1010,816	3	,852	24399	1186,208	,000
Konservativismus	5568,863	3	,314	24399	17715,263	,000
Einstellung gegenüber Immigration	2880,240	3	,640	24399	4500,925	,000
Hedonismus	11,417	3	,993	24399	11,496	,000
Soziales Vertrauen	39,451	3	,981	24399	40,198	,000
Rassismus	5099,237	3	,370	24399	13790,558	,000

Anzahl der Fälle in jedem Cluster

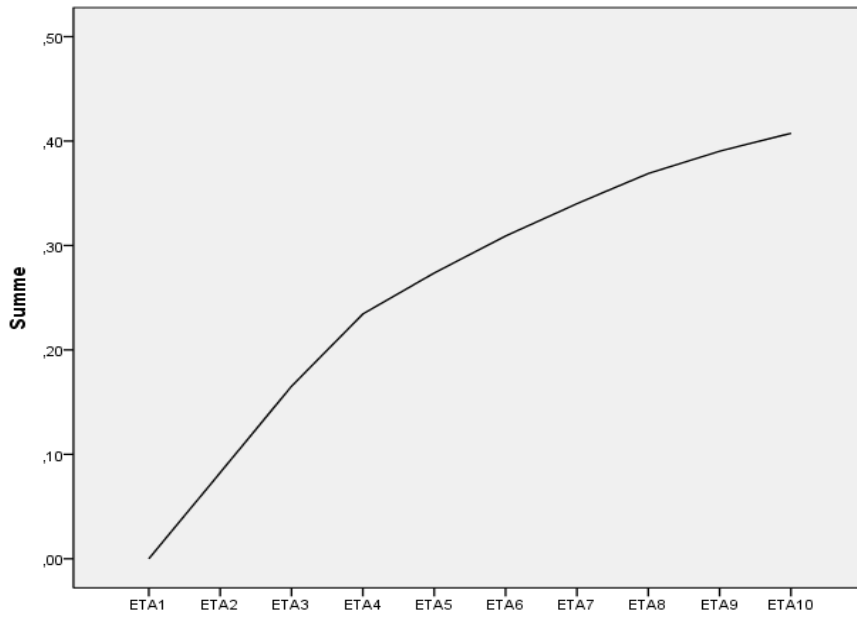
Cluster	1	3663,000
	2	5494,000
	3	8975,000
	4	6271,000
Gültig		24403,000
Fehlend		,000

Bericht

Summe

DISQSM1	DISQSM2	DISQSM3	DISQSM4	DISQSM5	DISQSM6
193503,55	177542,23	161531,07	148133,12	140547,34	133696,59

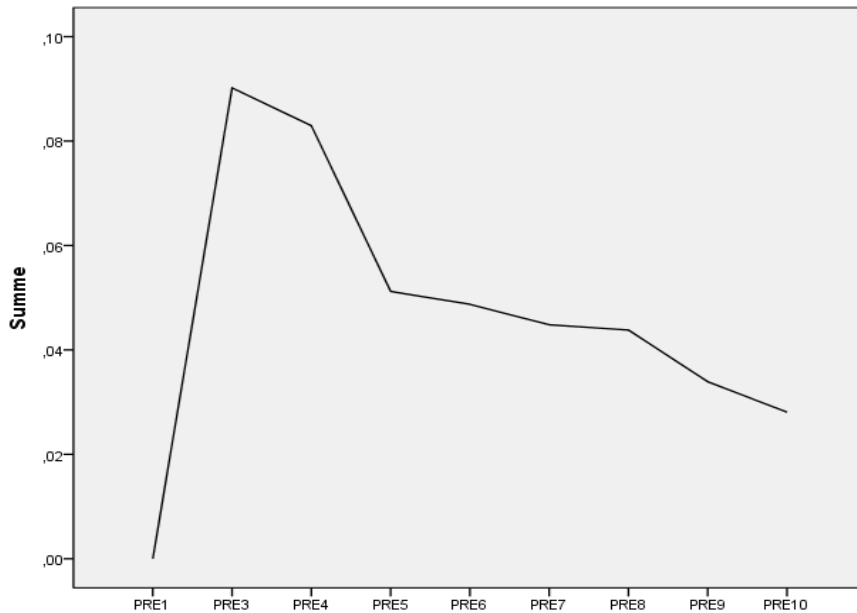
ETA-Werte (Kriterium der aufgeklärten Streuung)



ETA1	ETA2	ETA3	ETA4	ETA5	ETA6	ETA7	ETA8	ETA9	ETA10
,00	,08	,17	,23	,27	,31	,34	,37	,39	,41

Number of cases read: 1 Number of cases listed: 1

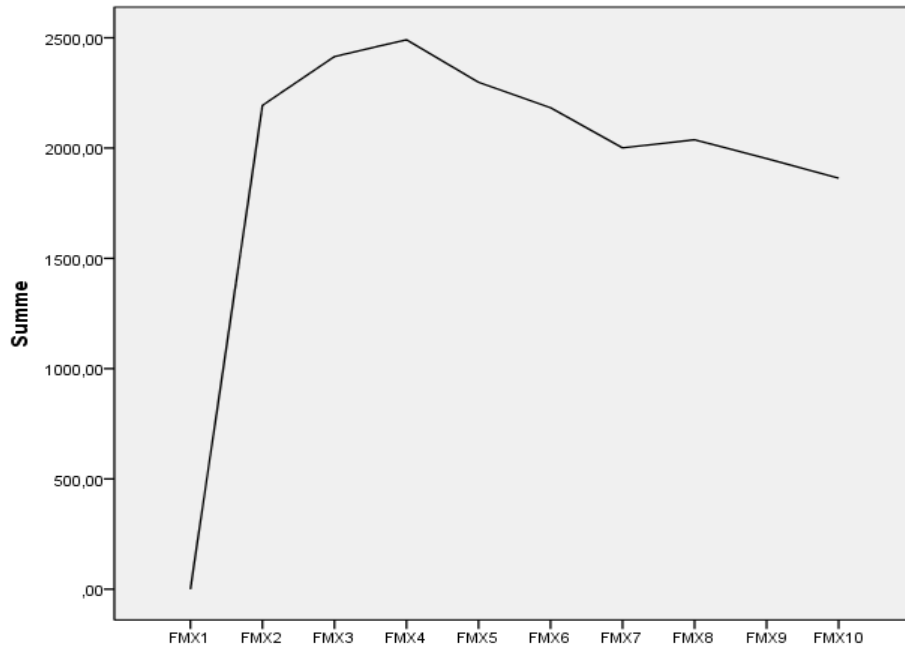
PRE-Werte (Kriterium der relativen Verbesserung der Erklärung der Streuung)



PRE1	PRE2	PRE3	PRE4	PRE5	PRE6	PRE7	PRE8	PRE9	PRE10
,00	,08	,09	,08	,05	,05	,04	,04	,03	,03

Number of cases read: 1 Number of cases listed: 1

FMX-Werte (Kriterium des besten Varianzverhältnisses)



FMX1 FMX2 FMX3 FMX4 FMX5 FMX6 FMX7 FMX8 FMX9 FMX10

,00|2193,69|2414,79|2490,99|2298,20|2182,72|2001,10|2037,56|1952,44|1863,81

Number of cases read: 1 Number of cases listed: 1

Stabilität der Zuordnung der Cluster

Verarbeitete Fälle

	Fälle					
	Gültig		Fehlend		Gesamt	
	N	Prozent	N	Prozent	N	Prozent
	Clusternummer des Falls *	16778	,7	7625	,3	24403
Clusternummer des Falls						

Clusternummer des Falls * Clusternummer des Falls Kreuztabelle

Anzahl

	Clusternummer des Falls				Gesamt
	1	2	3	4	
Clusternummer des Falls 1	2133	4	19	2	2158
2	21	3926	16	100	4063
3	19	27	5294	270	5610
4	69	98	560	4220	4947
Gesamt	2242	4055	5889	4592	16778

Symmetrische Maße

	Wert	Asymptotischer Standardfehler	Näherungsweise Tb	Näherungsweise Signifikanz
Maß der Übereinstimmung Kappa	,901	,003	194,677	,000
Anzahl der gültigen Fälle	16778			

Validitäts-Bericht (1/2)

Clusternummer des Falls		Wohlfahrtschauvinismus	Voraussetzungen für die Immigration	Altruismus	Konservatismus
1	Mittelwert	,3196554	,4376204	,1532084	1,9581292
	N	3663	3663	3663	3663
	Standardabweichung	,84226443	1,17262552	,88475285	,55844055
2	Mittelwert	-,1600059	-,1510813	-,1928519	-,2070483
	N	5494	5494	5494	5494
	Standardabweichung	1,08953818	,88269638	,97793198	,59635436
3	Mittelwert	-,0469293	,0282189	-,3113209	-,3577013
	N	8975	8975	8975	8975
	Standardabweichung	,97293980	,96475442	,96571875	,54072458
4	Mittelwert	,0261996	-,1633510	,5465151	-,4513989
	N	6271	6271	6271	6271
	Standardabweichung	,97245963	,94917808	,82835582	,55775501
Insgesamt	Mittelwert	,0014315	,0000760	,0055225	-,0002454
	N	24403	24403	24403	24403
	Standardabweichung	,99341774	,99828064	,98808209	,99947762

Validitäts-Bericht (2/2)

Clusternummer des Falls		Einstellung gegen- über Immigration	Hedonismus	Soziales Vertrauen	Rassismus
1	Mittelwert	,1639119	-,0665758	,1003628	,1752717
	N	3663	3663	3663	3663
	Standardabweichung	1,03146992	,97944556	,94600784	,67565332
2	Mittelwert	-,3033630	-,0194095	-,0502421	-1,4206707
	N	5494	5494	5494	5494
	Standardabweichung	,82899483	1,01497037	1,05777711	,61102075
3	Mittelwert	-,5351111	,0001218	,0542777	,6511798
	N	8975	8975	8975	8975
	Standardabweichung	,69085022	,99546405	,97787485	,51355313
4	Mittelwert	,9336777	,0504962	-,0811987	,2153940
	N	6271	6271	6271	6271
	Standardabweichung	,76395211	,99171260	,97343603	,68389420
Insgesamt	Mittelwert	-,0005653	-,0013420	,0028498	,0013084
	N	24403	24403	24403	24403
	Standardabweichung	,99696639	,99719371	,99305574	,99830930

8.5 Tabellen

Tabelle 0.1: Mittelwerte der clusterbildenden Faktoren nach Clustern

	Clusternummer des Falls				
	Gesamt	1	2	3	4
Wohlfahrtschauvinismus	,00143	,31966	-,16001	-,04693	,02620
Voraussetzungen für die Immigration	,00008	,43762	-,15108	,02822	-,16335
Altruismus	,00552	,15321	-,19285	-,31132	,54652
Konservativismus	-,00025	1,95813	-,20705	-,35770	-,45140
Einstellung gegenüber Immigration	-,00057	,16391	-,30336	-,53511	,93368
Hedonismus	-,00134	-,06658	-,01941	,00012	,05050
Soziales Vertrauen	,00285	,10036	-,05024	,05428	-,08120
Rassismus	,00131	,17527	-1,42067	,65118	,21539

Tabelle 0.2: Mittelwerte der clusterbeschreibenden Faktoren nach Clustern

	Clusternummer des Falls				
	Gesamt	1	2	3	4
Vertrauen in die Politik	,00089	,08494	-,05359	,00401	-,00492
Zufriedenheit mit der Funktionalität des Staates und Vertrauen in den Rechtsstaat	,00197	-,04325	-,06160	,02838	,04628
Institutionelles Vertrauen international	-,00221	,07690	-,01718	-,01729	-,01370
Politische Beteiligung	,00048	-,16025	,05718	,03292	-,00174

Tabelle 0.2: politisches Interesse nach Clustern

	Clusternummer des Falls				
	Gesamt	1	2	3	4
Politisches Interesse	,00000	,27984	-,09636	-,11797	,08839

Tabelle 1.1: Ausprägungen der Faktoren nach Ländern

		Land					
		Gesamt	Österreich	Belgien	Schweiz	Tschechien	Deutschland
Faktor	Vertrauen in das nationale politische System	0,00089	-0,16822	-0,14743	0,80862	-0,12142	0,13995
	Zufriedenheit mit der Funktionalität des Staates und Vertrauen in den Rechtsstaat	0,00197	0,21029	0,36711	0,8146	0,05122	0,23654
	Wohlfahrtschauvinismus	0,00143	-0,31252	-0,24046	0,03118	-0,35545	0,0572
	Voraussetzungen für die Immigration	0,00008	-0,38641	-0,14747	-0,22937	0,00806	-0,33489
	Institutionelles Vertrauen international	-0,00221	-0,28775	0,02836	-0,36496	-0,18603	-0,25934
	Altruismus	0,00552	0,27604	0,04309	0,3453	-0,67788	0,41687
	Konservativismus	-0,00025	0,10357	-0,06635	0,01058	-0,35631	0,53347
	Einstellung gegenüber Immigration	-0,00057	-0,15598	0,04924	0,11877	-0,38739	0,3532
	Hedonismus	-0,00134	-0,06664	-0,24709	-0,262	-0,18003	0,13239
	Soziales Vertrauen	0,00285	-0,03036	-0,26954	-0,12695	-0,4245	-0,22588
	Politische Beteiligung	0,00048	-0,04305	0,0863	0,14148	0,16661	0,09875
Rassismus	0,00131	0,22079	0,12874	-0,10378	-0,37328	0,09428	

Tabelle 1.2: Ausprägungen der Faktoren nach Ländern

		Land					
		Gesamt	Dänemark	Estland	Spanien	Finnland	Frankreich
Faktor	Vertrauen in das nationale politische System	0,00089	0,53193	-0,30035	-0,45637	-0,12126	-0,41932
	Zufriedenheit mit der Funktionalität des Staates und Vertrauen in den Rechtsstaat	0,00197	0,58426	-0,06197	-0,78547	0,56037	-0,34024
	Wohlfahrtschauvinismus	0,00143	-0,08585	0,50441	0,01061	-0,03289	0,07536
	Voraussetzungen für die Immigration	0,00008	0,42755	-0,18758	0,06348	0,28416	-0,14514
	Institutionelles Vertrauen international	-0,00221	0,0432	0,10914	0,23661	0,21817	0,1448
	Altruismus	0,00552	0,04088	-0,26345	0,50386	0,25621	0,12975
	Konservativismus	-0,00025	-0,14871	-0,26401	0,24391	-0,40745	-0,14116
	Einstellung gegenüber Immigration	-0,00057	0,01815	-0,12932	-0,15845	0,21617	0,61209
	Hedonismus	-0,00134	-0,22998	0,26994	0,01841	0,11153	0,06481
	Soziales Vertrauen	0,00285	0,58612	0,02618	-0,16664	0,52749	-0,1205
	Politische Beteiligung	0,00048	-0,00737	0,19179	-0,36439	-0,16329	-0,16407
	Rassismus	0,00131	-0,16561	-0,3816	0,16065	-0,16456	0,13391

Tabelle 1.3: Ausprägungen der Faktoren nach Ländern

		Land					
		Gesamt	UK	Ungarn	Irland	Litauen	Niederlande
Faktor	Vertrauen in das nationale politische System	0,00089	0,04904	-0,195	-0,19464	-0,28015	0,422
	Zufriedenheit mit der Funktionalität des Staates und Vertrauen in den Rechtsstaat	0,00197	-0,00612	-0,8451	-0,41774	-0,54646	0,12124
	Wohlfahrtschauvinismus	0,00143	-0,04273	-0,40039	0,12401	0,46253	-0,25146
	Voraussetzungen für die Immigration	0,00008	-0,39208	-0,01563	-0,09007	-0,34687	0,12183
	Institutionelles Vertrauen international	-0,00221	-0,37062	0,61128	0,15827	0,39975	-0,01108
	Altruismus	0,00552	0,16431	-0,2143	-0,05941	-1,03069	-0,23345
	Konservativismus	-0,00025	-0,20146	-0,37798	-0,10377	0,04668	-0,00969
	Einstellung gegenüber Immigration	-0,00057	0,1677	-0,51724	-0,28028	-0,467	0,09178
	Hedonismus	-0,00134	0,22704	-0,4305	-0,00194	0,1743	-0,12791
	Soziales Vertrauen	0,00285	0,23526	-0,29105	0,26446	-0,1193	0,23677
	Politische Beteiligung	0,00048	-0,05935	0,36264	-0,15513	0,09098	0,14148
	Rassismus	0,00131	-0,14608	0,01724	-0,1187	0,21568	0,47348

Tabelle 1.4: Ausprägungen der Faktoren nach Ländern

		Land					
		Gesamt	Norwegen	Polen	Portugal	Schweden	Slowenien
Faktor	Vertrauen in das nationale politische System	0,00089	0,53805	-0,15123	-0,33359	0,63704	-0,59932
	Zufriedenheit mit der Funktionalität des Staates und Vertrauen in den Rechtsstaat	0,00197	0,82472	-0,86413	-0,72877	0,09867	-0,89014
	Wohlfahrtschauvinismus	0,00143	-0,23791	0,55205	0,25941	-0,00314	0,24926
	Voraussetzungen für die Immigration	0,00008	0,58348	0,21295	0,04011	0,92846	0,09015
	Institutionelles Vertrauen international	-0,00221	-0,05731	-0,14261	0,06471	0,0218	-0,03616
	Altruismus	0,00552	-0,31996	-0,11764	-0,16342	0,07254	0,29924
	Konservatismus	-0,00025	0,26718	0,05082	-0,11916	0,66763	0,05314
	Einstellung gegenüber Immigration	-0,00057	-0,1225	-0,86007	0,23542	0,27302	-0,47893
	Hedonismus	-0,00134	0,20517	0,20882	0,08791	0,02941	-0,49974
	Soziales Vertrauen	0,00285	0,32586	-0,60553	-0,4617	0,27407	-0,12283
	Politische Beteiligung	0,00048	-0,39855	0,18413	0,12392	-0,14459	0,21076
	Rassismus	0,00131	0,09123	0,19239	-0,64601	0,24011	0,1385

Tabelle 2: Soziodemografische Merkmale nach Clustern

		Clusternummer des Falls				
		Gesamt	1	2	3	4
Geschlecht	männlich	49%	49%	53%	49%	47%
	weiblich	51%	51%	47%	51%	53%
Migrationshintergrund*	mit	17%	20%	15%	16%	18%
	ohne	83%	80%	85%	84%	82%
Ø Alter		48	44	52	50	45
Ø Bildungsjahre		13	15	12	13	14
Gesamt		2346	602	355	476	913

* selbst im Ausland geboren oder mindestens ein Elternteil ist im Ausland geboren

Tabelle 3: Clusterverteilung in den Ländern

		Clusternummer des Falls				
		Gesamt	1	2	3	4
Country	Austria	1048	134	200	443	271
		100%	13%	19%	42%	26%
	Belgium	1568	159	329	625	455
		100%	10%	21%	40%	29%
	Switzerland	1009	119	230	304	356
		100%	12%	23%	30%	35%
	Czech Re- public	1205	17	538	564	86
		100%	1%	45%	47%	7%
	Germany	2346	602	355	476	913
		100%	26%	15%	20%	39%
	Denmark	1103	151	260	413	279
		100%	14%	24%	37%	25%
	Estonia	1276	102	473	475	226
		100%	8%	37%	37%	18%
	Spain	1051	247	165	353	286
		100%	24%	16%	34%	27%
	Finland	1725	196	409	516	604
		100%	11%	24%	30%	35%
	France	1509	188	212	372	737
		100%	12%	14%	25%	49%
	United Kingdom	1597	150	462	411	574
		100%	9%	29%	26%	36%
	Hungary	819	24	287	442	66
		100%	3%	35%	54%	8%
	Ireland	1331	181	393	531	226
		100%	14%	30%	40%	17%
	Lithuania	951	115	221	571	44
		100%	12%	23%	60%	5%
	Netherlands	1337	205	93	709	330
		100%	15%	7%	53%	25%
	Norway	1134	265	134	537	198
		100%	23%	12%	47%	17%
	Poland	741	121	145	430	45
		100%	16%	20%	58%	6%
	Portugal	866	73	379	188	226
		100%	8%	44%	22%	26%
	Sweden	1176	512	63	351	250
		100%	44%	5%	30%	21%
	Slovenia	611	102	146	264	99
		100%	17%	24%	43%	16%
	Gesamt	24403	3663	5494	8975	6271
		100%	15%	23%	37%	26%

Tabelle 4: Clusterverteilung in den Bundesländern in Deutschland nach Clustern

		Clusternummer des Falls				
		Gesamt	1	2	3	4
Region	Baden-Württemberg	243	77	30	37	99
		100%	32%	12%	15%	41%
	Bayern	324	81	44	77	122
		100%	25%	14%	24%	38%
	Berlin	118	41	20	14	43
		100%	35%	17%	12%	36%
	Brandenburg	139	28	17	31	63
		100%	20%	12%	22%	45%
	Bremen	18	5	2	7	4
		100%	28%	11%	39%	22%
	Hamburg	31	12	4	2	13
		100%	39%	13%	6%	42%
	Hessen	163	51	32	19	61
		100%	31%	20%	12%	37%
	Mecklenburg-Vorpommern	99	19	20	20	40
		100%	19%	20%	20%	40%
	Niedersachsen	174	56	27	38	53
		100%	32%	16%	22%	30%
	Nordrhein-Westfalen	403	111	62	78	152
		100%	28%	15%	19%	38%
	Rheinland-Pfalz	106	23	20	23	40
		100%	22%	19%	22%	38%
	Saarland	33	7	4	9	13
		100%	21%	12%	27%	39%
	Sachsen	208	32	26	56	94
		100%	15%	13%	27%	45%
	Sachsen-Anhalt	116	18	16	29	53
		100%	16%	14%	25%	46%
	Schleswig-Holstein	64	20	9	11	24
		100%	31%	14%	17%	38%
	Thüringen	107	21	22	25	39
		100%	20%	21%	23%	36%
	Gesamt	2346	602	355	476	913
		100%	26%	15%	20%	39%

Tabelle 5: Clusterverteilung nach alten und neuen Bundesländern in Deutschland nach Clustern

		Clusternummer des Falls				
		Gesamt	1	2	3	4
Region	alte Bundesländer (ohne Berlin)	1559	443	234	301	581
		100%	28%	15%	19%	37%
	neue Bundesländer (ohne Berlin)	669	118	101	161	289
		100%	18%	15%	24%	43%
Gesamt (ohne Berlin)		2228	561	335	462	870
		100%	26%	15%	20%	39%

Tabelle 6: Parteizugehörigkeitsgefühl in Deutschland nach Clustern

		Clusternummer des Falls				
		Gesamt	1	2	3	4
Welcher Partei fühlen Sie sich näher?	CDU/CSU	37,32%	28,54%	48,57%	51,74%	31,58%
	SPD	26,57%	28,79%	25,71%	23,94%	26,54%
	Die Linke	12,19%	12,12%	9,52%	11,20%	14,04%
	Bündnis 90/ Die Grünen	13,93%	22,22%	3,33%	5,79%	16,23%
	FDP	3,10%	3,79%	4,29%	1,54%	2,85%
	AfD	3,10%	0,51%	3,33%	4,25%	4,61%
	Piratenpartei	1,44%	2,27%	0,95%	0,00%	1,75%
	NPD	0,68%	0,00%	1,90%	0,77%	0,66%
	Andere Partei	1,67%	1,77%	2,38%	0,77%	1,75%
	Gesamt		2346	602	355	476

Tabelle 7: Einordnung auf der Links-Rechts-Skala nach Clustern

		Clusternummer des Falls				
		Gesamt	1	2	3	4
Einordnung auf der Links-Rechts-Skala	eher links	22,40%	37,35%	16,90%	17,81%	24,83%
	neutral	53,19%	47,80%	51,15%	55,62%	54,67%
	eher rechts	24,41%	14,85%	31,95%	26,57%	20,50%
	Gesamt		24376	3661	5487	8960

Tabelle 8: Zufriedenheit mit gegenwärtigem Leben nach Clustern

		Clusternummer des Falls				
		Gesamt	1	2	3	4
Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit Ihrem Leben?	sehr unzufrieden	6,31%	3,55%	8,45%	6,04%	6,43%
	zufrieden	21,48%	15,26%	25,54%	23,26%	19,02%
	sehr zufrieden	72,21%	81,19%	66,01%	70,70%	74,55%
	Gesamt	24376	3661	5487	8960	6268

Tabelle 9: Subjektive Einschätzung der Religiosität nach Clustern

		Clusternummer des Falls				
		Gesamt	1	2	3	4
Wie religiös sind Sie?	nicht religiös	42,06%	48,84%	37,34%	35,73%	51,28%
	religiös	32,03%	26,91%	34,48%	35,47%	27,96%
	sehr religiös	25,91%	24,25%	28,18%	28,80%	20,76%
	Gesamt	24376	3661	5487	8960	6268

Tabelle 10: Haushaltsnettoeinkommen nach Clustern

		Clusternummer des Falls				
		Gesamt	1	2	3	4
Nettoeinkommen des Haushalts, alle Einnahmen	niedrigeres	26,75%	22,17%	31,10%	27,54%	24,94%
	mittleres	43,03%	39,36%	43,66%	45,11%	41,91%
	höheres	30,22%	38,47%	25,24%	27,36%	33,16%
	Gesamt	24376	3661	5487	8960	6268

Tabelle 11: aktuelle Hauptbeschäftigung nach Clustern

		Clusternummer des Falls				
		Gesamt	1	2	3	4
Welcher Hauptbeschäftigung sind Sie in den letzten 7 Tagen nachgegangen?	Bezahlte Arbeit	50,88%	51,30%	45,95%	50,57%	54,86%
	Ausbildung	10,21%	16,28%	5,44%	7,15%	13,21%
	Arbeitslos, auf der Suche	2,64%	2,31%	3,59%	2,12%	2,75%
	Arbeitslos, nicht auf der Suche	0,88%	1,15%	1,20%	0,79%	0,53%
	Dauerhaft krank oder beeinträchtigt	3,32%	1,73%	4,78%	3,18%	3,49%
	In Rente	16,48%	11,10%	25,23%	19,33%	10,04%
	Zivildienst oder Militär	0,03%	0,00%	0,13%	0,00%	0,00%
	Hausarbeit, Beaufsichtigung von Kindern/ anderen Personen	14,66%	14,84%	12,88%	16,15%	14,16%
	Sonstiges	0,91%	1,30%	0,80%	0,71%	0,95%
Gesamt	24376	3661	5487	8960	6268	

Tabelle 12: Vertrauen in die EU nach Clustern

		Clusternummer des Falls				
		Gesamt	1	2	3	4
Vertrauen in die EU	kein Vertrauen	35,60%	28,50%	40,60%	34,10%	37,40%
	neutral	44,30%	46,20%	40,50%	45,90%	44,40%
	Vertrauen	20,10%	25,30%	18,80%	20,00%	18,20%
	Gesamt	24376	3661	5487	8960	6268

Tabelle 13: Vertrauen in die UN nach Clustern

		Clusternummer des Falls				
		Gesamt	1	2	3	4
Vertrauen in die UN	kein Vertrauen	31,50%	38,70%	28,30%	31,30%	30,50%
	neutral	9,60%	7,20%	12,80%	9,10%	8,60%
	Vertrauen	42,10%	35,10%	44,50%	44,20%	41,10%
	Gesamt	24376	3661	5487	8960	6268

Tabelle 14: EU: Meinung zur Europäischen Einigung nach Clustern

		Clusternummer des Falls				
		Gesamt	1	2	3	4
Europäische Einigung ging bereits zu weit	bereits zu weit gegangen	28,90%	14,90%	37,90%	28,50%	29,80%
	neutral	44,30%	40,80%	41,40%	47,90%	43,50%

oder sollte weitergehen	sollte noch weiter gehen	26,90%	44,30%	20,70%	23,50%	26,70%
	Gesamt	24376	3661	5487	8960	6268

Tabelle 15: Einfluss der Migration auf Steuern und Dienstleistungen nach Clustern

		Clusternummer des Falls				
		Gesamt	1	2	3	4
Steuern und Dienstleistungen: ImmigrantInnen kosten dem Staat mehr als sie einzahlen oder zahlen mehr ein als sie kosten	kosten dem Staat mehr	29,60%	9,90%	42,40%	30,80%	27,90%
	neutral	53,10%	54,90%	45,20%	55,80%	54,80%
	zahlen mehr in den Staat ein	17,30%	35,10%	12,50%	13,20%	17,40%
	Gesamt	24376	3661	5487	8960	6268

Tabelle 16: Meinung zu Gesetz gegen ethnische Diskriminierung nach Clustern

		Clusternummer des Falls				
		Gesamt	1	2	3	4
Gesetz gegen ethnische Diskriminierung am Arbeitsplatz gut oder schlecht für ein Land	eher schlecht	11,10%	9,00%	14,00%	10,60%	10,60%
	neutral	19,70%	8,60%	26,70%	24,20%	13,60%
	eher gut	69,10%	82,30%	59,30%	65,20%	75,80%
	Gesamt	24376	3661	5487	8960	6268

Tabelle 17: Einfluss der Immigration auf Land nach Clustern

		Clusternummer des Falls				
		Gesamt	1	2	3	4
Das kulturelle Leben des Landes wird von Einwanderern untergraben oder bereichert	eher untergraben	18,60%	2,80%	30,40%	20,40%	14,70%
	neutral	38,90%	17,50%	44,60%	47,00%	34,60%
	eher bereichert	42,60%	79,80%	25,00%	32,50%	50,60%
	Gesamt	24376	3661	5487	8960	6268

Tabelle 18: Vertrauen in PolitikerInnen nach Clustern

		Clusternummer des Falls				
		Gesamt	1	2	3	4
Vertrauen in PolitikerInnen	eher kein Vertrauen	44,90%	37,00%	50,00%	41,90%	49,10%
	neutral	41,10%	44,20%	39,00%	42,50%	39,30%
	eher Vertrauen	14,00%	18,70%	11,10%	15,50%	11,60%
	Gesamt	24376	3661	5487	8960	6268

Tabelle 19: Vertrauen in Parteien nach Clustern

		Clusternummer des Falls				
		Gesamt	1	2	3	4
Vertrauen in Parteien	eher kein Vertrauen	44,60%	36,80%	49,70%	42,20%	48,30%
	neutral	42,00%	45,00%	39,10%	43,20%	40,80%
	eher Vertrauen	13,40%	18,20%	11,10%	14,60%	11,00%
	Gesamt	24376	3661	5487	8960	6268

Tabelle 20: Voraussetzungen für die Immigration nach Clustern

		Clusternummer des Falls				
		Gesamt	1	2	3	4
Voraussetzungen für die Immigration	gute Ausbildung/Qualifikation					
	eher unwichtig	14,90%	31,90%	9,90%	12,80%	12,50%
	neutral	32,30%	33,90%	28,40%	35,20%	30,80%
	eher wichtig	52,70%	34,30%	61,80%	52,00%	56,70%
	Gesamt	2346	602	355	476	913
	nationale Sprachkenntnisse					
	eher unwichtig	16,10%	35,50%	9,70%	13,30%	14,60%
	neutral	23,30%	25,30%	21,20%	24,70%	21,80%
	eher wichtig	60,60%	39,20%	69,10%	62,10%	63,50%
	Gesamt	2346	602	355	476	913
	christlicher Hintergrund					
	eher unwichtig	58,70%	82,90%	39,70%	45,40%	80,70%
	neutral	25,00%	12,60%	31,20%	33,40%	15,00%
	eher wichtig	16,20%	4,60%	29,20%	21,20%	4,40%
	Gesamt	2346	602	355	476	913
	weiße Hautfarbe					
	eher unwichtig	72,40%	92,90%	53,60%	63,70%	89,10%
	neutral	17,30%	5,20%	25,50%	23,70%	8,00%
	eher wichtig	10,30%	1,80%	20,90%	12,50%	2,90%
	Gesamt	2346	602	355	476	913
	berufliche Fähigkeiten, die das Land braucht					
	eher unwichtig	15,20%	38,00%	6,50%	11,80%	14,20%
	neutral	26,10%	29,50%	19,80%	28,10%	27,00%
	eher wichtig	58,60%	32,40%	73,50%	60,00%	58,90%
	Gesamt	2346	602	355	476	913

8.7 Erklärung zur selbstständigen Verfassung der Arbeit

Hiermit versichere ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne unerlaubte Hilfe verfasst habe.

Ich habe keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt und alle wörtlich oder dem Sinn nach aus anderen Texten entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht.

Dies gilt für gedruckte Texte ebenso wie für Texte aus dem Internet. Die Arbeit wurde in keiner anderen Lehrveranstaltung (weder an der Universität Wien noch an einer anderen Hochschule) in der vorliegenden oder in einer modifizierten Form vorgelegt.

Mir ist bewusst, dass jeder Verstoß gegen diese Erklärung zu einer Benotung der Arbeit mit „nicht ausreichend“ führt.

Ort, Datum

Unterschrift

8.9 Abstract

Deutsch

Die EU und mit ihr die Entwicklung der EU sind geprägt von Krisen, die sich auf Gesellschaft, Politik und Wirtschaft der einzelnen Mitgliedsstaaten auswirken und ausgewirkt haben. Deutschland nimmt in dieser Entwicklung eine besondere Stellung ein – nicht nur weil Westdeutschland eines der Gründungsmitglieder war.

Im gesellschaftlichen Diskurs wird die Zukunft der Europäischen Union vielfach diskutiert. Einige Staaten wünschen sich eine weitere Vertiefung der transnationalen Beziehungen, andere fordern einen Rückzug ins Nationale, welcher so weit reicht, dass Großbritannien den Austritt aus der EU bereits politisch beschlossen hat.

Georgi und Kannankulam haben entlang unterschiedlicher Konflikte innerhalb der EU sogenannte Hegemonieprojekte identifiziert, die Strategien, AkteurInnen und ihre Stellung im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis beinhalten. Diese Hegemonieprojekte dienen als Grundlage der vorliegenden empirischen Arbeit. Bestimmte Einstellungen der europäischen Bevölkerung – die sich zum Einen direkt auf die Ziele der Hegemonieprojekte beziehen und zum Anderen einen Aufschluss über die BefürworterInnen dieser Hegemonieprojekte geben sollen – werden mithilfe eines strukturentdeckenden multivariaten statistischen Verfahrens geclustert, um diese gebildeten Cluster in einem weiteren Schritt den Hegemonieprojekten zuzuordnen. Dabei ist von Interesse, in welchen Gebieten der EU – besonders Deutschland – die einzelnen Einstellungsgruppen mehr oder weniger vertreten sind und ob sich Muster erkennen lassen.

Theoretisch untermauert wird die Arbeit durch die Regulationstheorie, den Staatsbegriff von Poulantzas und den Hegemoniebegriff von Gramsci.

Die Hauptergebnisse der Studie zeigen, dass die beiden Cluster „Politisch-Weltoffene“ und „skeptisch-Konservative“ eher als BefürworterInnen der EU und die „unzufrieden-Zukurzgekommenen“ sowie die „unpolitisch-Nationalistischen“ eher als GegnerInnen der EU angesehen werden können. Obwohl die GegnerInnen prozentual in der EU überwiegen, verfügen die BefürworterInnen über mehr Ressourcen.

English

The EU and with it the development of the EU are marked by crises that have had an impact on society, politics and economy of the individual member states. Germany occupies a special position in this development - not only because West Germany was one of the founding members.

The future of the European Union is often discussed in social discourse. Some states would like to see transnational relations deepened further, others would like to see a retreat into the national sphere, so far-reaching that Great Britain has already decided politically to withdraw from the EU.

Along various conflicts within the EU, Georgi and Kannankulam have identified so-called hegemony projects, which include strategies, actors and their position in the social balance of power. These hegemony projects serve as the basis for this empirical work. Certain attitudes of the European population - which on the one hand are directly related to the objectives of hegemony projects and on the other hand are intended to provide information about the supporters of these hegemony projects - are clustered by means of a structure-discovering multivariate statistical procedure in order to assign these clusters formed to the hegemony projects in a further step. Special interest lies in which areas of the EU - especially Germany - the individual recruitment groups are more or less represented and whether patterns can be identified.

Theoretically, the work is underpinned by the theory of regulation, the state concept of Poulantzas and the concept of hegemony of Gramsci.

The main findings of the study show that the two clusters "political-cosmopolitan" and "skeptical-conservative" rather than supporters of the EU and the "dissatisfied-late" as well as the "unpolitical-nationalist" are more likely to be considered opponents of the EU. Although the opponents are overwhelming in the EU as a percentage, the advocates have more resources.

8.11 Curriculum Vitae

Elisabeth Eva Hornberger

geb. 19.03.1992 in Nürnberg (Deutschland)

elisabeth.hornberger@gmx.de

Bildungsweg

2002 - 2011	Johannes-Scharrer-Gymnasium Nürnberg (Bayern, Deutschland) mit Abschluss der allg. Hochschulreife
2011 - 2015	Friedrich-Alexander-Universität Erlangen Nürnberg, Bachelor of Arts in den Fächern Buchwissenschaft und Soziologie
2015 - 2018	Universität Wien, Masterstudium im Fach Soziologie

Berufserfahrung

2013	Praktikum im ça ira Verlag, Freiburg
2014	Praktikum bei der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) Panel Services, Division Media & Entertainment, Nürnberg
2016 – 2017	Mitarbeit am Projekt “Wege in die Zukunft”, eine Längsschnittstudie über die Vergesellschaftung junger Menschen in Wien, des Instituts für Soziologie der Universität Wien
ab 2017	Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Jugendkulturforschung, Wien
	Studien- und Projektleiterin der tfactory Trendagentur, Wien

